



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Vernetzungsveranstaltung im Bayerischen Landtag:

## Ehrenamtliche Bürgermeister im Gespräch

Knapp 200 ehrenamtliche Rathauschefs aus dem Freistaat fanden sich im Maximilianeum zu einer großen Vernetzungsveranstaltung ein. Die Veranstaltung „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Gespräch“, kurz BiG, bot eine Mischung aus thematischen Podiumsdiskussionen sowie verschiedenen Panels und gab breiten Raum für Diskussion, Netzwerken und einen intensiven Austausch zwischen Kommunal- und Landespolitikern.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner würdigte das unverzichtbare Engagement der Kommunalpolitiker. Und dass Sie sich neben den persönlichen Dingen, wo einem allein schon der Kopf



Landtagspräsidentin Ilse Aigner begrüßte im Maximilianeum knapp 200 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Bild: Matthias Balk/Bayerischer Landtag

politiker. In rund 800 Gemeinden stünden ehrenamtliche Bürgermeister an der Spitze der Kommunalverwaltung und gestalteten die Zukunft ihrer Heimat mit. „Ihr Einsatz ist nicht nur für die hohe Lebensqualität in Bayern entscheidend. Er ist auch entscheidend für die Zufriedenheit mit unserer Demokratie“, erklärte Aigner und ergänzte: „Sie pflegen das Wurzelwerk der Demokratie, gemeinsam mit den rund 37.000 Frauen und Männern in den Gemeinderäten und Kreistagen, die dort ehrenamtlich tätig sind. Und nur wenn die Wurzeln gesund sind, können in der Höhe Triebe sprießen und Blüten wachsen. Das ist Ihre Leistung, die Sie in der Regel neben Ihren Jobs, neben Familien- und Pflegear-

schwirren kann, dann noch um das Gemeinwohl kümmern, das hat Anerkennung verdient. Und

**Breitbandausbau in Bayern:**

## Herausforderungen, Chancen und die Rolle der Kommunen

Im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung beleuchtet Jürgen Lück, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Telekom für die Region Süd, den Stand des Breitbandausbaus in Bayern. Im bundesweiten Vergleich, so der Experte, stünde Bayern gut da, der Weg zu flächendeckenden Glasfaseranschlüssen berge aber noch einige Herausforderungen. Besonders in ländlichen Regionen müssten Förderungen und Kooperationen gezielt genutzt werden, um den Ausbau zu beschleunigen. Zudem spiele die Nachfrage der Kunden eine zentrale Rolle bei der Planung und Umsetzung des Ausbaus.

**GZ:** Bis 2035 Glasfaser in jedes Haus, das hat sich die Bunderegierung vorgenommen. Wie realistisch ist das denn überhaupt und wie sieht das Ziel der Telekom bzgl. Bayern aus?

**Lück:** Das Zielbild ist ein Netz ganz aus Glas. Da sind sich alle einig. Wann das erreicht wird, hängt von vielen Faktoren ab, wie ausreichenden Tiefbaukapazitäten und Fachkräften. Auch das



Markus Beckmann, Jürgen Lück und Peter Roll, Deutsche Telekom, auf dem BreitbandForum 2023.

Bild: Jessica Kassner

wa in Form von Runden Tischen, ebenso gefordert wie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, d.h. Abbau von Bürokratie, Kontrollpflichten, Dokumentationspflichten, und neuen Standards.

Neben der Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund (derzeit 12,75 Prozent), der Beteiligung an Investitions- und Betriebskosten von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Wahrung des Konnexitätsprinzips (z.B. Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes zur digitalen Bildung) sind laut Busse die Sicherung der Krankenhausfinanzierung bei Umsetzung des Lauterbach-Konzepts und die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zwingend notwendig. Darüber hinaus nannte er die Unterstützung der Kommunen beim Klimaschutz (z.B. Wärmenetz, Förderung von Beteiligungsmodellen bei Anlagen zur regenerativen Erzeugung), die Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der Digitalisierung (weniger ist mehr), die Vereinfachung des Vergaberechts sowie die staatliche Finanzierung der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen.

**Erneut Spitze beim FAG**

Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann verwies darauf, dass der kommunale Finanzausgleich 2024 trotz angespannter Haushaltslage erneut ein Spitzenniveau erreichen konnte. Neben ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)

wirtschaftliche Umfeld spielt eine Rolle. Und besonders wichtig ist die Bereitschaft der Kunden, Glasfaseranschlüsse zu buchen. Der Kunde ist der Architekt des Netzes. Seine Nachfrage bestimmt wesentlich die Ausbaugeschwindigkeit. Wir haben derzeit in Bayern eine Auslastung im Glasfasernetz von etwa über 20 Prozent. Das ist deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Zeigt aber trotzdem, dass hier noch Luft nach oben ist.

**GZ:** Seit 2022 ist immer weniger Geld im Topf der Bundesförderung für den Gigabitusbau. Was 2025 noch bewilligt wird, ist unklar. Was bedeutet das für die Strategie der Telekom?

**Lück:** Förderung ist ein zweischneidiges Schwert. Sie hilft in Gebieten, die wirtschaftlich nicht erschlossen werden können. Doch sie kann auch falsche Anreize setzen und Prozesse auslösen, die niemandem nutzen. Der größte Fördertopf ist sinnlos, wenn es nicht genügend Ressourcen bei Planung, Genehmigung und Umsetzung gibt. Die knappen Ressourcen steigen dann lediglich im Preis. Es geht aber nicht schneller voran.

**GZ:** 60 Prozent der Einwohner (Fortsetzung auf Seite 4)

**Gunzenhausen erwartet kommunale Entscheider**

**11. Bayerisches BreitbandForum am 17.10.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen**

**Schnelles Internet ist ein entscheidender Standortfaktor. Deshalb liegt es letztendlich in der Verantwortung der kommunalen Entscheidungsträger, bestmögliche Lösungen und geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen sowie die Finanzierung des Netzausbaus sicherzustellen.**

Das Bayerische BreitbandForum der Bayerischen GemeindeZeitung bietet gemeinsam mit unserem Mitveranstalter Bayerischer Gemeindetag am 17. Oktober 2024 in der Stadthalle Gunzenhausen die passende Informationsplattform für kommunale Entscheider, Behördenvertreter und Brancheninsider.

**Informationen über Forum, Fachmesse, Partner, Aussteller, Vorträge, Podiumsdiskussion und Programm:**  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)  
**Eintrittspreis:** Kommunale Vertreter: EUR 15,- zzgl. MwSt.  
**Wirtschaftsvertreter:** EUR 110,- zzgl. MwSt.  
**Anmeldungen:**  
[www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung](http://www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung)

Traditionell wird das Forum durch ein Schafkopfturnier abgerundet. Sowohl erfahrene Spieler als auch Neulinge sind willkommen. Anmeldung bitte unter: [www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier](http://www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier). Für Einsteiger werden separate Tische angeboten, sodass jeder teilnehmen kann. □

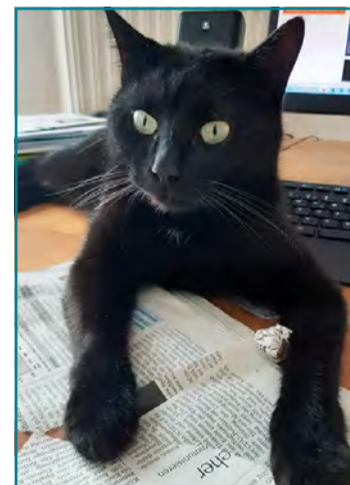
## Landkreise am Limit

Die Schieflage der Kommunalfinanzen in Bayern hat im 1. Halbjahr 2024 mit rd. 5 Mrd. einen neuen Negativrekord erreicht. Kostentreiber bei den Landkreisen ist vor allem der soziale Bereich, der überwiegend der Bundesgesetzgebung entspringt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, in der Sitzung von Präsidium und Landesausschuss des Verbands dazu: „Unsere Aufgaben werden immer mehr, komplexer und teurer. Das gilt insbesondere für den sozialen Bereich und die Jugendhilfe, wo die Ausgaben förmlich explodiert sind.“

Allein im Jahr 2022 sind die Ausgaben der Landkreise in der Kinder- und Jugendhilfe um knapp 6 Prozent auf über 1,2 Mrd. Euro angestiegen. Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe in Bayern haben sich 2023 sogar um über 8 Prozent auf mehr als 3,8 Mrd. Euro erhöht. Diese Ausgabendynamik setzt sich aufgrund von bundesgesetzlichen Vorgaben ungebremst fort. Dabei sind die Landkreise bereits u.a. durch die Defizite der Krankenhäuser und im Bereich des ÖPNV erheblich belastet. Bund und Freistaat beschließen immer mehr Aufgaben, die die Landkreise erledigen sollen. Das gilt allerdings nicht für den finanziellen Ausgleich dieser

Mehrbelastungen. Das Prinzip „Wer anschafft, der zahlt“ muss wieder mit Leben gefüllt werden.“ □



Insgesamt kommen die Deutschen auf 7,1 Mrd. Euro Ausgaben für Heimtierbedarf im Jahr 2023. Pino, unser Rathauskater, findet, dass Hund und Katz' eine beachtliche wirtschaftliche Bedeutung haben. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Aus dem bayerischen Kabinett: Erfolgszahlen und Warnzeichen	Seite 2
Drei Staatsminister: Geschlossen für mehr Cybersicherheit	2
Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften	3
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle:</b>	
Kommunale Themen im Fokus der Bundestagswahl 2025	3
Apothekenreform ist Sargnagel der Vor-Ort-Apothek	3
Empörung über elektronische Patientenakte	3
<b>Kommunale Bauthemen</b>	5-8
Umwelt • Abfall	9-11
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische GemeindeZeitung**

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Aus dem bayerischen Kabinett:

## Erfolgszahlen und Warnzeichen

In den jüngsten Ministerratsitzungen nahmen u.a. die Themen Cybersicherheit, die Erneuerbare Energien-Strategie sowie der Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur breiten Raum ein. Angehts des jüngsten Brückenteileinsturzes der Dresdner Carola-Brücke erklärte Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann, die Brücken an Bundes- und Staatsstraßen im Freistaat seien in einem besseren Zustand als in anderen Ländern. Weniger als drei Prozent der Bauwerke würden demnach aktuell so eingeschätzt, dass bald gehandelt werden muss. Bayern habe seine Hausaufgaben gemacht.

„In Bayern können sich die Menschen sicher fühlen“, betonte Herrmann. Alle 11.500 Brücken, für die der Freistaat zuständig ist, würden regelmäßig geprüft. Mit seinen 19 Staatlichen Bauämtern mit Straßenbauaufgaben sei Bayern hierfür sehr leistungsfähig aufgestellt. Erforderliche Maßnahmen vor Ort würden schnell erkannt und abgearbeitet. In den vergangenen zehn Jahren habe die Staatsregierung die Mittel für die Bauwerkserhaltung an Bundes- und Staatsstraßen kontinuierlich erhöht. Jährlich stünden 100 Millionen Euro für die Bauwerkserhaltung an Bundesstraßen sowie 85 Millionen Euro für die Bauwerkserhaltung an Staatsstraßen zur Verfügung.

### Bund muss Brücken sanieren

Auch der Bund müsse verstärkt seine Brücken in den Blick nehmen, erklärte Herrmann. „Es ist ein Warnzeichen, wenn Experten jede zehnte Autobahnbrücke mit ‚nicht ausreichend‘ bewerten.“

Über die Erneuerbare-Energien-Strategie der Staatsregierung informierte Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. Sie ist Bestandteil des Energieplans Bayern 2040 und fokussiert den systematischen Ausbau der Solar-, Wind- und Bioenergie, der Geothermie sowie der Wasserkraft in Bayern. Das strategische Gesamtkonzept zeigt Wege auf, um im Bereich der Energieversorgung das Ziel der Klimaneutralität 2040 zu erreichen. Laut Aiwanger rangiert Bayern bei den meisten Erneuerbaren

Energien bundesweit auf Platz eins. „Mit unserer Strategie setzen wir ehrgeizige Ziele, um einen weiteren dynamischen Ausbau zu gewährleisten.“

### Bayern ist PV-Spitzenreiter

Bei der Photovoltaik (PV) soll bis zum Jahr 2040 eine installierte Leistung von 80 bis 100 GW erreicht werden. Bayern ist seit Jahren in Deutschland unangefochten PV-Spitzenreiter. Rund 1,1 Millionen PV-Anlagen mit einer installierten Solarleistung von rund 25,0 Gigawatt (GW) sind im Freistaat in Betrieb.

### 1.000 neue Windräder

Bei der Windenergie ist ein Zubau von 1.000 neuen Anlagen bis 2030 geplant. Anschließend soll die dann erreichte hohe jährliche Zubaurate weitergeführt werden. Aiwanger zufolge ist seit der Öffnung der 10H-Regel im November 2022 eine klare Trendwende mit Planungen und Initiativen für den Bau von 500 neuen Windenergieanlagen sichtbar. Die aktuelle Pipeline sei gut gefüllt mit 143 beantragten und noch nicht genehmigten sowie zusätzlich 66 genehmigten, aber noch nicht im Betrieb befindlichen Windenergieanlagen. Derzeit sind in Bayern 1152 Windräder mit einer kumulierten, installierten Leistung von rund 2,66 Gigawatt in Betrieb.

Aiwanger verwies darauf, dass der Staatswald in Bayern ein großes Potenzial für die Errichtung neuer Windenergieanlagen biete. Die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) würden den Ausbau der Windenergie konsequent vorantreiben. Bis zum Jahr 2030 gingen sie von einem Potenzial von 500 WEA im Staatswald aus. Bereits heute seien über 250 Anlagen auf dem Weg gebracht: „100 Anlagen sind bereits in Betrieb, 150 Windräder sind vertraglich gesichert. Mit diesen Anlagen können bei günstigen Rahmenbedingungen z. B. über 700.000 Haushalte mit nachhaltig produziertem Strom versorgt werden.“

Beim Windkraftausbau verfolgten die Bayerischen Staats-

forsten eine Zwei-Säulen-Strategie, erläuterte der Minister. Der Schwerpunkt solle auch weiterhin auf der bewährten Vergabe von Flächen an erfahrene, leistungsfähige und bürgerfreundliche Partner im Wege einer Verpachtung liegen. Auf Grundlage eines wettbewerblichen Auswahlverfahrens würden Projektpartner gefunden, die die Windkraftprojekte als Vertragspartner der BaySF professionell und mit größtmöglicher öffentlicher Akzeptanz umsetzen. Das formale Zustimmungserfordernis der Standortgemeinden hätten die Bayerischen Staatsforsten durch einen Dialogprozess ersetzt. Außerdem führten Bürgerentscheide gegen einen Gemeinderatsbeschluss für ein Windkraftprojekt nicht mehr zur Auflösung von Standort sicherungsverträgen zwischen Projektpartnern und BaySF. Die Staatsregierung erwarte dadurch einen zusätzlichen Schub für den Windkraftausbau in Bayern.

Darüber hinaus hätten die Staatsforsten die BaySF Bayern-Wind GmbH als eigenes Unternehmen zum Betrieb von Windenergieanlagen gegründet, informierte Aiwanger. Als erstes Projekt werde ein Windpark in der Gemeinde Pressig (Landkreis Kronach) mit neun Windrädern umgesetzt. Sechs davon sollen durch die BaySF selbst betrieben werden. Zusätzlich werde die BaySF BayernWind GmbH im Rahmen eines Joint-Venture-Pilotprojekts weitere Windenergieanlagen auf den Weg bringen.

### Berichts zur Cybersicherheit

Darüber hinaus informierten Innenminister Joachim Herrmann und Finanzminister Albert Füracker den Ministerrat über die zentralen Ergebnisse des ge-

### Scharf bei Initiative „Ältere und Arbeitswelt“:

## Arbeitskräftepotenzial der älteren Menschen

Der Fachkräftemangel ist in ganz Deutschland, auch in Bayern, am Arbeitsmarkt spürbar. Eine aktuelle Modellrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass in der Gruppe der 55- bis 70-Jährigen bis 2035 deutschlandweit rund 1,36 Millionen Vollzeitbeschäftigte gewonnen werden könnten. Das entsprechende laut Studie umgerechnet etwa 1,5 Millionen älteren Personen.

Auf der 12. Jahresveranstaltung der Initiative „Ältere und Arbeitswelt“ unter dem Titel „Potenziale Älterer nutzen“ betonte Bayerns Arbeitsministerin Ulrike Scharf: „Unsere Wirtschaft kann es sich in Zeiten des

meinsamen „Berichts zur Cybersicherheit in Bayern 2024“. Danach hat sich die Bedrohungslage im Bereich Cybersicherheit im Jahr 2023 weiter zugespielt. Sowohl quantitativ als auch qualitativ haben die Fälle im Bereich der Cyberkriminalität zugenommen, ebenso wirken globale Konflikte beschleunigend im Bereich der gezielten Verbreitung von Desinformation. Darüber hinaus sind Schwachstellen in Software, der immer weiter zunehmende Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie gezielte Cyberspionage, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, zentrale Faktoren im Bereich der Cybersicherheit.

Auch künftig werde die Cyber-Sicherheitslage im Freistaat von hoch dynamischen Trends geprägt sein, betonten Herrmann und Füracker. Insgesamt müsse mit einer weiter zunehmenden Komplexität und Frequenz von Cyberangriffen gerechnet werden, die sich auf Kritische Infrastrukturen, kleine und mittlere Unternehmen sowie auch Behörden fokussieren. IT-Betreiber müssten daher ein Auge darauf haben, dass ihre Infrastruktur stets den aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht.

Die anhaltende Bedrohungslage im Cyberraum erfordere weiterhin ein starkes behördenübergreifendes Zusammenwirken, hieß es. Bayern sei hier sehr gut aufgestellt und habe bereits verschiedene Maßnahmen für mehr Cybersicherheit im Rahmen der Bayerischen Cybersicherheitsstrategie 2.0 auf den Weg gebracht. Sie bilde die strategische Grundlage für die Zusammenarbeit der bayerischen Behörden und Einrichtungen mit Cybersicherheitsaufgaben, zu denen unter anderem das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) als eigenständige Fachbehörde für IT-Sicherheit zählt. DK

Herrmann, Füracker und Eisenreich:

## Geschlossen für mehr Cybersicherheit

Auch kleine Unternehmen und Behörden im Visier von Cyberkriminellen – Bayern weiterhin stark aufgestellt

„Die Bedrohungslage im Bereich Cybersicherheit hat sich weiter zugespielt. Neben einer quantitativen und qualitativen Steigerung an Fällen in der Cyberkriminalität beobachten wir, dass bestehende und neue globale Konflikte als regelrechte ‚Brandbeschleuniger‘ im Bereich der gezielten Verbreitung von Desinformation wirken.“ Das geht nach den Worten des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann aus dem Bericht zur Cybersicherheit in Bayern 2024 hervor, den Herrmann gemeinsam mit Finanzminister Albert Füracker veröffentlicht hat.

„Es ist besorgniserregend, dass nicht mehr nur große Unternehmen, sondern vermehrt auch kleine und mittelständische Unternehmen sowie Behörden Opfer von Cyberangriffen werden“, sind sich Innenminister Herrmann, Finanzminister Füracker und Justizminister Georg Eisenreich einig. Darüber hinaus ist auch Cyberspionage, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, weiterhin eine große Bedrohung.

### Schwachstellen in Softwarekomponenten

„Schwachstellen in Software stellen nach wie vor eine gleichermaßen erhebliche wie unterschätzte Gefährdung dar. Die Vorfälle im letzten Jahr zeigen, dass die Angreifer weiterhin verstärkt auf nicht oder nicht schnell genug geschlossene Schwachstellen in zentralen und nach außen exponierten Softwarekomponenten abzielen“, so Finanzminister Füracker. „Dabei nehmen Cyberkriminelle zunehmend auch Schwachstellen bei externen Dienstleistern in den Fokus, um dort, etwa bei Wartungsarbeiten, Zugang zu sensiblen Daten zu erlangen oder Systeme zu kompromittieren.“

Das sogenannte Phishing, also Versuche, sich über gefälschte Webseiten, E-Mails oder Kurznachrichten als ein vertrauenswürdiger Kommunikationspartner auszugeben, stellt weiterhin eine der prominentesten Methoden im Bereich Cybercrime dar. Häufig bilden gezielte Kampagnen, sogenanntes Spear-Phishing, die Basis für Cyber- oder Internetkriminalität. „Mit den neuen Möglichkeiten generativer Künstlicher Intelligenz können sich Phishing-Kampagnen von den Angreifern noch einfacher planen und überzeugender vortragen lassen“, betonte Innenminister Herrmann. Generell spielt KI im Bereich Cybercrime eine immer größere Rolle und ermöglicht durch Deepfakes, also mittels KI generierter Bilder, Videos oder Sprachinhalte, neue Kriminalitätsphänomene. Justizminister Eisenreich: „Es wird immer leichter, vor allem Frauen und Mädchen mit

bei Neueinstellungen im Blick haben. Frühverrentungsanreize sind gesamtwirtschaftlich der falsche Weg. Notwendig sind vielmehr attraktive Rahmenbedingungen, damit sich Arbeiten bis zum Renteneintrittsalter und darüber hinaus lohnt.“

### Initiative „Ältere und Arbeitswelt“

Mit dem Ziel, die Beschäftigungssituation von älteren Mitarbeitern zu verbessern, hat das Bayerische Sozialministerium bereits 2011 gemeinsam mit seinen Partnern die Initiative „Ältere und Arbeitswelt“ ins Leben gerufen. Zentrale Handlungsfelder der Initiative sind demografieorientierte Arbeitsorganisation, Gesundheitsförderung und -management sowie berufliche Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. □

### Behördenübergreifendes Zusammenwirken

„Die anhaltend hohe Bedrohungslage im Cyberraum erfordert weiterhin ein starkes behördenübergreifendes Zusammenwirken. Bayern ist hier sehr gut aufgestellt und wir werden uns weiterhin gemeinsam für mehr Cybersicherheit einsetzen“, betonen Herrmann, Füracker und Eisenreich übereinstimmend mit Blick auf die bereits ergriffenen Maßnahmen.

### Zahlreiche Ansprechpartner

So wurde beim Bayerischen Landeskriminalamt die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime für Behörden, Unternehmen und Institutionen eingerichtet. Mit den im Jahr 2021 installierten Cybercrime „Quick-Reaction-Teams“ gewährleistet die Polizei zudem eine Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte, die rasch auf die teilweise existenzbedrohenden Gefahren für die Unternehmen reagieren können. Das Cyber-Allianz-Zentrum Bayern beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz unterstützt als vertraulicher Ansprechpartner Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und KRITIS beim Verdacht eines Cyberangriffs mit nachrichtendienstlichem Hintergrund. Mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) hat Bayern 2017 als erstes Bundesland eine eigenständige IT-Sicherheitsbehörde gegründet. Als kompetente Institution berät und unterstützt das LSI die Kommunen und öffentliche Betreiber kritischer Infrastrukturen in allen IT-Sicherheitsfragen. So informiert der kostenfreie Warn- und Informationsdienst des LSI mit tagesaktuellen Warnmeldungen über die neuesten Gefährdungslagen und Risiken.

Darüber hinaus wurde 2015 die Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg gegründet. Um die ZCB technisch noch besser für Ermittlungen auf dem Gebiet der Fake-Shops zu rüsten, wurde im August 2023 zudem eine Kooperation mit dem Austrian Institute of Technology geschlossen, um gemeinsam den dort entwickelten KI-gestützten „Fake-Shop-Detector“ für den Einsatz im Rahmen der Strafverfolgung zu optimieren.

### Informationen:

<https://www.stmi.bayern.de/sus/cybersicherheit/> sowie [https://www.stmfh.bayern.de/digitalisierung/it\\_sicherheit/](https://www.stmfh.bayern.de/digitalisierung/it_sicherheit/). □

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Eisenreich  
Gemeinde Berching  
am 11.10.

Bürgermeister Waldemar Brohm  
Gemeinde Margetshöchheim  
am 20.10.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Mirko Kujath  
Gemeinde Mickhausen  
am 16.10.

Bürgermeister Thomas Gasser  
Markt Teisendorf  
am 17.10.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Carsten Joneitis  
Gemeinde Oberhaid  
am 11.10.

Bürgermeister Martin Bernold  
Markt Schondra  
am 13.10.

Bürgermeister Wolfgang Hörl  
Gemeinde Schwabhausen  
am 20.10.

Bürgermeister Thomas Eigstler  
Markt Wiggensbach  
am 20.10.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Kreß  
Gemeinde Karlstein am Main  
am 17.10.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

### Von Zensus 2011 auf Zensus 2022:

## Umstellung der Bevölkerungszahlen

Am 25.06.2024 wurden mit den Ergebnissen des Zensus 2022 neue Bevölkerungszahlen zum Stichtag 15.05.2022 veröffentlicht.

Fürth. Die vom Bayerischen Landesamt für Statistik bereitgestellten Einwohnerzahlen werden gemäß Bevölkerungsstatistikgesetz auf Grundlage des letzten Zensus berechnet. Im Mai 2022 wurde der Zensus erneut durchgeführt, wodurch sich die Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung vom Zensus 2011 auf den Zensus 2022 verändert hat.

Das Landesamt hat mit der Aktualisierung der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2022 begonnen. Dazu werden die zum Zensusstichtag ermittelten Bevölkerungszahlen monatsweise – beginnend mit dem Mai 2022 – um alle verbuchten Geburten, Sterbefälle und Wanderungen fortgeschrieben.

Während der Umstellungsphase veröffentlicht das Bayerische Landesamt für Statistik auf seiner Internetseite parallel sowohl Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 als auch auf Grundlage des Zensus 2022 unter:

[https://www.statistik.bayern.de/statistik/gebiet\\_bevoelkerung/bevoelkerungsstand/index.html](https://www.statistik.bayern.de/statistik/gebiet_bevoelkerung/bevoelkerungsstand/index.html)

Aktuell stehen Einwohnerzahlen bis zum 30.06.2023 auf Basis des Zensus 2022 sowie Einwohnerzahlen bis zum 30.06.2024 auf Basis des Zensus 2011 zur Verfügung.

Es ist vorgesehen, dass bis Mitte 2025 die auf dem Zensus 2022 basierenden Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2024 vorliegen. □

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

## Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften

In einer Aktuellen Stunde diskutierte der Bayerische Landtag jüngst über die Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften im Freistaat Bayern. Die Debatte wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen initiiert und trug den Titel „Realismus statt Populismus: Zuwanderung steuern, Arbeitskräfte integrieren“.

Der amtierende Grünen-Fraktionsvorsitzende Johannes Becher hob die positiven Beiträge der Einwanderer zur bayerischen Gesellschaft und Wirtschaft hervor. In den vergangenen Jahrzehnten seien hunderttausende Menschen aus dem Ausland aus den verschiedensten Gründen nach Bayern gekommen, die sich herausragend integrierten und damit die Erfolgsgeschichte Bayerns mitgeschrieben hätten. Gegenüber islamistischen Terroristen gebe es hingegen null Toleranz, betonte Becher: Deren Aufenthalt sei mit voller Härte und Konsequenz des Rechtsstaats zu beenden.

### Arbeitsverbote abschaffen

Die Landtags-Grünen fordern seit langem, dass bayerische Arbeitsverbote für noch nicht anerkannte oder geduldete Geflüchtete, die in Bayern leben, sofort abgeschafft werden. Dies müsse die Staatsregierung umgehend umsetzen. Darüber hinaus fordern die Grünen die Staatsregierung dazu auf, für einen wirkungsvollen Bürokratieabbau in den Ausländerbehörden zu sorgen, deren Personal aufzustocken und die Digitalisierung schnellstens voranzubringen, damit Arbeitsgenehmigungen für Geflüchtete schneller erteilt werden können.

### Sprachkurse

Gülseren Demirel, Sprecherin für Integration der Landtags-Grünen, verlangte berufsbegleitende und bayernweite Sprachkurse. In Bayern gebe es etwa 135.000 unbesetzte Stellen und Geflüchtete, die arbeiten wollten. Dies müsse nun zusammengebracht werden. Es sei Aufgabe der Staatsregierung, aus Flüchtlingen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu machen, die nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. „Lassen wir die Leute arbeiten. Nur so kann sich Bayern wirtschaftlich weiterentwickeln“, machte Demirel deutlich. Wie Karl Straub, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, darlegte, sei humane Flüchtlingspolitik nur mit Steuerung der Zuwanderung möglich. Die legale Erwerbsmigration müsse schneller gehen, Asyl müsse den Schutzbedürftigen vorbehalten sein. Dies erhöhe die Akzeptanz beim Großteil der Bevölkerung. „Wir können mit Stolz sagen: Bayern ist weiterhin Spitzenrei-

ter bei der Integration von ausländischen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt“, stellte Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann fest. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asylherkunftsländern sei in den vergangenen zehn Jahren von 12.940 auf 81.850 Personen angestiegen, eine Zunahme von 533 Prozent. „Auch die Zahl der ukrainischen Staatsangehörigen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, ist seit Beginn des russischen Angriffskriegs um rund 25.800 auf 37.500 gestiegen. Die Zahlen belegen: Die Menschen mit Fluchthintergrund kommen bei uns langfristig im bayerischen Arbeitsmarkt an“, erklärte der Minister.

### Bayern hat die höchste Erwerbstätigenquote bei Migranten

Auch die weiteren Kennzahlen sind laut Herrmann positiv: „Der Freistaat hat mit 74,8 Prozent die bundesweit höchste Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund und zudem mit neun Prozent (Stand August 2024) die niedrigste Arbeitslosenquote von Ausländern, ebenso bei den ausländischen Frauen (10,7 Prozent).“ Für den Minister ist auch klar: „Wir dürfen uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen, denn es gibt noch viel Handlungsbedarf. Wir haben allein in Bayern aktuell rund 40.000 arbeitslose erwerbsfähige Ukrainer und Flüchtlinge aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern, die Bürgergeld beziehen. Um diese Menschen in Arbeit zu bringen, muss sich vor allem die Bundesregierung deutlich mehr anstrengen. Der versprochene Job-Turbo muss stärker zünden.“ Bayern fordert hier seit langem mehr Personal und Mittel für die Jobcenter, um eine stärkere Betreuung gewährleisten zu können. Herrmann sprach sich erneut dafür aus, neu ankommenden Kriegsflüchtlings aus der Ukraine kein Bürgergeld mehr zu zahlen. „Die Motivation, eine Arbeit aufzunehmen und eigenständig für den Lebensunterhalt zu sorgen, würde deutlich steigen, wenn Ukrainern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustünden.“

Damit Menschen in Ausbildung und Arbeit kommen und bleiben, unterstütze der Freistaat Bayern die Arbeit der

Agenturen für Arbeit und der Jobcenter. „Mit den von uns geförderten Ausbildungsakquisitoren für Flüchtlinge und Jobbegleitern sorgen wir dafür, dass Geflüchtete und Betriebe zusammenfinden“, so Herrmann. „Unser Ziel ist es, das Förderprogramm auf 100 Stellen auszubauen.“

### Belastungsgrenzen

Der Minister betonte jedoch auch die Belastungsgrenzen Deutschlands durch die aktuelle unkontrollierte Zuwanderung. Stark ausgelastete Ressourcen wie Kitas, Schulen, das Gesundheitssystem und bezahlbarer Wohnraum erforderten eine Begrenzung der Zuwanderung, um die langfristige Stabilität des Landes zu gewährleisten.

„Unabhängig vom Asylrecht muss unser Rechtsstaat dafür sorgen, dass in Deutschland keine Sicherheitslage entsteht, die zu einer negativen Stimmung gegenüber den Millionen rechtschaffenen und oft seit langem bestens integrierten und in unserer Gesellschaft engagierten Menschen mit Migrationshintergrund führt. Dies können wir nur durch eine konsequente Sicherheitspolitik und eine strikte Handhabung des Aufenthaltsrechts gewährleisten“, machte Landtagsvizepräsident Alexander Hold, Sprecher für Migration, Asyl und Integration der Freien Wähler-Landtagsfraktion, deutlich.

### Bleibeperspektiven klar formulieren

Integration gelinge zudem am besten, wenn die Menschen möglichst schnell in Lohn und Brot stehen. „Der Irrweg, die Menschen monatelang auf Sprachkurse warten zu lassen und erst nach erfolgreichem Kurs in Arbeit zu bringen, muss beendet werden. Am Arbeitsplatz lassen sich soziale Kontakte und Spracherwerb in der Regel am besten verknüpfen. Schutzsuchende müssen künftig noch schneller und unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten“, fuhr Hold fort.

Wer sich seinen Lebensunterhalt durch Arbeit selbst verdienen lasse und die deutschen Werte anerkenne, müsse auch ohne alle zu hohe Hürden eine Bleibeperspektive bekommen. Dies müsse in Zukunft noch klarer umgesetzt werden, so der FW-Sprecher. „Deutschland muss sich jedoch künftig – wie andere Länder auch – einen Großteil seiner Zuwanderer anhand der Kriterien ‚Bedarf auf dem Arbeitsmarkt‘ und ‚Integration‘ aussuchen können, um den Fachkräftemangel zu beheben und Zuwanderung in die Sozialsysteme bestmöglich zu begrenzen.“

Nach den Worten von Richard Graupner, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender, gibt es kaum qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Drei Viertel aller hereingeströmten Syrer, Afghanen und Iraker hätten keinerlei berufliche Qualifikation und wanderten ab in Sozialsysteme und Kriminalität. Gleichzeitig werde das sogenannte Bürgergeld zu fast 50 Prozent von Ausländern beansprucht. Graupner kritisierte die Berliner Ampelregierung zudem für die Erleichterung der „sprunghaft ansteigenden“ Einbürgerungen.

Der integrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Arif Tasdelen erläuterte, wie wichtig eine gut funktionierende Integration für Bund und Freistaat ist: „Millionen Menschen sind

GZ

KOLUMNE  
Stefan RößleLiebe Leserinnen  
und Leser,

weniger als ein Jahr trennt uns noch von der Bundestagswahl am 28. September 2025. Während die parteiinternen Nominierungen der Bundestagskandidaten bereits Fahrt aufgenommen haben, rückt auch für uns Kommunalpolitiker ein weiteres bedeutendes Datum näher: die bayerische Kommunalwahl am 8. März 2026. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Themen im Bundestagswahlkampf in den Fokus stellen und kommunalpolitische Themen Einzug in die Wahlprogramme nehmen.

Jetzt ist der Zeitpunkt, um die Weichen für eine kommunalfreundliche Bundespolitik zu stellen, da die Beschlüsse des Bundes zentralen Einfluss auf den zukünftigen Gestaltungsrahmen und die wichtigen Aufgabenbereiche un-



ben übertragen werden, ohne dass diese auch angemessen finanziert werden. Wenig praxistaugliche Bundesvorgaben und eine zunehmende Regeldichte gefährden die zukünftige Handlungsfähigkeit der Kommunen. Es ist essenziell, die Konnexität – also das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ – streng zu achten und neue Aufgaben nur dann zu übertragen, wenn sie auch finanziell ausreichend abgesichert sind.

Gleichzeitig muss der Bürokratieabbau des Bundes endlich ernsthaft vorangetrieben werden. Zu viele Vorschriften und aufwendige Genehmigungsverfahren lähmen die Arbeit vor Ort und verzögern dringend notwendige Projekte. Wir als KPV fordern auch, dass die kommunalpolitische Expertise frühzeitiger in den Gesetzgebungsprozess des Bundes eingebunden wird.

Und es beginnt mit den Wahlprogrammen der Parteien, diese müssen politische Ziele enthalten, die nicht nur mit den kommunalen Ebenen abgestimmt, sondern auch realistisch und vor Ort umsetzbar sind.

Wir Kommunalpolitiker haben es in der Hand, in den kommenden Monaten die Weichen dafür zu stellen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die kommunalen Themen den Platz bekommen, den sie verdienen – im Fokus der anstehenden Bundestagswahl. Seien Sie sich sicher, die KPV wird sich mit starker Stimme für eine kommunalfreundliche Bundespolitik einsetzen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern  
Landrat des Landkreises Donau-Ries

## Kommunale Themen im Fokus der Bundestagswahl 2025

serer bayerischen Kommunen haben. Ohne den politischen und finanziellen Rückhalt des Bundes sind Herausforderungen wie überbordende Bürokratie, stetiger Fachkräftemangel und stetige Kostensteigerungen nicht zu stemmen.

Für die KPV ist klar: Wir brauchen mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort. Es darf nicht sein, dass den Kommunen vom Bund neue Aufga-

## „Reform ist Sargnagel der Vor-Ort-Apotheke“

MdB Florian Oßner sucht pragmatische Lösungen mit der Marien Apotheke in Neufahrn

Noch vor der anstehenden Beratung im Deutschen Bundestag hat MdB Florian Oßner (CSU) den Apotheker Andreas Kulzer und seinen steuerlichen Berater Theo Clotten vor Ort in Neufahrn besucht, um über die anstehende Apothekenreform zu sprechen.

Die Apotheken in Deutschland stehen vor großen Veränderungen. So soll es neben einer Honorarreform vor allem eine große Strukturreform in der Apothekenlandschaft geben. Kulzer verwies darauf, dass im Besonderen die Strukturreform die Apotheken, die vor Ort für die Menschen da sind, in ihrer Existenz bedroht. Durch diese Strukturreformen soll es neben den bisherigen Apotheken auch eine sogenannte „Apothekelight“ geben. Diese darf ohne einen Apotheker betrieben werden und bietet nicht mehr den vollen Umfang der Versorgung. Kulzer betonte, dass die



V.l.: Rechtsanwalt Theo Clotten, CSU-Bundestagsabgeordneter Florian Oßner, Neufahrns Bürgermeister Peter Forstner und Apotheker Andreas Kulzer wollen die Apotheken vor Ort erhalten. BILD: Maria Rohrmeier

erfolgreich integriert und haben ein Zuhause in Bayern gefunden. Sie sind Teil unseres wirtschaftlichen Erfolgs und Wohlstands. Auch aktuelle Zahlen belegen, dass Bayern die bundesweit höchste Erwerbstätigenquote bei Menschen mit Migrationsgeschichte hat. Deswegen müssen wir alles daran setzen, dass wir diese Erfolgsgeschichte fortführen.“

Wegen schleppender Digitalisierung und Personalmangel in Ausländerbehörden könnten Einwanderer jedoch oftmals erst nach langen Wartezeiten eine Arbeit aufnehmen. „Ein Betrieb, der dringend fleißige Hände und kluge Köpfe braucht, kann nicht monatelang warten, bis eine Arbeitserlaubnis ausgestellt wird. Solche Verfahren müssen in zwei Wochen abgeschlossen sein. Genau so braucht es mehr Tempo bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen und Einbürgerungen. Wir fordern eine „Fast lane“, die ausländische Fachkräfte schnellstmöglich in die Betriebe bringt“, so Tasdelen abschließend. DK

teure auf den Arzneimittelmarkt mitmischen, leidet die wohnortnahe Versorgung“.

### Honorarreform modifizieren

Haushaltspolitiker Florian Oßner konnte an einem Rechenbeispiel von Kulzer gut nachvollziehen, welche Auswirkungen zudem die Honorarreform der Ampel Bundesregierung für die Apotheken haben würde. Am Ende sinkt der Rohgewinn der Apotheken deutlich. So haftet der Apotheker sowohl wirtschaftlich gegenüber den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und Zulieferern, als auch in der Frage, ob das Medikament für einen Patienten geeignet ist. Die Apotheker fordern ein Fixhonorar pro verschreibungspflichtiges Medikament von 12 Euro. Seit 2004 liegt dieser Betrag bei knapp über 8 Euro und wurde trotz hoher Inflation, deutlich gestiegener Lohnkosten sowie überproportional angestiegener Beitragseinnahmen der GKV nicht angepasst. Damit sanken die Einnahmen für die Apotheken vor Ort in den vergangenen Jahren bereits deutlich. Zudem zahlt eine Apotheke pro Medikament nochmals 2 Euro an die Krankenkasse als Abschlag. Oßner unterstützte den Vorschlag, hier eine Absenkung vorzunehmen.

Bereits 2023 wurden in Deutschland über 500 Apotheken geschlossen. Derzeit ist das Land mit seiner Apothekendichte auf dem Niveau aus dem Jahr 1979. Wird die Reform so kommen, wie von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant, wird sich die Lage nochmals deutlich verschärfen. „Die Ampel-Regierung hinterlässt besonders im medizinischen Bereich einen enormen Flurschaden. Die notwendigen Reformen sind eine Herausforderung, aber nicht unlösbar. Falls das Apothekensterben so weitergeht, wie in den letzten Jahren, bricht uns viel Wertschöpfung und Lebensqualität in unserer Heimatregion weg. Die Folge wären Gewinnverlagerungen zum ausländischen Versandhandel, was nicht unser Ziel sein darf“, so der Volkswirt Oßner. □

Chronisch kranke, alte und pflegebedürftige Menschen:

## Empörung über elektronische Patientenakte

Zur Pressekonferenz des Bundesgesundheitsministers zu der Einführung der elektronischen Patientenakte erklärt der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz Eugen Brysch: „Die mehrere Milliarden Euro teure elektronische Patientenakte ist derzeit nichts anderes als eine digital einsehbare Papiersammlung. Ärztinnen und Ärzte müssen jedes einzelne Dokument lesen, um die medizinisch notwendigen Informationen rauszufiltern. Denn die E-Akte verfügt aktuell nicht über eine Künstliche Intelligenz, die die Daten aufbereitet, analysiert und verknüpft. Ebenso profitieren chronisch Kranke, Alte und Pflegebedürftige nicht von der elektronischen Patientenakte. Gerade für diese Patientengruppe wäre es wichtig, wenn alle Altbefunde automatisch vorhanden wären. Doch das ist nicht vorgesehen. Zudem bleiben digital unerfahrene Menschen außen vor. Dazu gehören mehr als 20 Prozent der über 65-Jährigen. Diesen Betroffenen muss ein differenzierter Umgang mit ihren Daten ermöglicht werden.“ □

## Ehrenamtliche Bürgermeister ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schiedenen Fördermitteln seien auch die Schlüsselzuweisungen um 4,1 Prozent angehoben worden, rund 2,8 Milliarden Euro gingen dabei an die Gemeinden. „Zur allgemeinen Stärkung der kommunalen Investitionskraft erhalten die bayerischen Gemeinden und Landkreise zudem Investitionspauschalen in Höhe von insgesamt 446 Millionen Euro, die frei für Investitions-, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an kommunalen Einrichtungen verwendet werden können“, ergänzte Herrmann und unterstrich: „Unser oberstes Ziel ist, dass die Finanzlage der Kommunen auch in schwierigen Zeiten solide bleibt!“

### Best Practice-Beispiele

In den anschließenden Panels ging es unter anderem um Best Practice-Beispiele zu den Themen „Gesundheit und Senioren“, „Energie und „Eindämmung von Flächenverbrauch“ sowie um Möglichkeiten, Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Auch die aktuellen Herausforderungen, die die fortwährende Zuwanderung für Kommunen mit sich bringt, wurden in einer Keynote und einem Podiumsgespräch ausführlich behandelt.

Für Reinhard Streng, Erster Bürgermeister der mittelfränkischen Gemeinde Langenfeld (Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim) ist der vorausschauende Umgang mit dem demographischen Wandel unverzichtbar. Mit der Dorflinde Langenfeld hat er ein Mehrgenerationenhaus geschaffen, das dabei helfen soll, Abwanderung und Überalterung im ländlichen Raum zu bekämpfen. Bewusst wurde alte Bau-

substanz im Ortskern saniert, um das Dorfzentrum zu stärken. Konsequenz wurde die Infrastruktur auf die Bedürfnisse der kommenden Generationen angepasst, so dass Projekte wie das Mehrgenerationenhaus mit Tagescafé, das Mehrgenerationenwohnen mit Tagespflege, ein großer Dorfladen mit vielen weiteren Angeboten der Grundversorgung sowie ein Gasthaus realisiert werden konnten. Ein Unterstützerkreis von über 100 ehrenamtlich Engagierten hilft in dem 1.000 Einwohner-Ort bei haushaltsnahen Dienstleistungen im Sinne der Nachbarschaftshilfe.

### Medizinische Versorgung

Mit dem Ziel, Hausarztpraxen in Form medizinischer Gesundheitszentren zu betreiben, hat Peter Schmitt, Erster Bürgermeister der Stadt Amorbach (Landkreis Miltenberg), das erste gemeinwohlorientierte hausärztliche Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) unter dem Dach einer kommunalen Genossenschaft in Bayern – die Campus Co eG – ins Leben gerufen. Das genossenschaftliche Medizinische Versorgungszentrum der Odenwald-Allianz bietet die Möglichkeit, gerade auch in einer ländlichen Region der nachwachsenden Ärztergeneration ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen und die Niederlassung auf diese Weise zu erleichtern. Im April vergangenen Jahres wurde das erste MVZ in Schneeberg in Betrieb genommen. Wenn das in Amorbach geplante neue Gebäude für das Gesundheitszentrum steht, soll das MVZ als Ankermieter dort hin verlagert werden.

Entwickelt wurde das Konzept der Campus Co eG im Jahr 2015 von Christine Becker, Inhaberin

und Geschäftsführerin „Saluto Consult“. Die Soziologin, die sich als „Brückenbauerin“ versteht, berät Kommunen zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Ihr Augenmerk liegt dabei auf der Förderung von Lebensqualität, Standortattraktivität sowie medizinischer und pflegerischer Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen und unter Einsatz vorhandener digitaler Technologien.

### Energie- und Heimatdorf

Als Best Practice-Beispiel zum Thema Energieviende diente das „Energie- und Heimatdorf“ Wildpoldsried. Wie Günter Mögele, Zweiter Bürgermeister der Gemeinde im Oberallgäu, ausführende, setzte Wildpoldsried auf das Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie. So produzierte die Gemeinde achtmal so viel Strom, wie sie verbraucht. Auch bei der Wärme aus regenerativen Energien erwirtschaftete das Dorf einen Überschuss von ca. 60 Prozent, wodurch Nah- und Fernwärme sowie Stromversorgung durch den Mix von Sonne, Wind und Biogas mehr als sichergestellt werden.

### Bevölkerungsrückgang gestoppt

Sein Erfolgsrezept einer flächenbewussten Kommune stellte Bernd Sommer, Erster Bürgermeister der Stadt Waldsassen (Landkreis Tirschenreuth) vor. Die Klosterstadt hat sich mit einem Grundsatzbeschluss des Stadtrats dazu verpflichtet, Innenentwicklung vor Außenentwicklung zu priorisieren, und damit trotz reger Bautätigkeit kaum neue Flächen verbraucht und den Bevölkerungsrückgang gestoppt.

Waldsassen war Standort der keramischen Industrie. Anfang der 1990er Jahre kam plötzlich das Aus. Nach und nach folgten weitere Industriezweige. Gleichzeitig stand die Klosteranlage kurz vor dem baulichen Kollaps. Sinkende Einwohnerzahlen und wirtschaftliche Probleme stellten sich ein. Mit Hilfe der Städtebauförderung führte die Stadt kontinuierlich Stadterneuerungsmaßnahmen durch. Es wurde ein Konzept entwickelt, mit den vorhandenen Flächen auszukommen und dennoch Entwicklung zu ermöglichen.

### Neuer Wohnraum im Zentrum

„Wenn Gebäude marode werden, brach liegen und sich kein Käufer findet, dann nehmen wir es in den Fokus. Wir suchen Investoren oder erwerben selbst die Immobilien, räumen die Fläche frei oder sanieren. Wir haben auch ein Leerstandskataster erstellt, damit vom Leerstand bedrohte beziehungsweise brach liegende Wohngebäude erfasst und frühzeitig erkannt werden können. Viele dieser Gebäude sind inzwischen saniert und neu belebt“, erläuterte Sommer. Neuer Wohnraum, überwiegend mitten im Stadtzentrum, sei entstanden und werde auch weiterentwickelt. Trotz reger Bautätigkeit mussten kaum neue Flächen genutzt werden. Die Stadt ist heute aufgeräumter als vor Jahren, da marode Bausubstanz gewichen ist. Für dieses herausragende Engagement wurde Waldsassen 2019 als eine der ersten bayerischen Kommunen mit dem neuen staatlichen Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune“ ausgezeichnet.

### Nur 10 Prozent weibliche Bürgermeister in Bayern

Frauen auf dem Chefsessel im Rathaus sind in Bayern eher rar, obwohl Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Nur knapp 10 Prozent der Bürgermeister in Bayern sind weiblich. Damit sich das ändert, sind gezielte Unterstützung und Ermutigung potenzieller Kandidatinnen nötig, wie Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach, zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags und Sprecherin der bayernweiten Arbeitsgemeinschaft „Frauen führen Kommunen“ feststellte. Die seit 2016 bestehende AG will ein Forum für Austausch, Vernetzung und Bündelung der Interessen der Bürgermeisterinnen sein. Gleichzeitig sollen die Bürgermeisterinnen auch nach außen hin besser sichtbar werden, um einen Anreiz für junge Frauen und Mädchen zu bilden, selbst in die Kommunalpolitik einzusteigen.

### Steigende Flüchtlingszahlen

In seiner Keynote beschäftigte sich Prof. Hannes Schammann vom Lehrstuhl Politikwissenschaft, Schwerpunkt Migrationspolitik (Universität Hildesheim) mit dem Thema „Kommunale Flüchtlingspolitik – Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten“. Schammann wagte einen „Blick in die Glaskugel“, demzufolge die aktuellen politischen Versuche, Fluchtzuwanderung zu reduzieren, noch mindestens bis 2016 anhalten werden „und auch vorübergehend erfolgreich sein können“. Gleichwohl sei davon auszugehen, dass die Flüchtlingszahlen weltweit weiter ansteigen werden. Wollte man mit restriktiven Mitteln die Zahlen für Deutschland und Europa langfristig drücken, stelle sich die Frage nach dem Preis, insbesondere dem Austritt aus internationalen Verträgen und den Nebeneffekten für andere Felder und Zielgruppen (u.a. Diskussion um „menschenwürdiges Existenzminimum“).

## Fortführung der „Wegweiskurse in Bayern“

Der Bayerische Volkshochschulverband e.V. (bvV) setzt die „Wegweiskurse in Bayern“ fort, die bis September 2027 laufen. Ziel der Wegweiskurse ist es, Schutzsuchenden frühzeitig wichtige Informationen für das Leben in Deutschland zu vermitteln.

Die Wegweiskurse vermitteln Schutzsuchenden nützliche Informationen für den Alltag und wesentliche Grundlagen des kulturellen Zusammenlebens in Deutschland. Das Besondere: die Kurse werden in der jeweiligen Herkunftssprache abgehalten, um eine umfassende Verständigung sicherzustellen. Themen wie Asylverfahren, Rechte und Pflichten in Deutschland, Gesundheitsversorgung sowie Mobilität werden auf Basis eines vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) herausgegebenen Curriculums in elf Modulen über insgesamt 15 Unterrichtseinheiten vermittelt. In der neuen Projektlaufzeit bis 2027 sollen bis zu 400 Kurse durchgeführt und damit rund 3.000 Schutzsuchende in Bayern erreicht werden.

### Kooperationspartner

Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern in allen bayerischen Regierungsbezirken umgesetzt, darunter Volkshochschulen und gemeinnützige Organisationen. Diese Partner organisieren die

Kurse vor Ort, überwiegend in ANKER-Einrichtungen.

„Die Wegweiskurse werden von unseren Kulturmittler\*innen durchgeführt, die vom Bayerischen Volkshochschulverband akquiriert und intensiv geschult werden. Kulturmittler\*innen [sic] bauen Brücken zwischen den Kulturen und vermitteln die Kursinhalte in der Herkunftssprache der Teilnehmenden. Das schafft Vertrauen von Anfang an und ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Kurse“, so Dr. Regine Sgodda, Vorstand des bvV. Der bvV sucht derzeit Personen mit unterschiedlichen Herkunftssprachen wie etwa Persisch, Arabisch, Türkisch, die die Kurse betreuen.

Das Projekt „Wegweiskurse in Bayern“ wird zu 75 Prozent vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union finanziert. Weitere 12,5 Prozent der Finanzierung kommen vom BAMF und 12,5 Prozent vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI). <https://vhs-bayern.de/themen/sprachen-und-integration/wegweiskurse-in-bayern/>. □

### Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach:

## Individuelle Pflegeangebote im ländlichen Raum

„Individuelle Pflegeangebote im ländlichen Raum sind von steigender Bedeutung. Im Alter ist es oft schwer, mit Veränderungen zurecht zu kommen. Deswegen ist es wichtig, dass Pflegebedürftige heimatnah versorgt werden können“, sagte Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach als sie sich ein Bild von den Umbauarbeiten des künftigen Pflegebauernhofs Moorhof in Karlshuld im oberbayerischen Landkreis Neuburg-Schrobenhausen machte.

„Der Pflegebauernhof Moorhof erfüllt genau diese Anforderungen. Er ist ein deutschlandweites Leuchtturmprojekt mit Zukunftsperspektive“, so die Ministerin weiter. Ziel des Pflegebauernhofs Moorhof ist es, einen generationenübergreifenden Begegnungsort zu schaffen. Dabei wird ein ehemals landwirtschaftlich genutztes Gebäude zu zwei ambulanten betreuten Wohngemeinschaften umgebaut. Das Projekt wird über das Förderprogramm PflegeSoNah mit knapp 1,4 Millionen Euro bezuschusst. Insgesamt entstehen hier 23 Pflegeplätze.

Derzeit gibt es in Bayern und Deutschland nur sehr wenige Pflegebauernhöfe. Der Hof in Karlshuld hat einen großen Vorbildcharakter im Bereich der sozialen Landwirtschaft. Neben dem pflegerischen Aspekt kommt hinzu, dass sich Pflegehöfe zu einem finanziellen Standbein für Landwirtinnen und Landwirte entwickeln können. Denn nicht nur die Pflege ist im Wandel, sondern auch die Landwirtschaft. □

„Pragmatismus vor Ort kann auch bei emotionalen Debatten erhalten werden“, unterstrich Schammann. „Für eine aktive Kommune in der Aufnahme Schutzsuchender braucht es starke Allianzen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Das kann selbst ungünstige Startchancen transformieren.“ Die offene Frage lautet: „Gelingt es, die Debatte, wo nötig, zu „demigrantisieren“ und der Falle des dauerhaften Politikversagens zu entgehen?“

In Deutschland werden die Flüchtlinge nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Wie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführender Vorstandsmitglied im Bayerischen Städtetag, bei einer abschließenden Podiumsdiskussion mit Petra Guttenberger, MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, Karl Straub, MdL, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Walter Jonas, Regierungspräsident der Oberpfalz, Marion Fleischmann-Hilton, Erste Bürgermeisterin Burgpreppach, und Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, betonte, sei Bayern

hier „gut unterwegs“. Nach dem deutschlandweiten Verteilungsschlüssel habe der Freistaat 15,56 Prozent aller Geflüchteten aufzunehmen. 24 von 25 kreisfreien Städten lägen weit über 100 Prozent dieser Quote, ebenso die Landkreise.

### Gleichmäßige Verteilung

Buckenhofer zufolge muss eine gleichmäßige Verteilung in alle Regionen Bayerns, in alle Landkreise und alle Städte und Gemeinden auch weiterhin das Ziel sein. Statt über Umverteilungen nachzudenken, müsse der Bund wirkungsvolle Instrumente zur Steuerung der Migration einrichten. Auch sei die kommunale Leistungsfähigkeit durch eine bessere Finanzausstattung zu stärken.

„Kommunikation über die staatliche Ebene in die Kommunen hinein ist wichtig“, unterstrich Gemeindetags-Geschäftsführer Hans-Peter Mayer. Die Bürgermeister dürften in der Flüchtlingskrise nicht allein gelassen werden. „Nur gemeinsam schaffen wir diese Herausforderung“, hob Mayer hervor und plädierte deshalb einmal mehr für eine „aktive Bürgergesellschaft“. □

## Herausforderungen, Chancen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bayerns leben in einer Kommune mit unter 20.000 Einwohnern. 25 Prozent, also ein Viertel, lebt in einer Kommune mit weniger als 5.000 Einwohnern. Welche Herausforderungen sehen Sie beim Ausbau des Breitbandnetzes in ländlichen Gegenden im Vergleich zu städtischen Regionen?

**Lück:** Mein Herz schlägt für den ländlichen Raum. Bayern ist ein Flächenland mit großartigen Regionen und ländlicher Struktur. Aber ich weiß auch, dass die Stadt Vorteile hat, die für ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen wie die Telekom ausschlaggebend sein können. Obwohl der Wettbewerb in der Stadt größer ist, kann ein Unternehmen dort mehr Kunden mit gleichem Aufwand anschließen. Im ländlichen Raum ist dafür die Kundentreue höher. Und das obwohl auf unserem Netz auch Wettbewerber ihre Produkte vermarkten. Aber die Zersiedelung kann den Ausbau unwirtschaftlich machen. In solchen Fällen kann dann die Förderung helfen.

**GZ:** Welche Kriterien verwendet die Telekom, um zu entscheiden, welche Gemeinden als nächstes erschlossen werden? Und gibt es Möglichkeiten, den Ausbauprozess zu beschleunigen, wenn die Gemeinde zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellt oder sich aktiv beteiligt?

**Lück:** Wir prüfen jedes Ortsnetz anhand mehrerer Kriterien. Dazu gehören unter anderem die vorhandene Infrastruktur, der benötigte Ressourceneinsatz für den Ausbau und das Potenzial beim Kundenzuwachs. Den Gemeinden kommt beim Glasfaserausbau eine wichtige Rolle zu. Deshalb kann ich die Kommunen nur dringend bitten: Steigen Sie in

den Dialog mit uns ein und lassen Sie uns gemeinsam einen Plan entwickeln, wie wir Glasfaser in Ihre Gemeinde bringen. Eigenausbau, Förderung und Kooperationen bieten jeder Menge Möglichkeiten für kreative Ideen.

**GZ:** Viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sorgen sich um lange Wartezeiten für einen Glasfaseranschluss. Woran liegt es Ihrer Meinung nach und wie können Kommunalverantwortliche dem entgegenwirken?

**Lück:** Gehen Sie mit uns ins Gespräch. Jedes Ausbauprojekt ist anders. Bevor wir bauen, schauen wir uns jedes Gebiet genau an. Dann loten wir aus, wie wir Zeit und Geld effizient einsetzen können. In Bayern bauen wir derzeit pro Jahr über 300.000 Haushalte mit Glasfaser aus. Dafür investieren wir erhebliche Geldmittel. Diese Euros können wir jedoch nur einmal ausgeben. Mangelnde Absprache in einer Kommune führt zu langen und teuren Bauphasen. Und das führt dann dazu, dass wir in einer anderen Gemeinde gar nicht erst anfangen können.

**GZ:** Wie transparent ist der Prozess des Breitbandausbaus für die Bürger? Bieten Sie den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Hilfestellung in Sachen Kommunikation?

**Lück:** Wir bieten alles – von der Info-Veranstaltung im Gemeindefest bis zur Beratung an der Haustür. Früher haben wir beim Netzausbau lediglich die Technik im Verteilerkasten geändert. Danach konnte der Kunde buchen. Jetzt müssen wir mit dem Glasfaserkabel zu jedem Kunden in die Wohnung. Das ist eine große logistische Aufgabe. Wir sind auf jede Unterstützung angewiesen. Unsere Regionalmanagerinnen und Regionalmanager stehen als Ansprech-

partner jederzeit zur Verfügung.

**GZ:** In einer Kommune steht bspw. die Sanierung der Trinkwasserversorgung oder eine Straßensanierung an. Was sollte ein kommunaler Entscheider/eine Entscheiderin in Bezug auf den Breitbandausbau an dieser Stelle unbedingt mitdenken? Lohnt es sich auf die Telekom zuzugehen?

**Lück:** Das sind genau die Hinweise, die wir brauchen. Natürlich funktioniert das nicht immer. Aber wenn irgendwie möglich, werden wir unseren Ausbau mit solchen Maßnahmen koordinieren.

**GZ:** Wie reagieren Sie auf die Kritik, dass der Breitbandausbau in manchen Regionen zu langsam vorschreitet?

**Lück:** Wir bauen über 300.000 Glasfaseranschlüsse in Bayern pro Jahr. Wir können aber nicht überall zu gleichen Zeit sein. Wir müssen auch nicht hektisch werden. Da, wo wir heute nicht bauen, können wir in den meisten Fällen den Kunden Anschlüsse mit bis zu 250 Mbit/s bieten.

**GZ:** Was wollen Sie unseren Leserinnen und Lesern gerne mit auf den Weg geben?

**Lück:** Kommen Sie gerne auf uns zu. Warten Sie nicht, bis wir anklopfen. Sie können mehr zum Breitbandausbau in Ihrer Gemeinde beitragen, als Sie vielleicht denken. Wenn wir unsere Kräfte bündeln und alle Möglichkeiten von Eigenausbau, Förderung und Kooperation nutzen, erreichen wir über kurz oder lang den Glasfaserausbau in jeder Gemeinde. Wir unterstützen Sie bei der Digitalisierung Ihrer Gemeinde.

**Die Telekom ist Austeller auf dem Partner beim 11. Bayerischen Breitbandforum am 17.10.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen.** □.

# Quadratur des Kreises

Die Kommunikation zur neuen Grundsteuer und ihre Folgen

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Die Einführung der neuen Grundsteuer B bietet viel Potenzial, um als Lehrbeispiel in die Handbücher der politischen Kommunikation einzugehen. Als Negativmuster dafür, wie politische Kommunikation zu Missverständnissen führt, Regierungshandeln Verdruss auslöst und Beschädigungen im föderalen System entstehen.

Frühzeitig hat sich die bayerische Staatsregierung festgelegt, und der Steuerzahler hat es gerne vernommen: Die Grundsteuer soll im Freistaat aufkommensneutral ausgestaltet werden. Politisch gemeint war damit freilich, dass in den Gemeinden das Aufkommen aus der Grundsteuer nach der Umsetzung des neuen Rechts in etwa gleichbleiben

dem ersten Moment euphorischer Übersteuerung zum Besten gab. Nämlich, dass man in Bayern ein einfaches Steuermodell schaffen werde, das nicht zu Steuererhöhungen führe.

Letzteres, keine Steuererhöhungen, ist gleichwohl das, was sich bei nicht wenigen Grund- und Immobilienbesitzern im Freistaat festgesetzt hat. Sie haben das Wörtchen „aufkommensneutral“ sehr individuell und bezogen auf die persönliche Steuerlast interpretiert. Natürlich gab es warnende Stimmen, die sachte darauf hinwiesen, dass sich ein grundlegendes Missverständnis zwischen Staat und Bürgern anbahne. Ausgeräumt wurde es aber nie. Der Ton war mit „aufkommensneutral“ politisch gesetzt. Umso mehr greift jetzt Irritation um sich, weil es absehbar zu Verschiebungen in der individuellen Grundsteuerlast kommen kann und der eine oder andere Grund- und Immobilienbesitzer künftig mehr als bisher zahlt. Wenn dabei Grundstücke auch in die Besteuerung kommen, die bislang nicht – das soll es gelegentlich im ländlichen

billig. Die Betroffenen sollten es deshalb staatsbürgerlich gesittet ertragen, wenn das jetzt korrigiert wird.

Was im Einzelfall als steuerlicher Nachteil in Vergleich zur Altregelung begriffen wird, ist jedoch eine der Stärken des bayerischen Wegs im Grundsteuerrecht. Denn künftig gilt der einfache und nachvollziehbare Zusammenhang, nach dem die kommunale Leistung als umso aufwendiger gilt, je größer und intensiver bebaut ein Grundstück ist.

## Versäumnis der Politik

Diesen Zusammenhang intensiv zu erklären, dafür war ein halbes Jahrzehnt Zeit. Dass die politischen Entscheidungsträger und der Gesetzgeber die Zeit nicht zur umfänglichen Aufklärungsarbeit rund ums neue Grundsteuergesetz genutzt haben, darf man ihnen vorwerfen. Ein Versäumnis, das noch für viel Verdruss im Land sorgen wird – spätestens dann, wenn die neuen Grundsteuerbescheide Anfang des nächsten Jahres auslaufen.

Die Bayerische Staatsregierung hat es sich bei aller inhaltlichen Qualität des Grundsteuerrechts mit Blick auf die Umsetzung zu einfach gemacht und schlichtweg darauf gebaut, dass es die Kommunen dann schon eines Tages richten werden. Einen Bärenienst hat sie ihnen zudem mit dem „Appell“ erwiesen, die Hebesätze für 2025 so festzusetzen (d.h. in der Regel abzusenken), dass die Grundsteuereinnahmen denen des Jahres 2024 entsprechen. Denn auch hier ist entscheidend, was beim Bürger ankommt. Und das ist in dem Fall die schlichte Botschaft, nach der die Kommunen durch ein Neujustieren der Hebesätze schon dafür sorgen werden, dass der einzelne Grund- und Immobilienbesitzer nicht mehr Grundsteuer als vor der Reform zahlt.

## Erinnerungen werden wach

So mancher Bürgermeister begreift den „Appell“ nach aufkommensneutralen Hebesätzen als übergreifende Forderung. Erinnerungen werden wach an die einst als wenig geglickert empfundene Empfehlung der Staatsregierung zu den Erschließungsbeiträgen im Straßenbau. Das hat sich schmerzvoll in bürgermeisterlichen Gedächtnissen festgesetzt. Politischer Druck durch staatsministerielle Ankündigungs-, Empfehlungs- und Erwartungsrhetorik als wiederkehrendes Muster? Im kommunalen

Bereich sorgt das mittlerweile hier und da für besorgtes Stirnrunzeln.

Der Staatsregierung jedoch zu unterstellen, sie sei politisch übergriffig, mag gleichwohl hart formuliert sein. Zumal zu deren Entlastung angeführt werden könnte, dass sie den „Appell“, die Hebesätze aufkommensneutral zu gestalten, immer mit dem Hinweis auf die im Grundgesetz verankerte Hebesatzautonomie der Städte und Gemeinden versehen hat.

## Kommunale Bürde

Ungeachtet dessen tangiert der Regierungshinweis allemal einen sensiblen Bereich. Nämlich den der kommunalen Selbstverwaltung. So schwach die Kommunikation zur Erklärung der neuen Grundsteuer in Eindeutigkeit und Bürgernähe war, so stark ist fatalerweise die Wirkung des Regierungsauffrags. Alle Erwartungen sind dadurch auf die Kommunen gerichtet. Ihnen fällt nolens volens die Bürde zu, das zu richten, was wo anders kommunikativ verbockt wurde – und schränkt damit womöglich die gemeindliche selbständige und weisungsfreie Verwaltung ein.

## Realpolitische Herausforderung

Verfassungsrechtlich ist das delikat und realpolitisch herausfordernd in Zeiten, in denen die kommunalen Finanzen ohnehin schon (über-)strapaziert sind – nicht zuletzt aufgrund vielfältiger Aufgabenzuweisungen durch die Bundespolitik. Da ist die Verlockung nachvollziehbar, den „Appell“ der Staatsregierung aus eigenem Recht zu ignorieren und zusätzliche Einnahmen durch die Grundsteuer mitzunehmen.

Begründen ließe sich das allemal. Nicht zuletzt durch den bereits erwähnten Zusammenhang von kommunalem Aufwand sowie Größe und Bebauungsdichte von Grundstücken. Wie auch immer: Lassen die Kommunen die Hebesätze unverändert (oder heben sie gar an), haben sie den schwarzen Steuerpester. Senken sie die Hebesätze, gefährden sie womöglich Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Neuregelungen und Klarstellungen sind hier deshalb ebenfalls dringend notwendig.

Die nächsten Wochen werden für die Kommunen nicht einfach. Bis spätestens Anfang Dezember sollten sie – zum Teil auf noch unvollständiger Datenbasis – über die Grundsteuerhebesätze zumindest für das Jahr 2025 entscheiden. Wie sie es auch werden. Sie stehen vor der Quadratur des Kreises. Wieder einmal.

# Bauwirtschaft präsentiert Studie zur Senkung der Grunderwerbsteuer

Das Bayerische Baugewerbe hat zusammen mit dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe, der Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V. (BWW), dem Baugewerbe-Verband Niedersachsen sowie den Bauverbänden NRW beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln eine Studie in Auftrag gegeben. Diese untersucht, wie sich eine Senkung der Grunderwerbsteuer auf die Neubaunachfrage auswirkt.

Im Ergebnis würde eine Halbierung der Grunderwerbsteuer nicht nur die Zahl der Baugenehmigungen um fast 10 Prozent steigern. Die aktivierte Bautätigkeit würde Steuermehreinnahmen generieren und die Fertigstellungszahlen der privaten Bauvorhaben erhöhen. Die öffentliche Hand müsste dadurch weniger eigene Wohnungen bauen, um den Wohnungsbedarf zu decken. Die so ersparten Aufwendungen würden die Mindereinnahmen der halbierten Grunderwerbsteuer mehr als kompensieren.

## Appell an die Staatsregierung

Das Land Bayern hat zwar bundesweit den geringsten Grunderwerbsteuersatz – dennoch würde der Effekt aufgrund der hohen Grundstücks- und Immobilienpreise im bundesweiten Vergleich am größten ausfallen: Bayern würde durch die Halbierung der Grunderwerbsteuer mehr als 2 Milliarden Euro einsparen.

Für Andreas Demharter, Hauptgeschäftsführer des Landesver-

bands Bayerischer Bauinnungen, sind die Ergebnisse der Studie Anlass für einen Appell an die Staatsregierung: „Die Grunderwerbsteuer ist für Familien eine der großen Hürden bei der Eigentumsbildung. Mit Blick auf die Wohnungsnot brauchen wir aber jedes private Bauvorhaben. Daher appellieren wir an die Staatsregierung, die Furcht vor Mindereinnahmen zu überwinden. Eine Senkung der Grunderwerbsteuer hat großes Potenzial für mehr Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Erhöhung des Wohnungsbaus. Jeder Euro in Bauinvestitionen generiert bis zu sieben Euro an Folgeinvestitionen. Die Studie zeigt klar, dass die Senkung dem Freistaat Bayern am Ende günstiger kommen würde, als selbst die benötigten Wohnungen zu bauen. Daher kann es auch in Bayern nur heißen: Runter mit der Grunderwerbsteuer!“

Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 haben die Bundesländer die Möglichkeit, die Grunderwerbsteuersätze eigenständig festzulegen.

# Gerlach unterstützt Krankenhaus-Ausbau in Bayern

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach unterstützt den Ausbau und die Modernisierung von Krankenhäusern. Gerlach betonte anlässlich der Feier zur Fertigstellung der Erweiterung der Klinik König-Ludwig-Haus in Würzburg um ein Zentrum für Seelische Gesundheit: „Wir machen unsere Kliniken und Versorgungsstrukturen fit für die Zukunft. Eine qualitativ hochwertige und ganzheitliche stationäre Versorgung ist ein zentrales Anliegen der Staatsregierung.“

Die Ministerin ergänzte: „Die nun fertiggestellte Angliederung der psychiatrischen Klinik und Neugestaltung des Aufnahmebereichs hat der Freistaat mit rund 17 Millionen Euro unterstützt. Als nächstes steht nun die notwendige Generalsanierung und Erweiterung der Orthopädischen Klinik an. Der Freistaat unterstützt als ersten Schritt der Sanierung einen Neubau des Südflügels mit knapp 25 Millionen Euro.“

## Zuverlässiger Partner

Gerlach unterstrich: „Jeder Euro ist eine hervorragende Investition nicht nur in die Zukunft der Klinik, sondern auch in die stationäre Versorgung der

gesamten Region. Wir bleiben auch in Zukunft verlässlicher Partner des König-Ludwig-Hauses und der Kliniken des Bezirks Unterfranken!“

Stefan Funk, Bezirkstagspräsident des Regierungsbezirks Unterfranken, fügte hinzu: „Mit der Fertigstellung der Erweiterung der Klinik König-Ludwig-Haus in Würzburg um ein Zentrum für Seelische Gesundheit stärken wir den Gesundheitsstandort Unterfranken nachhaltig. Psychiatrie ist eine der Pflichtaufgaben der bayerischen Bezirke, die wir sehr ernst nehmen. Mit der Neustrukturierung des Südflügels in der Orthopädischen Klinik König-Ludwig-Haus gehen wir in Richtung einer modernen Orthopädie.“



Dr. Jürgen Gros.

Bild: Barbara Obermaier

Keineswegs zugesagt war dagegen das, was ein CSU-Bundestagsabgeordneter 2019 in ei-

chen Bereich tatsächlich geben – oder falsch veranlagt waren, dann ist das allerdings recht und

# Energieeffizient bauen und sanieren – aber wie?

Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt bietet Erstinformationen und Orientierung für Bürger an, die eine Baumaßnahme planen. „Richtungsweisend für Bayern“ ist die umfassende Informationswebseite, auf der Heizungstechnologien, Dämmarten und Anstöße für mehr Wohnqualität vorgestellt werden. Zusätzlich können nun auch Bauherren ihre Erfahrungen teilen und hilfreiche Tipps geben. Hinzu kommt Hintergrundwissen zu den verschiedenen Gebäudestandards, zu Förderungen und Energieberatung. Zukünftig wird das Angebot um kommunale Themen erweitert.

Unter [www.richtungsweisend.bayern](http://www.richtungsweisend.bayern) finden Bauherren Orientierung bei der Planung von Neubauten und Sanierungsmaßnahmen. Dabei liegt der Fokus auf Technologieoffenheit und Nutzerorientierung. Die LENK stellt dazu die verschiedenen Möglichkeiten vor und zeigt auf, welche Schritte schon in der Planungsphase mitgedacht werden sollten. Sie erklärt die Wirkungsweisen der verschiedenen Arten der Gebäudedämmung, der Solarthermie, der Wärmepumpe und der Fern-

wärmenetze, der Bioenergie und auch der Wasserstofftechnologie. Außerdem können sich Interessierte ab jetzt auch über Förderungen für Neubau und Sanierung informieren. Sie erfahren, welche verschiedenen Arten von Gebäudestandards möglich sind. Und sie können in einem Lexikon die vielen, oft sehr fachspezifischen Begriffe nachschlagen, die einem bei der Planung einer Baumaßnahme begegnen. Zudem gibt es nützliches Wissen zum Energieausweis und der Energieberatung.

# WIR KÖNNEN STRASSENBAU

BIS ZU 50 % GÜNSTIGER  
als herkömmliche Straßensanierungen

X Gemeindeverbindungsstraßen

X Hofzufahrten X Moosstraßen

X Bergstraßen X Radwege

X Wirtschaftswege X Güterwege

X Beton- und Betonpflasterstraßen

X Innerorts Straßen X Parkplätze

X Industrie- und Logistikflächen

# PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

Die Lösung:

## DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)



LANGLEBIGER  
SCHNELLER • TRAGFÄHIGER  
GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. +49-8083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

▶ Folgen Sie uns auf Youtube!

DStGB-Ausschuss für Städtebau und Umwelt:

## Extremwetterereignissen wirksam begegnen

Neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung etablieren

Die Extremwetterereignisse der vergangenen Wochen und Monate machen einmal mehr deutlich, dass dem Bereich der Klimaanpassung eine hohe Priorität eingeräumt werden muss. Starkregen und Hochwasser, aber auch langanhaltende Hitzeperioden, stellen die Kommunen vor immer größere Herausforderungen.

„Insbesondere die Starkregen- und Hochwasservorsorge muss hierbei in den Blick genommen werden. Dies haben nicht zuletzt die gravierenden Folgen der Juni-Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland und in Österreich sowie weiteren Nachbarländern gezeigt“, so der Vorsitzende des DStGB-Ausschusses für Städtebau und Umwelt, Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher, Freising, bei der Sitzung des Ausschusses in Günzburg.

### Flutpolder und Deiche

Neben einer hochwasserangepassten kommunalen Bauleitplanung ist die Schaffung von Rück-

halteräumen, auch im bebauten Siedlungsbereich, sowie ein konsequenter Ausbau des technischen Hochwasserschutzes erforderlich. Eschenbacher: „Der Aufwand gerade für technische Schutzmaßnahmen wie beispielsweise Spundwände, mobile Hochwasserschutzmaßnahmen oder Regenrückhaltebecken zählt sich in der Praxis aus. Es muss darum gehen, Schäden bestmöglich zu minimieren und vorzubeugen.“

Damit einhergehen muss nach Auffassung des DStGB zudem ein konsequenter Ausbau von Flutpoldern und Deichen an den großen Flüssen, auch, um im Einzelfall den Wassermassen mehr

Platz zu bieten. Bernd Düsterdiek, Beigeordneter des DStGB: „Bund und Länder müssen hier weiterarbeiten und das Nationale Hochwasserschutzprogramm konsequent umsetzen. Große Retentionsflächen, Flutpolder und intakte Deiche sind Grundvoraussetzungen für einen vorbeugenden Hochwasserschutz.“ In diesem Zusammenhang kommt auch dem Zugriff auf relevante Flächen eine wichtige Funktion zu. Leider behindern private Grundstückseigentümer immer wieder notwendige Hochwasserschutzmaßnahmen, indem sie unter Hinweis auf ihr Eigentum erforderliche Maßnahmen blockieren. Der Gesetzgeber sollte hier zukünftig einen besseren Flächenzugriff ermöglichen.

Da zukünftig mit weiteren Großschadenslagen zu rechnen ist, müssen zudem die Frühwarnsysteme weiter optimiert und an die Gefahrenlagen angepasst werden. Schließlich benötigen wir eine Stärkung der Katastrophenvorsorge insgesamt. Dazu zählt neben Finanzmitteln für die Anpassung der Infrastruktur auch die Stärkung der Unterstützungsstrukturen vor Ort und der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des THW. Hier bleiben Bund und Länder gleichermaßen gefordert.

### Daueraufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung

Da die bestehenden Herausforderungen in diesen Bereichen nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden können, benötigen wir eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung“ von Bund und Ländern. Die insoweit erforderliche Anpassung im Grundgesetz sollte nach dem Vorbild der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz) zügig auf den Weg gebracht werden. Städte und Gemeinden benötigen Planbarkeit und eine verlässliche Finanzierungsgrundlage, damit wir unsere Kommunen klimaresilient umbauen und weiterentwickeln können.“

Hochwasserereignisse und Hitze- und Dürreperioden zeigen allerdings auch: Die Folgen von Extremwetter machen nicht an Landesgrenzen halt und es wird im Ergebnis keinen hundertprozentigen Schutz geben können. Daher muss in Zukunft auch an die Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger, etwa beim hochwasserangepassten Bauen, appelliert werden.

Entwicklung eines Interkommunalen Denkmalkonzepts

## Erfolgreicher Start im Landkreis Regen

Das Landratsamt Regen hat den Auftakt zu einem bedeutsamen Projekt erlebt: In einer zweitägigen Veranstaltung mit Workshops wurde der Grundstein für das Interkommunale Denkmalkonzept (IKDK) des Landkreises gelegt.

Am ersten Tag versammelte sich zunächst das Arbeitsgremium. „In diesem Rahmen wurden wichtige Fragen zur Bewahrung und modernen Nutzung unserer reichen Kulturlandschaft besprochen“, so Sonja Morgenstern von der Unteren Denkmalschutzbehörde am Landratsamt zu den Inhalten der Veranstaltung. Am zweiten Tag setzte der Wissenschaftliche Beirat diese Diskussionen fort und vertiefte die zuvor identifizierten Handlungsfelder.

### Workshops

Im Mittelpunkt der Workshops stand die Frage, wie die historischen Schätze des Landkreises bewahrt und gleichzeitig für heutige Bedürfnisse nutzbar gemacht werden können. Die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit, Nachhaltigkeit und Klimabewusstsein in den Denkmalschutz zu integrieren und erarbeiteten Strategien zur Vernetzung und Aufwertung kultureller Ressourcen. „Eine wesentliche Erkenntnis stellt die Bedeutung der Entwicklung von Wegenetzen und tou-

ristischen Infrastrukturen dar, um die regionale Identität zu stärken und das kulturelle Erbe erlebbar zu machen“, so Morgenstern.

### Nächste Schritte

Diese und andere Erkenntnisse sind nun die Grundlage für die nächsten Schritte im Projekt. In den nächsten Wochen finden Vor-Ort-Termine statt, mit denen der aktuelle Zustand der Denkmäler dokumentiert wird. Diese Informationen sollen dann in der Imagemap Kultur – Erbe – Technik anschaulich aufbereitet und der Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden. Mit diesen ersten Schritten sei der Weg für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des Landkreises Regen geebnet, so die Überzeugung der Teilnehmenden. „Die engagierte Arbeit der Gremien setzt ein starkes Zeichen für die kulturelle und landschaftliche Zukunft unserer Region“, betonte stellvertretender Landrat Helmut Plenk bei der Veranstaltung.



Erste Reihe v.l.: Bernd Düsterdiek, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Ingrid Simet, Ministerialdirektorin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr; Tobias Eschenbacher, Ausschussvorsitzender und Oberbürgermeister von Freising und Gerhard Jaurnig, Oberbürgermeister von Günzburg und Gastgeber der Ausschusssitzung.

Bild: Johanna Hofgärtner

Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik:

## Bündnisse für das Gemeinwohl

Unter dem Titel „Kooperationen in der Stadtentwicklung – Bündnisse für das Gemeinwohl!“ fand in Heidelberg der 17. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik statt. Gemeinsam mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund hatte das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) zur zentralen Veranstaltung der Stadtentwicklungspolitik eingeladen.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, eröffnete den Kongress und hob die Notwendigkeit breiter Bündnisse hervor: „Wir haben große Aufgaben vor uns: Mehr bezahlbares Wohnen schaffen, die Transformation der Wärme- und Energieversorgung vorantreiben und unsere Dörfer und Städte resilient machen vor den Klimaveränderungen. Um bei dieser Vielfalt an Aufgaben zu pragmatischen Ergebnissen zu kommen, braucht es breite Bündnisse und starke Kooperationen, vor allem mit den Kommunen und ihren Verwaltungen.“

Die Ministerin betonte, dass sowohl bei aktuellen Schwerpunkten des BMWSB wie der Klimafolgenanpassung, der Überwindung von Wohnungslosigkeit, Einsamkeit oder der gendergerechten Stadtentwicklung ein kooperatives, gemeinwohlorientiertes Handeln und bürgerschaftliches Engagement viel bewegen könne.

Um Kooperationen und „Bündnisse für das Gemeinwohl“ durch strategische politische Entscheidungen und rechtliche Rahmenbedingungen zu unterstützen, gebe es zum Beispiel Fördermittel des Bundes für Hitzeschutzmaßnahmen wie Baumpflanzungen, Dachbegrünungen oder Entsiegelung, etwa aus der Städtebauförderung oder aus dem Programm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“. In diesem Jahr habe das Bundesbauministerium eine Strategie für Hitzeschutz und Hitzevorsorge in der Stadtentwicklung und im Bauwesen vorgelegt, die dabei helfen solle, ortsangepasste Lösungen zu entwickeln. Wie dies konkret aussehen könne, werde in „Urban Heat Labs“ erforscht, die im Rahmen der Hitzeschutzstrategie gefördert würden.

Aus Sicht von Prof. Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, zählen die Weiterentwicklung lebendiger Stadt- und Stadtteilzentren, die Anpassung von Plätzen und Freiflächen an den Klimawandel, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und der Ausbau umweltfreundlicher Energie- und Mobilitätslösungen zu den aktuell zentralen Aufgaben. Die enge Zusammenarbeit und die gerechte Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei dabei von entscheidender Bedeutung.

Welche Strategien Wien schon seit einigen Jahren zu einer der lebenswertesten Städte der Welt machen, führte Maria Vassilakou, Stadträtin für Stadtentwicklung, aus. Dem Thema Koopera-

tionen sei im aktuellen Stadtentwicklungsplan der Stadt Wien ein eigenes Kapitel gewidmet. Hierbei gehe es u.a. um die vielfältigen Kooperationen innerhalb der Verwaltung, der Region, mit dem Bund, der Zivilgesellschaft und Public Plural Partnerships, die für das Gelingen von Stadtentwicklung gepflegt werden müssten. Vassilakou zufolge bedürfen jegliche Formen der Kooperation eines Rahmens und Regeln, um zu funktionieren und stetig auftretende Konflikte zu überwinden.

Als Standard für die Gestaltung einer lebenswerten Umwelt würden in Wien die Bedürfnisse von Kindern gesetzt. Qualitäten wie schnell erreichbare, großzügige und gepflegte Grünflächen mit Bewegungsmöglichkeiten, Abkühlung am Wasser oder der Ausbau von Fuß- und Radwegenetzen würden als Gestaltungsprinzipien definiert und kämen so nicht nur Kindern, sondern allen Menschen zugute.

Die Stadträtin verwies zudem auf die über hundertjährige Tradition des sozialen Wohnungsbaus in Österreichs Hauptstadt: 62 Prozent der Bürger lebten in Gemeindewohnungen oder geförderten Wohnungen. Dies sei nur durch die Kooperation der Stadt mit über 50 Wohnungsbauern möglich. Hierzu würden ca. 500.000 Euro pro Jahr für leistbaren Wohnungsbau investiert.

Durch Bauträgerwettbewerbe erreiche man hohe Baustandards, in denen als Kriterien architektonische Diversität, Kosteneffizienz, partizipative Planungsprozesse und ökologische Standards gesetzt seien. Das Drei Säulen-Modell der erfolgreichen Umsetzung setze sich zusammen aus niedrigen (fixen) Landpreisen, Baukostenförderung und individuellen Beihilfen sowie Kostenmieten (Realkosten, nicht Marktwert). Seit 2020 müssten bei Zukunftsquartieren zwei Drittel der Wohnungen für geförderten Wohnungsbau eingeplant werden (Ausnahmeregelungen über Gegenleistungen möglich). Die Festsetzungen würden in Verträgen zwischen Bauträgern und der Stadt Wien festgehalten. Der Bund sei durch den Besitz der meisten zu entwickelnden Gebiete wie Konversionsgelände oder Bahngeländen, häufig in den Prozess als Kooperationspartner mit einbezogen, machte Vassilakou deutlich.

In den sogenannten Zukunftsarenen bot der Kongress Raum für den Austausch zu verschiedenen Themen der Stadtentwicklung. Hier wurden Projekte und Best-Practice-Beispiele zur Innen-

stadtentwicklung, Klimaanpassung, Quartiersplanung und nachhaltiger Umbaukultur vorgestellt. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, innovative Ansätze zu diskutieren und Lösungsansätze für die drängenden Fragen der Stadtplanung zu erarbeiten. Darüber hinaus wurden in über ein Dutzend Rahmenveranstaltungen die unterschiedlichen Ansätze der Kooperationen in der Stadtentwicklung diskutiert und dabei auch Beispiele aus dem Ausland in den Blick genommen.

Eine neue Plattform für kooperatives Handeln und gute Lösungen ist die Kleinstadtakademie. Sie startete im Juli 2024 mit dem Ziel, sich als deutschlandweite Austauschplattform sowie Netzwerk von Kleinstädten und Kleinstadtakteuren für Stadtentwicklungsthemen aufzubauen. Damit soll eine völlig neue Form der selbstwirksamen Unterstützungsstruktur von Kleinstädten für Kleinstädte geschaffen werden.

Beim Umbau bestehender und der Entwicklung neuer Stadtquartiere ist die Ressourceneffizienz von zentraler Bedeutung. In einer weiteren Rahmenveranstaltung wurden integrierte Governance-Ansätze sowie digitale und technische Innovationen präsentiert und diskutiert. Überdies wurden Einblicke in die neue DIN SPEC 91468 „Leitfaden für ressourceneffiziente Stadtquartiere“ und erste Anwendungen in der kommunalen Praxis gegeben.

Ebenso auf der Agenda stand die Frage, wie Kooperation im Bereich der Stadtentwicklung im internationalen Kontext wirkt. Hierzu gab es u.a. Impulsreferate in Form von Präsentationen aus Südafrika, der Ukraine und den USA.

Darüber hinaus stand das Kooperationsprojekt der Wüstenrot Stiftung „Einsamkeit. Neue Anforderungen an lebendige Quartiere“ mit location3 und Urban Expert zur Diskussion. Einsamkeit gilt als eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Das Fachpublikum wurde eingeladen, Strategien und Ideen im Handlungsfeld kennenzulernen und zu erkunden. Das Quartier ist als Sozialraum von großer Bedeutung, da hier zielgruppen- und themenübergreifende Arbeit ermöglicht und gefördert werden kann und muss.

Vertieft wurden auch die Erfahrungen und Perspektiven deutscher Städte und Gemeinden im Umgang mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Präsentiert wurden konkrete Fallstudien, die verdeutlichen, in welcher Form die EU-Förderung bereits zur Umsetzung innovativer Stadtentwicklungsprojekte beigetragen hat. Dabei ging es nicht nur um die erreichten Meilensteine, sondern auch um die Frage, wie die EU-Förderung in der nächsten Förderperiode gestaltet und optimiert werden kann. **DK**

## KINDERSPIEL!

# Wir bauen Ihre KITA

Als Bauherr übertragen Sie uns die Realisierung Ihrer Hochbauprojekte wie Kindertagesstätte, Kindergarten und Schule.

Zukunft gemeinsam gestalten.

**Bayern Grund**



Kita / Schule



Bauamt auf Zeit



www.bayerngrund.de

Bauministerkonferenz in Passau:

## Bürokratische Hemmnisse abbauen

Das Thema Wohnungsbau stand im Mittelpunkt der 145. Bauministerkonferenz (BMK) in Passau unter dem Vorsitz von Bayerns Bauminister Christian Bernreiter. Er wies darauf hin, dass die Themen Wohnen und Bauen schnellstmöglich nach vorne gebracht, bürokratische Hemmnisse abgebaut und Normen zurückgedrängt werden müssen. Der Wohnungsbau soll einfacher, schneller und billiger werden.

Wie Bernreiter erläuterte, „ist die Situation im Wohnungsbau weiterhin außerordentlich angespannt. Um die aktuellen Herausforderungen bewältigen zu können, bedarf es eines umfassenden Konzeptes, das viele Aspekte einschließt.“ Um die Kostenspirale nicht weiter anzutreiben, seien zum Beispiel eine inhaltliche Überprüfung der DIN-Normen und klare zivilrechtliche Regelungen, die kostengünstiges und innovatives Bauen ermöglichen, erforderlich. Auch bei der Novelle des Baugesetzbuches müsse der Bund noch nachbessern. „Wir müssen den Kommunen hier alle Instrumente an die Hand geben, damit sie den Bau-Turbo auch wirklich zünden können“,

Neues Rathaus in Burgebrach:

## Tradition und Moderne im Einklang

Nach über zweijähriger Bauzeit ist das neue Rathaus im oberfränkischen Markt Burgebrach feierlich eröffnet worden. Das umfangreiche Bauprojekt, das nicht nur einen Neubau, sondern auch die Sanierung des historischen Rathauses umfasst, markiert einen wichtigen Meilenstein für die Region. „Burgebrach lebt die Vergangenheit und entwickelt Zukunft“, betonte der Bamberger Landrat Johann Kalb.

Aufgrund des kontinuierlichen Wachstums des Marktes Burgebrach und der Gemeinde Schönbrunn im Steigerwald genügte das alte Rathaus aus dem Jahr 1982 nicht mehr den Anforderungen. Der Marktgemeinderat beschloss deshalb 2017, ein angrenzendes Grundstück zu erwerben, um das Rathaus zu erweitern und zugleich das Bestandsgebäude zu sanieren. Nach einer Machbarkeitsstudie im Jahr 2020 stellte Architekt Christoph Gatz fest, dass das erworbene Gebäude nicht in das bestehende Rathaus integriert werden konnte. Daher entschied man sich für einen Ersatzneubau. Das historische Rathaus von 1720 ist nun mit einem neuen, modernen Anbau und dem Verwaltungstrakt von 1982 harmonisch verbunden. Die klare Gliederung der Fassaden und die großzügige Glasfront im Treppenhaus sorgen für eine helle und einladende Atmosphäre. Der barrierefreie Haupteingang führt in ein großes Foyer, das auch außerhalb der Dienstzeiten zugäng-

lich ist. Hier können Bürger über eine Bürgerservicebox rund um die Uhr selbstständig Dokumente abholen – ein bayernweit einmaliger Service.

Nachhaltigkeit im Blick

Im Erdgeschoss befinden sich wichtige Ämter wie das Einwohneramt, das Ständesamt und das Steueramt. Im ersten Obergeschoss sind die Büros des Bürgermeisters, des Geschäftsleiters und der Bauabteilung untergebracht. Das Dachgeschoss beherbergt die Kämmerei und das Personalamt sowie einen Aufenthaltsraum für das Personal. Das neue Rathaus setzt auf moderne Technik und Nachhaltigkeit. Eine Luft-Wasser-Wärmepumpe sorgt für die Beheizung, während eine Photovoltaikanlage auf dem Dach 85,5 Prozent des Strombedarfs deckt. Lüftungsschlitze und eine Fußbodenheizung mit Kühlfunktion tragen zur Optimierung des Raumklimas bei.

Wie Erster Bürgermeister Jo-

## Neue Containerunterkunft in Kirchheim

In Kirchheim ist in den vergangenen Monaten eine neue Unterkunft zur vorübergehenden Unterbringung von Geflüchteten errichtet worden. Bei einem Tag der offenen Tür stellten Landrat Christoph Göbel und Kirchheims Erster Bürgermeister Stephan Keck den Bürgerinnen und Bürgern die Planungen vor und gaben Einblicke in die Wohncontainer.

Maximal 198 Personen sollen dort künftig auf einem Grundstück, das die Gemeinde Kirchheim dem Landkreis zur Verfügung gestellt hat, eine vorübergehende Bleibe finden. Die Unterkunft, die entsprechend vertraglicher Vereinbarungen bis 31.12.2026 geflüchteten Menschen ein Dach über dem Kopf bieten soll, besteht aus insgesamt 36 Wohneinheiten. Jede Einheit verfügt über drei Schlafzimmer, einen Küchenbereich mit Herd und Spüle sowie ein Badezimmer. Die Zweibettzimmer sind mit Spinden, einem Kühlschrank sowie einer Sitzgelegenheit mit Tisch und Stühlen ausgestattet. Darüber hinaus stehen den Geflüchteten Waschküchen und Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Drei der insgesamt 36 Wohneinheiten wurden zu Büros für Sozial- und Objektbetreuung, zu Aufenthaltsräumen und Waschküchen umfunktioniert.

Betreut werden die Geflüchteten vor Ort von der Diakonie München. Darüber hinaus ist rund um die Uhr ein Objektservice vor Ort, der auch als An-

sprechpartner für die Bewohner fungiert.

Aktuell laufen noch letzte technische Arbeiten an der Anlage, die jedoch zeitnah abgeschlossen werden sollen. Auch ein Spielplatz wird in der Mitte der Anlage noch errichtet. Voraussichtlich ab Mitte Oktober 2024 können die ersten Bewohner ihr vorübergehendes Zuhause beziehen. In der Kirchheimer Unterkunft sollen Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht werden. Unter anderem werden hier diejenigen Geflüchteten unterkommen, die bislang bereits in einem Kirchheimer Hotel untergebracht sind, dessen Anmietung Ende des Jahres ausläuft.

Landrat Christoph Göbel, der im Rahmen des Tages der offenen Tür auch zahlreiche Fragen und Bedenken der Anwohner beantwortete, sprach der Gemeinde seinen Dank für die Unterstützung aus: „Mir ist bewusst, dass die Errichtung einer neuen Containerunterkunft für so viele Menschen – zumal in solcher Nähe zur bereits bestehenden Wohnbebauung – Fragen und Bedenken mit sich

machte Bernreiter deutlich.

Laut Dr. Rolf Bösinger, Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, „werden wir mit der Novelle des Baugesetzbuches das Bauen einfacher und günstiger machen. Die Neueregulungen sind an der Praxis orientiert. Sie unterstützen das Handeln der Kommunen für mehr Klimaanpassung und machen Bauen in vielen Anwendungsfällen einfacher, z. B. beim Bauen in der zweiten Reihe. Mit unseren Förderprogrammen zum sozialen Wohnungsbau, dem Jungen Wohnen für Studierende und Azubis und der Förderung

hannes Maciejonczyk beim Festakt unterstrich, „bemisst sich die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung nicht nach der Quadratmeterzahl der Räume oder der Größe der Monitore. Die Leistungsfähigkeit eines verlässlichen Teams hängt von der Leidenschaft, dem Engagement und der Identifikation der Mitarbeiter ab.“ Die Rahmenbedingungen dafür seien mit dem gelungenen Bau geschaffen worden und dienten letztlich den Bürgerinnen und Bürgern.

„Sie haben die Voraussetzungen für eine serviceorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung geschaffen. Allen an der Ausführung Beteiligten gilt dafür mein herzlichster Glückwunsch!“, hob Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann hervor. Das neue Rathaus sei nicht nur ein hochmodernes und barrierefreies Verwaltungszentrum, sondern auch ein Symbol für die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt der Region.

„Die Gemeinden und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein Aushängeschild Bayerns und tragen maßgeblich zu einer gut funktionierenden und bürgernahen Verwaltung bei“, erklärte der Minister. Mit dem neuen Rathaus habe Burgebrach einen attraktiven, zentralen Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen geschaffen. Zudem sei die Marktgemeinde mit der energetischen Sanierung samt Erweiterungsbau nun bestens für die Zukunft gerüstet. „Besonders freut mich, dass das Bauvorhaben eine Förderung von insgesamt einer Million Euro erhalten hat. Das ist bestens angelegtes Geld“, so Herrmann. Neben der KfW-Förderung hatte auch der Freistaat Bayern im Rahmen der Städtebauförderung wesentlich zur Baumaßnahme beigetragen. Die Baukosten beliefen sich auf insgesamt 4,7 Millionen Euro. **DK**

bringt. Sicherheit und Schutz unserer Lebensqualität sind für uns alle von größter Bedeutung... Unsere solidarische Gesellschaft basiert darauf, dass Menschen in Not einander helfen. Insoweit sehe ich es zum einen als unsere bürgerliche Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Gewaltregimes flüchten, Schutz zu gewähren. Als Landkreis stehen wir zudem im Auftrag des Freistaats Bayern, diese Aufgabe verantwortungsvoll zu erfüllen. Ich danke der Gemeinde Kirchheim für ihre wertvolle Unterstützung und gute Zusammenarbeit...“

Kirchheims Erster Bürgermeister Stephan Keck ergänzte: „Wir können die Unmenschlichkeit in der Welt nicht verhindern, aber dazu beitragen, dass bei uns Menschlichkeit gelebt wird. In diesem Sinne waren die Bürger von Kirchheim immer solidarisch und werden dies auch in Zukunft sein.“ **□**

von klimafreundlichem Neubau unterstützen wir zielgerichtet.“

Neues Förderprogramm

Am 1. Oktober startete zudem das Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment“, das ausschließlich bezahlbaren, klimangepassten Wohnraum schaffen werde. Bis zu 150.000 Wohneinheiten könnten damit bis Ende 2025 voraussichtlich gefördert werden. Mit dem Anspruch beschleunigter Bauvorhaben gehe auch der Gebäudetyp E einher, der Bauherren mehr Freiheit und Flexibilität ermöglicht. „Neun Länder haben das bereits umgesetzt, wofür ich den Ländern danke“, so Bösinger.

Die für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder fassten Beschlüsse, um den Wohnungsbau zu fördern und das Wohnen bezahlbar zu halten. Dazu zählen etwa transparente und gestaltbare Normen für ein einfaches und kostenreduziertes Bauen, Anpassungen im Baurecht sowie verlässliche Förderprogramme.

Konkret sollen nicht nur vorhandene Regelwerke wie DIN-Normen, das Zivilrecht oder Förderprogramme, sondern auch Planungsprozesse reformiert werden, um kostengünstiges Bauen zu ermöglichen. Wichtig sei, mehr Anreize in der Förderung zu setzen und das BGB anzupassen, um den Weg frei für innovative Lösungen zu machen.

Die BMK würdigte zudem den Gesetzentwurf zur Novelle des Baugesetzbuchs (BauGB) mit dem Ziel der Planungsbeschleunigung und des Bürokratieabbaus. Die BMK forderte die

Bundesregierung auf, den Kommunen weitere Instrumente für eine vereinfachte Planung zur Verfügung zu stellen. Die Länder werden sich im laufenden Bundesratsverfahren für diese Forderungen einsetzen.

Darüber hinaus wurde die Bundesregierung aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass die Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur den Wohnungsbau nicht behindert oder verhindert. Unter anderem dürfe die EU-Verordnung nicht dem Baulandmobilisierungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen, hieß es.

Mit der Typengenehmigung in der Musterbauordnung haben die Länder einen einheitlichen Rahmen für seriellen, modularen und systemischen Wohnungsbau geschaffen. „Auch die Vorgaben der Länder zur Mietwohnraumförderung stehen einer bundesweiten Etablierung des seriellen, modularen und systemischen Wohnungsbaus nicht entgegen“, stellte die BMK fest.

Appelle an den Bund

Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum bedürfe es verlässlicher und ausreichend ausgestatteter Förderprogramme des Bundes. Die Bauministerkonferenz appellierte an den Bund, die Abstimmung der Verwaltungsvereinbarungen sozialer Wohnungsbau und Junges Wohnen zügig voranzutreiben und den Ländern die Entwürfe vorzulegen. Eine weitere Erhöhung des Ko-Finanzierungsanteils der Länder auf 50 Prozent der Bundesmittel wurde abgelehnt.

Gleiches gilt für jede weitere Verschärfung der Wohngebäudestandards im Neubau und im

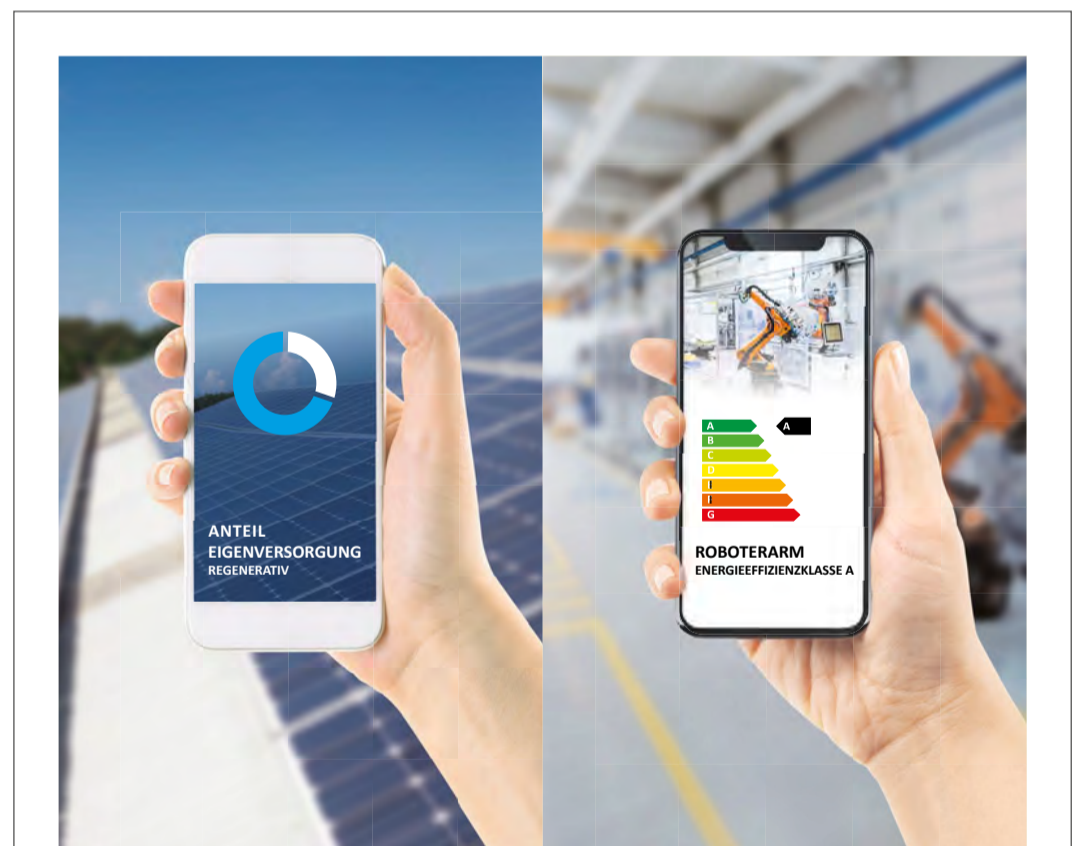
Bestand. Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden müssten deshalb alle auf EU-Ebene bestehenden Spielräume genutzt und das Augenmerk auf die Treibhausgas-Emissionen über den Lebenszyklus eines Gebäudes gelegt werden. Dies gelte auch für die Bestimmungen, die derzeit die Banken bei der Kreditfinanzierung limitieren.

Kritisiert wurde auch der neu geschaffene Posten des EU-Kommissars für Wohnungswesen. Fortan müsse der Kommissar für die Anliegen der für die Wohnraumförderung zuständigen Länder sensibilisiert werden.

Nach Einschätzung von Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, „hat die Bauministerkonferenz wichtige Beschlüsse gefasst. Jetzt kommt es darauf an, dass sie auch auf Bundesebene Gehör finden und in die Umsetzung gehen.“

Es sei absolut wichtig, dass vorhandene Regelwerke und Planungsprozesse weiter reformiert werden, um das Bauen einfacher und kostengünstiger zu machen. Ebenso notwendig sei es, dass die Kommunen über die Baugesetzbuch-Novelle hinaus weitere Instrumente für eine vereinfachte Planung erhalten. Nur so könne ein echter Bau-Turbo gezündet werden.

„Der serielle und modulare Wohnungsbau muss weiter nach vorne gebracht werden und energetische Anforderungen an Gebäude dürfen nicht noch weiter nach oben geschraubt werden – auch das sind bedeutende Beschlüsse, die Realität werden müssen“, forderte Gedaschko. **DK**



## WIR FÖRDERN ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz sowie weitere kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089/21 24 - 10 00

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

Beratung.  
Finanzierung.  
Erfolg.

**LfA** Förderbank  
Bayern

Verleihung der Denkmalschutzmedaille 2024:

## Beste Botschafter der Denkmalpflege

Die Gemeinde Baierbach, die Märkte Türkheim und Winklarn sowie die Stadt Bad Berneck sind in der Alten Münze in München von Kunstminister Markus Blume und Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil, Leiter des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, mit der Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet worden. Die Kommunen zählen zu den insgesamt 16 Preisträgern aus Bayern, die sich in herausragender Weise um den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht haben.

### Baierbach

Die niederbayerische Gemeinde Baierbach (Landkreis Landshut), vertreten durch Erste Bürgermeisterin Luise Hausberger, hat mit dem Umbau und der Sanierung des Wiesmerhofs im Zentrum von Baierbach einen Ort für alle Bürger geschaffen. Nach rund dreijähriger Sanierung des 170 Jahre alten und zuletzt akut gefährdeten Bauernhauses verfolgt die Gemeinde heute einen ganzheitlichen Ansatz und bietet von einer Tagespflege für bis zu 15 Senioren über einen Gemeinderaum bis hin zum Jugendtreff ein attraktives Angebot. Mit der Ergänzung der Nebengebäude wurde zudem wieder eine Hofsituation geschaffen.

Neben der behutsamen Instandsetzung des denkmalgeschützten Hauptgebäudes wurde versucht, vorhandene Gestaltungsprinzipien weiterzuschreiben und in Anlehnung an bäuerliche Traditionen umzusetzen. So entstand ein differenziertes Zusammenspiel aus Material, Oberfläche und Farbe. Rathauschefin Hausberger initiierte das Projekt und fungierte während der gesamten Zeit als

Vermittlerin. Sie suchte das Gespräch mit der Denkmalpflege, möglichen Nutzergruppen und Fördergebern und während der Vorbereitung, Planung und Ausführung des Projekts den Austausch und die Diskussion mit Planern und ausführenden Firmen.

Die Überzeugung, dass das Gebäude einen Teil der Geschichte des Ortes bildet und nur mit einer neuen, sinnvollen Nutzung auf Dauer erhalten werden kann, prägte von Anfang an das Handeln der Bürgermeisterin. Trotz vieler kritischer Stimmen wusste sie die Öffentlichkeit mit Leidenschaft und sachlicher Argumentation von der Sanierung und Neunutzung zu überzeugen.

### Türkheim

Für die Instandsetzung des historischen Waaghauses im Ortszentrum wurde der schwäbische Markt Türkheim (Kreis Unterallgäu) mit ihrem Ersten Bürgermeister Christian Kähler ausgezeichnet. Das Waaghaus entstammt im Kern dem Jahr 1600 und gehört damit zu den rund 20 Gebäuden, die es im Allgäu noch aus der Zeit vor dem



Preisträgerin Luise Hausberger, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Baierbach, gemeinsam mit Generalkonservator Mathias Pfeil (l.) sowie Wissenschafts- und Kunstminister Markus Blume.

Bild: Axel König/StMWK

Dreißigjährigen Krieg gibt. Mit seiner ungewöhnlichen Bauform prägt der zweigeschossige Giebelbau mit nach Westen abgewaltem Satteldach den Ort. Nach langem Leerstand und vielen Diskussionen ist es durch die Sanierung gelungen, das Waaghaus zu einer sozialen und kulturellen Begegnungsstätte und einem neuen Mittelpunkt im bürgerschaftlichen Leben des Marktes Türkheim zu machen.

Neben einem für die Öffentlichkeit zugänglichen Gemeindegarten beheimatet es nun die örtliche Volkshochschule, die eine bedeutende Position im Bereich der Erwachsenen- und Jugendbildung in Türkheim einnimmt, sowie die vom Markt beschäftigte und für die Arbeit mit Senioren zuständige Quartiersmanagerin, die örtliche Arbeiterwohlfahrt und den Sozialverband VdK.

Über Jahre hat sich die Marktgemeinde für einen Erhalt des über 400 Jahre alten Hauses eingesetzt und sich intensiv mit einer geeigneten Nachnutzung des Baudenkmals beschäftigt. Das Projekt zeigt den oftmals langen Weg, den eine Gemeinde zum Erhalt des baulichen Erbes gehen muss. Das Waaghaus ist ein vorbildlicher Beitrag zur regionalen Baukultur und veranschaulicht, wie für das bürgerschaftliche Gemeindeleben ein neuer Treffpunkt in der Ortsmitte entstehen kann.

### Winklarn

Über eine weitere Denkmalschutzmedaille durfte sich der Markt Winklarn in der Oberpfalz (Landkreis Schwandorf), vertreten durch Erste Bürgermeisterin Sonja Meier, freuen. Der am Marktplatz von Winklarn gelegene ehemalige Brauereigasthof „Zum Goldenen Löwen“ prägt das Bild des Orts maßgeblich. Das Gebäude befand sich vor der Instandsetzung in einem desolaten Zustand, in Teilbereichen bestand sogar Einsturzgefahr. Durch die denkmalgerechte Instandsetzung wurde die charakteristische Identität des Baudenkmals und damit des Marktes bewahrt und das Gebäude für kommunale und kulturelle Veranstaltungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Möglichkeit des privaten, dauerhaften Wohnens belebt die Ortsmitte zusätzlich.

Während im westlichen Gebäude seniorengerechte Wohnungen und Appartements untergebracht sind, befindet sich im östlichen Gebäude im Erdgeschoss ein Seniorentreff. Im Obergeschoss dient heute der ehemalige Saal der Gaststätte als Veranstaltungsraum für Bürger und Vereine. In einem zweiten Bauabschnitt sollen die rückwärtigen Gebäude der einstigen Brauerei instandgesetzt werden. Durch ihren unermüdbaren Einsatz um das Anwesen trug Rathauschefin Sonja Meier maßgeblich zum

Gelingen des Projekts bei.

### Bad Berneck

Die oberfränkische Stadt Bad Berneck (Landkreis Bayreuth) mit Erstem Bürgermeister Jürgen Zinnert wurde schließlich für die Instandsetzung der Burgruine Höhenberneck in Neuwahlen geehrt. Als eine der letzten Burgbauten am Übergang vom Spätmittelalter zur Neuzeit kann die Burgruine auf eine bewegte Geschichte zurückblicken.

Anfang des 16. Jahrhunderts nach ca. 20 Jahren Bauzeit fertiggestellt, diente sie nur kurz als Amtsburg und wurde in den Folgejahren stark vernachlässigt. Die Stadt Berneck erwarb die Burg und ihre Umgebung 1872 vom Königreich Bayern und versprach zudem, ihren weiteren Verfall zu stoppen. Erst rund 150 Jahre später wurde dieses Versprechen eingelöst. Es galt, das Mauerwerk zu stabilisieren, Fenster- und Türgehäuser zu ergänzen sowie den breiten Bewuchs von Efeu und Flieder zu entfernen. Für die Instandsetzung war dabei viel Fachexpertise nötig.

Wesentlich unterstützt wurde das Projekt zudem durch den Förderverein historische Stätten e. V., der bereits 2016 mit der Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet wurde. Alle Akteure arbeiteten bei diesem herausragenden Projekt hervorragend und reibungslos zusammen, so dass die Ruine nun in neuem Glanz erstrahlt.

Zusammen mit der nahegelegenen Ruine der Marienkapelle sowie des Alten Schlosses bildet Höhenberneck ein beachtliches mittelalterliches Ensemble. Seit einigen Jahren bietet die Burgruine außerdem einen idealen Schauplatz für das „Bad Bernecker Burgenfest“, das sich in der Umgebung großer Beliebtheit erfreut.

Nach den Worten von Kunstminister Markus Blume „ist Denkmalpflege Heimatliebe in der allerschönsten Form“. Dies zeigten die Preisträger mit ihrem Engagement und ihrer Leidenschaft vor Ort. In Bayern werde das Engagement Einzelner so stark wie noch nie unterstützt: „Im aktuellen Haushalt haben wir Mittel für die Denkmalpflege in Rekordhöhe verankert und rund 27 neue Stellen für das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege geschaffen. Hinzu kommen 2023 in Zusammenarbeit mit den Kommunen rund 35 Millionen aus dem Entscheidungsfonds für 39 Einzelprojekte im Freistaat.“

Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil dankte den Preisträgern und lobte: „Ein Land ohne Denkmäler ist ein Land ohne Gedächtnis. Die Preisträgerinnen und Preisträger der Denkmalschutzmedaille 2024 sind die wahren Hüter unserer Geschichte und die besten Botschafter der Denkmalpflege.“

## wbg-Modellprojekt Seriell Modernisieren

Die derzeitige Situation der Wohnungswirtschaft ist geprägt einerseits von der Forderung, den Bestand schnell klimaneutral zu ertüchtigen, andererseits sollen bezahlbare Mieten ein verträgliches Wohnen ermöglichen. Dies alles unter den Rahmenbedingungen von nach wie vor hohen Baukosten und Zinsen. Das gilt auch und insbesondere für die wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen als kommunale Gesellschaft mit einem besonderen Auftrag.

„In Anlehnung an bereits realisierte Projekte in unserer Branche, sehen wir für unsere typisierten Bestandsgebäude in der Modernisierung modellhaft einen neuen Weg und setzen versuchsweise auf serielles Sanieren im Bestand,“ erklärt wbg-Geschäftsführer Ralf Schekira auf der Baustelle in der Reinerzer Straße in Nürnberg-Langwasser.

Seriell Sanieren im Bestand bezieht sich auf die Anwendung industrieller Fertigungsmethoden und standardisierter Prozesse bei Modernisierungs- oder Sanierungsprojekten in bestehenden Wohngebäuden. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass die Fassadenelemente inklusive aller Fenster in großem Maßstab hergestellt und dann an der Bestandsfassade angebracht werden.

Durch diese Verwendung vorgefertigter Elemente werden Modernisierungsarbeiten schneller

abgeschlossen als bei herkömmlichen Methoden. Da viele Arbeiten im Werk stattfinden und Bauelemente vor Ort nur noch installiert werden müssen, minimiert die wbg Störungen und Belastungen für die und Bewohner.

Die Modernisierung umfasst eine verbesserte Wärmedämmung, hochwertige Fenster und ein energieeffizienteres Heizsystem durch die Umrüstung von einem Einrohr-System auf das zeitgemäße Zwei-Rohr-System. Das führt letztlich zu niedrigeren Energiekosten.

Durch standardisierte Produktionsprozesse und die Verwendung nachhaltiger Materialien werden bessere Qualitätsstandards eingehalten. Serielles Sanieren trägt außerdem dazu bei, Abfall zu reduzieren und Ressourcen effizienter zu nutzen, insbesondere durch die Möglichkeit recycelter Materialien.



Seriell Sanieren Reinerzer Straße 52-54.

Bild: wbg Nürnberg

## Ortskernsanierung in Neuschönau

„Die Städtebauförderung ist eines der besten Instrumente, die wir haben, um Ortskerne attraktiv zu halten“, ist Regierungspräsident Rainer Haselbeck überzeugt. Beim Spatenstich zum 2. Bauabschnitt der Ortskernsanierung in Neuschönau gaben ihm die Kommunalvertreter recht. „Neuschönau hat sich zu einem Vorzeigebispiel entwickelt, das zeigt, dass man auch in schwierigen Zeiten erfolgreich dem Strukturwandel begegnen kann, wenn gemeinsames Engagement und Städtebauförderung Hand in Hand gehen“, lobte auch Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Im Falle von Neuschönau ist auch die Kirche als Partner dabei, da sie neben dem neuen Dorfgemeinschaftshaus und dem nun neu entstehenden Dorfplatz klassischerweise das Zentrum des Ortes bildet. Ursprünglich begann der Weg damit, dass sich Neuschönau „auf den Holzweg“ begab, indem man in einem städtebaulichen Grundkonzept die Weichen für die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte legte und dabei dem Thema Holz eine große Bedeutung zukommen lassen wollte. Nun sei man etwa auf der Hälfte des Weges angelangt und könne

bereits die ersten positiven Folgeeffekte durch private Investitionen erkennen.

Für die Nationalparkgemeinde lag es nahe, das Profil in Sachen Natur und Kultur zu schärfen, um den Ort als Ganzes attraktiv zu halten. „Wir wollen erreichen, dass die Menschen auf ihre gute Stube, den Ortskern stolz sind“, so Architekt Alfons Döringer. „Dies wäre aber ohne die Städtebauförderung nicht möglich“, bedankte sich Bürgermeister Alfons Schinabeck. Von den gesamt 3,35 Millionen Euro werden 2,6 Millionen vom Freistaat Bayern getragen.



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, MdL Martin Behringer, stv. Landrätin Helga Weinberger, Regierungspräsident Rainer Haselbeck, Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Freyung-Grafenau Josef Kern und Bürgermeister Alfons Schinabeck.

Bild: Bezirk Niederbayern/Manuela Lang

Tag des offenen Denkmals in Bayern:

## „Wahr-Zeichen. Zeitzeugen der Geschichte“

Eine beeindruckende Vielfalt an historischen Stätten und Veranstaltungen bot in Bayern der diesjährige Tag des offenen Denkmals. Über 600 Denkmäler öffneten für die Öffentlichkeit ihre Türen. Unter dem Motto „Wahr-Zeichen. Zeitzeugen der Geschichte“ konnten Besucherinnen und Besucher in die Vergangenheit eintauchen und die Bedeutung dieser historischen Orte erleben.

Außergewöhnliche Sehenswürdigkeiten mit historischer Bedeutung, prägende Landmarken und weitere bedeutende Denkmäler sind Wahrzeichen vor Ort und teils auch weit über die Region hinaus bekannt. Ziel des bundesweiten Tags des offenen Denkmals ist es, die Öffentlichkeit für die Bedeutung des kulturellen Erbes zu sensibilisieren und Interesse für Denkmalpflege zu wecken.

In ganz Bayern fanden zahlreiche Führungen, Vorträge und Handwerksvorführungen statt, die einen tiefen Einblick in die Denkmalpflege und die Geschichte der jeweiligen Orte boten. Besonders beliebt waren die Führungen durch sonst nicht zugängliche Gebäude und Baustellenbegehungen, die einen exklusiven Blick hinter die Kulissen ermöglichten.

### Exklusiver Blick hinter die Kulissen

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hatte ein vielfältiges Programm zusammengestellt, das Führungen, Kinderprogramme, Stadtsparziergänge, Vorträge und vieles mehr umfasste. Alle Veranstaltungen waren kostenfrei und boten spannende Einblicke in die Vergangenheit. Unter den geöffneten Denkmälern waren etwa die Alte Münze in München, die Königliche Villa in Regensburg, das ehemalige Kloster Thierhaupten, der neu entdeckte Grundriss einer einstigen Kirche auf der Fraueninsel im Chiemsee,

die Burgkirche Oberwittelsbach (Lkr. Aichach), das historische Kaufhaus Witt in Weiden, oder der Karlsgraben in Treuchtlingen, das älteste Kanalbauwerk Bayerns, das Karl der Große ab 793 errichten ließ.

### Spannende Sondervorführungen

Auch die Bayerische Schlösserverwaltung bot am Tag des offenen Denkmals den Besuchern ein vielfältiges kostenloses Angebot für spannende Sonderführungen in ausgewählten Sehenswürdigkeiten an. Dazu zählten der Hofgarten Ansbach, die Burg Cadolzburg, der Schlosspark Eremitage in Bayreuth, das Italienische Schloßschen im Neuen Schloss Bayreuth, der Schlosspark Fantaie bei Bayreuth, die Befreiungshalle Kelheim, die Burg Trausnitz in Landshut, der Schlosspark Linderhof, das Schloss Neuburg an der Donau, das Neue Schloss Schleißheim, das Künstlerhaus Gasteiger in Holzhausen am Ammersee sowie die Walhalla bei Donaustauf.

Kunstminister Markus Blume würdigte einmal mehr die Bedeutung dieses Tages: „Ob Burgen, Fachwerkhäuser oder Kirchen – der Tag des offenen Denkmals bietet für jeden etwas und ermöglicht Einblicke in historisches Handwerk und Restaurierungen. Es ist eine wunderbare Gelegenheit, die Vergangenheit lebendig werden zu lassen und das kulturelle Erbe Bayerns zu würdigen.“

DK

DK



Bayerische Immissionsschutztage in Augsburg:

## Praktikable Wege

**Aktuelle Entwicklungen im Immissionsschutz, die Relevanz des Klimaschutzbeitrags, die Umsetzung einer klimaneutralen Wärmeversorgung in Kommunen sowie der Klimaschutz in der Bauleitplanung waren nur einige der Themenschwerpunkte der 15. Bayerischen Immissionsschutztage im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg, veranstaltet vom Kumas Umweltnetzwerk gemeinsam mit den Kooperationspartnern Bayerisches Landesamt für Umwelt, avr – Andrea Versteyl Rechtsanwälte aus Berlin und der Müller-BBM Industry Solutions GmbH.**

Der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Christian Barth, eröffnete den Fachkongress und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Umwelt und Wirtschaft angesichts der angespannten globalen Lage wieder einen wesentlichen gemeinsamen Impuls für nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum geben werden.

### Für praktikable, schlanke und digitale Wege

Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in einem (schriftlichen) Grußwort darlegte, sei für die Energiewende und die Transformation der Wirtschaft als Ganzes eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren dringend erforderlich. „Es muss uns daher gemeinsam gelingen, bei der nationalen Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie praktikable, schlanke und digitale Wege zu finden. Die von Bund und Ländern auf den Weg gebrachte Anpassung der Mengenschwelle für Elektrolyseure dient als positives Beispiel.“

In einem nächsten Schritt müssten alle weiteren Anlagen aus der 4. Bundesimmissionschutzverordnung auf den Prüfstand gestellt werden, die unterhalb der Anforderungen der Industrieemissionsrichtlinie liegen. Im Sinne der Entbürokratisierung sollten auch hier Mengenschwellen und Erfordernis im Einzelfall kritisch hinterfragt werden. „Denn die Staatsregierung hält an ihrer Maxime fest: So viel Regulierung wie nötig und so wenig wie möglich“, so Glauber.

Laut Andrea Wellhöfer vom Bayerischen Landesamt für Umwelt sind das Erreichen und Erhalten einer guten Luftqualität wichtige Aufgaben des Immissionsschutzes. Kontrolliert werde dies durch qualitätsgeprüfte Luftgütemessungen mit kontinuierlichen Messsystemen entsprechend den rechtlichen Vorgaben. Zu diesem Zweck betreibt das LFU seit 1974 das Lufthygienische Landesüberwachungssystem Bayern (LÜB) mit seinen über 50 auf ganz Bayern verteilten Messstationen. Während in den 1980er Jahren der durch hohe Schwefeldioxid-Konzentrationen aus Industrieanlagen und Hausbrand hervorgerufene saure Regen im Fokus stand, seien es später über einen langen Zeitraum die Feinstaubimmissionen und später die Stickstoffdioxid-Belastung aus dem Verkehrssektor in den Innenstädten gewesen.

### Reduzierte Belastungen

Nach Wellhöfers Worten sei vor allem nach 2015 die Belastung an den verkehrsnahen Messstationen durch Stickstoffdioxid deutlich zurückgegangen. Ähnlich verhält es sich mit dem Grenzwert für Feinstaub PM 2,5, der auch an höchstbelasteten Orten mittlerweile deutlich unterschritten werde. Nicht mehr überschritten wird im Freistaat bereits seit 2007 der Feinstaub PM10-Immissionsgrenzwert für das Kalenderjahr.

Auf einem sehr niedrigen Niveau liegt die Konzentration von Kohlenmonoxid (CO), gemittelt über acht Stunden, im Vergleich zum Grenzwert von 10 mg/m<sup>3</sup>. Für CO sind aufgrund des ge-

ringen Belastungsniveaus ortsfeste Messungen nach der 39. BImSchV nicht mehr vorgeschrieben. Der Großteil der Kohlenmonoxidmessungen wird hauptsächlich aus Gründen der Qualitätssicherung für andere Luftschadstoffe fortgeführt. Die Kohlenmonoxidkonzentrationen nehmen an allen 13 verkehrsnahen LÜB-Messstationen in den vergangenen zehn Jahren weiterhin signifikant ab.

Auch für Schwefeldioxid besteht mittlerweile aufgrund des geringen Belastungsniveaus keine Messpflicht mehr. Deshalb wurden seit Beginn 2018 die Messungen für Schwefeldioxid an den LÜB-Messstationen eingestellt. Der letzte Auswertezustand über zehn Jahre erstreckt sich daher von 2008 bis 2017.

### Städtische Energiezentrale

Im Rahmen der Energiewende bildet der Ausbau von Nahwärmenetzen zur Versorgung der Wohngebäude, weg von den Einzelfeuerungen einen zentralen Baustein. Kommunen planen bei der Ausweisung von Neubaugebieten eine zentrale Wärmeversorgung mit ein, um mit einer möglichst regenerativen Energieversorgung und dem schonenden Umgang von Ressourcen einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Am Beispiel der Energiezentrale einer Stadt zeigten Eva Braun und Dr. Manfred Harant (Regierung von Schwaben) die sich aus dem Wechsel vom Baurecht ins Immissionsschutzrecht aufgrund des Zusammenschlusses von bestehenden Altanlagen bzw. der Verbindung mit Neuanlagen entstehenden fachlichen Anforderungen auf.

Immer neue Anforderungen werden auch an den Industrieanlagenbetrieb gestellt. Mit der Frage „Ist der Produktionsstandort Deutschland noch wettbewerbsfähig?“ befasste sich Frank Schmitz VCI - Verband der Chemischen Industrie, Frankfurt am Main. Seinen Ausführungen

„Ist Recycling-Beton der Heilsbringer?“

Recycling-Beton (RC-Beton) besteht zu einem Teil aus rezyklierten Gesteinskörnungen, die aus Bauschutt wie Beton- und Mauerwerksbruch gewonnen werden. Der Anteil im Recycling-Beton kann in Bezug auf die geltenden Betonnormen bis zu 45 Prozent der benötigten Gesteinskörnungen betragen und eine große Bandbreite an Einsatzmöglichkeiten abdecken. Durch die Wiederverwendung des Abbruchmaterials werden Ressourcen gespart, weshalb RC-Beton zunehmend nachgefragt wird. „Wir begrüßen den Einsatz von RC-Beton vollumfänglich, müssen jedoch darauf hinweisen, dass sein Einsatz mit einigen Einschränkungen verbunden ist“, stellt Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe Steine und Erden e.V. (BIV) klar.

„Damit der RC-Beton den Dauerhaftigkeitsanforderungen entspricht, muss immer ein Gemisch aus sogenanntem Primär- und Sekundärmaterial eingesetzt werden. Es ist ein Irrglaube, dass Recycling-Beton vollständig aus wiederaufbereitetem Abbruchmaterial besteht“, betont Kling. Alles, was an verfügbarem Recyclingmaterial für Beton da ist, sollte auch vorrangig genutzt werden. Im Moment könnten rund 11 Prozent des Gesamtbedarfs an mineralischen Rohstoffen, wie Sand, Kies und Schotter durch aufbereiteten recycelten Bauschutt ersetzt werden.

### Realistisch bleiben

„Auch wenn wir den Recyclinganteil noch weiter erhöhen, werden wir laut einer Studie des DIW Berlin - German Institute for Economic Research lediglich 15 Prozent des Gesamtbedarfs quantitativ und qualitativ decken können. Dazu kommt, dass ein Großteil der Abbruchmaterialien bereits heute für den Straßen- und Tiefbau verwendet wird. Fin-

det eine Verlagerung des Einsatzes der Recyclingmaterialien zum Bau von Gebäuden statt, so fehlt dieses genau dort.“

### Wo es möglich ist, sollte RC-Beton eingesetzt werden

Obwohl die geringe Verfügbarkeit von recyclingfähigen (Abbruch-)Materialien ein grundsätzliches Problem darstellt, ist der mögliche Lieferumfang von RC-Beton aktuell bei vielen Herstellern noch nicht ausgeschöpft. „Wir als Branche haben aufgerüstet, in Technik und Technologie investiert und sind startklar. Wir liefern, was lieferbar ist“, berichtet Karl Hofmeister, Geschäftsführer der SCHWENK Beton Südbayern GmbH und Vizepräsident beim Bundesverband Transportbeton (BTB). Ein Hindernis, auf das die Hersteller von RC-Beton aktuell stoßen, sei oftmals eine fehlende Nachfrage. „Viele Bauherren und Architekten sind noch immer skeptisch gegenüber „gebrauchten“ Materialien. Besonders die Leistungsfähigkeit und Langlebigkeit des RC-Betons wird im Vergleich zu traditionel-

lem Beton häufig in Frage gestellt“, führt Hofmeister aus.

Ein Leuchtturmprojekt, bei dem die Verfügbarkeit von Recyclingbeton voll ausgeschöpft wurde, ist der Neubau der Konzernzentrale des TÜV Süd in München. Insgesamt 3.468,25 Kubikmeter (das sind mehr als 40 Prozent des Gesamtbedarfs) des ressourcenschonenden Betons flossen buchstäblich in den Bau – mehr war aus ingenieurtechnischer Sicht nicht möglich.

„Der Bauherr wollte das Gebäude möglichst nachhaltig errichten. Dafür kam natürlich RC-Beton in Frage, solange die Anforderungen an den Beton passen. In diesem Fall: Festigkeit bis maximal C30/37 mit Anforderungen an Wasserundurchlässigkeit“, erläutert Ralf Rattay, Bauleiter bei Glass GmbH Bauunternehmung, Mindelheim, NL München. Im Prozess des Bauens zeigte sich auch für Ralf Rattay erneut die unkomplizierte Verwendung des Materials: „Beim Einbau und der Verarbeitung von RC-Beton merkt man praktisch nicht, dass RC-Beton verbaut wird. Dessen Eigenschaften sind nahezu identisch mit Beton ohne Recyclinganteil.“

Neben den Planern und Investoren sehen der BIV und BTB auch die Politik in der Pflicht: Der grundsätzlichen Forderung nach mehr RC-Beton muss eine höhere Akzeptanz dieses Baustoffes auch bei den öffentlichen Auftraggebern folgen. Nur so kann der Einsatz gesteigert werden – im Rahmen dessen, was verfügbar ist. □

GZ

KOMMUNAL-



In Kooperation mit der  
Bayern Tourismus Marketing GmbH

## ABC Tourismus in Bayern:

### Nachhaltigkeit – der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit

**Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern und trägt erheblich zur regionalen Wertschöpfung bei. Um diesen Erfolg langfristig zu sichern, müssen sich die bayerischen Destinationen zukunftsfähig aufstellen. Nachhaltigkeit spielt dabei eine entscheidende Rolle: Nur durch eine nachhaltige Entwicklung können wir gewährleisten, dass Bayern dauerhaft attraktiv bleibt und als Tourismusdestination weiterhin erfolgreich ist.**

### Nachhaltigkeit als strategische Notwendigkeit

Zukunftsfähige, nachhaltig agierende Destinationen setzen auf den langfristigen Erhalt ihrer natürlichen und kulturellen Ressourcen. Denn die Naturräume und die Lebensqualität vor Ort sind nicht nur für die Einheimischen von unschätzbarem Wert, sondern auch das zentrale Kapital des Tourismus. Die Investition in Nachhaltigkeit ist daher keine Option, sondern eine strategische Notwendigkeit, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Für Kommunen und Regionen bedeutet dies, sich den Herausforderungen aktiv zu stellen: Wie können wir Ressourcen schonen und dabei gleichzeitig den Gästen ein einzigartiges Erlebnis bieten? Wie können wir die Region wirtschaftlich stärken und die Einheimischen mit ih-

ren Bedürfnissen auf unserem Weg mitnehmen? Wie sichern wir Investitionen in den Tourismus vor Ort?

### Die BayTM als Partner für eine zukunftsfähige Entwicklung

Um Kommunen und Regionen auf diesem Weg zu unterstützen, hat die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) gemeinsam mit einer Vielzahl touristischer Akteure die Matrix für nachhaltige Destinationsentwicklung erarbeitet. Dieses praxisorientierte Werkzeug umfasst 20 Handlungsfelder, die den Verantwortlichen Impulse und Orientierung bieten, wie sie ihre Destination nachhaltig verbessern können. Neben der Matrix profitieren Kommunen und Destinationen von einem breiten Angebot an Vorträgen, Workshops und Netzwerkaktivitäten. Die BayTM stellt hierbei ihr umfassendes Know-how zur Verfügung, um Entscheidungsträgern die nötigen Werkzeuge an die Hand zu geben, zukunftsfähige Destinationen zu gestalten. Die Vernetzung mit anderen Kommunen und Akteuren der Branche fördert dabei den Austausch von Good Practices und unterstützt die gemeinsame Entwicklung von Lösungsansätzen.

### Weitere Informationen gibt es unter:

<https://tourismus.bayern/nachhaltige-destinationentwicklung/> □

zufolge prognostiziert der Verband für das Gesamtjahr 2024 eine stagnierende Produktion auf niedrigem Niveau. Aufgrund rückläufiger Preise werde erwartet, dass der Branchenumsatz in diesem Jahr um 3,5 Prozent sinken wird.

Eine der Hauptanliegen der Industrie sei die Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise,

da diese entscheidend für das Überleben der deutschen Industrie seien. Ein weiteres Hemmnis für die Entwicklung und Innovation der Branche stellten die überbordende Bürokratie und Regulierung dar, die Unternehmen daran hinderten, flexibel und effizient zu agieren. Zusätzlich fielen momentan Pläne für die Zukunftssicherheit der

Industrie dem Green Deal zum Opfer, was zu Unsicherheiten und Herausforderungen in der langfristigen Planung führe.

Trotz dieser Hindernisse strebt die Chemieindustrie laut Schmitz nach einer nachhaltigen Transformation, „die eine Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen schafft“. **DK**

**Starke Partnerschaft.**

**Wir sind für Bayerns Kommunen da**  
Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur **Fortschrittsfinanzierung** – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen. **Erfahren Sie mehr unter [bayernlb.de/oeffentliche\\_hand](https://bayernlb.de/oeffentliche_hand)**

**Bayern LB**  
Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

Wissenschaftlicher Bericht des UBA:

## Kommunalbefragung Klimaanpassung 2023

Am 1. Juli 2024 ist das Klimaanpassungsgesetz in Kraft getreten. Für die Bundesländer bildet es den Rechtsrahmen, eigene Klimaanpassungsstrategien vorzulegen, und dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen Klimaanpassungskonzepte aufstellen. Eine erste bundesweite, repräsentative Kommunalbefragung von Städten und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA) zeigt nun, dass mit 83 Prozent eine deutliche Mehrheit der Kommunen beim Thema Klimaanpassung bereits aktiv ist.

Maßnahmen zur Klimaanpassung wurden bereits von über 40 Prozent der Kommunen umgesetzt. Weitere knapp 40 Prozent gaben an, entsprechende Maßnahmen zu planen. An der Befragung beteiligten sich bundesweit 1.062 Kommunen.

Je größer die Kommune ist, desto eher wird eine starke Veränderung durch den Klimawandel wahrgenommen. Insgesamt 56 Prozent gaben an, in den vergangenen zehn Jahren starke oder sehr starke Veränderungen durch den Klimawandel wahrgenommen zu haben. Nur 2 Prozent erklärten, gar keine Veränderungen zu spüren.

Fast 90 Prozent schätzen die (zukünftigen) klimatischen Veränderungen in ihrer Kommune überwiegend negativ ein. Die wahrgenommene Betroffenheit durch allmähliche Klimaveränderungen (64 Prozent) und Extremwetterereignisse (62 Prozent) stellen die am häufigsten genannten Aspekte dar, die dazu geführt haben, sich mit dem Thema Klimaanpassung zu beschäftigen. Hinzu kommen die Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung (54 Prozent), der Wunsch, mit gutem Beispiel vorzugehen zu wollen

(49 Prozent), gefolgt von Förderprogrammen und finanzieller Unterstützung (46 Prozent).

### Stellenwert der Klimaanpassung

Für 22 Prozent der Kommunen wird der Stellenwert, den das Thema Klimaanpassung in der eigenen Verwaltung hat, mit „hoch“ angegeben. Zudem schätzten fast 50 Prozent den Stellenwert mit „mittel“ ein. Weniger als 2 Prozent gaben an, dass das Thema Klimaanpassung bei ihnen gar keinen Stellenwert besitzt.

Den Handlungsbedarf für Maßnahmen in den kommenden zehn Jahren schätzten 64 Prozent als „hoch“ oder „sehr hoch“ ein. Nur 4 Prozent sahen wenig Handlungsbedarf. Tendenziell gilt: Die Einschätzung des Bedarfs steigt mit der Kommungengröße.

Eine deutliche Mehrheit der Kommunen ist beim Thema Klimaanpassung bereits aktiv. Lediglich 17 Prozent gaben an, sich zwar informiert, aber noch keine weiteren Schritte unternommen zu haben. Ein Klimaanpassungskonzept wurde bisher von 12 Prozent der befragten Landkreise,

Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ausgearbeitet.

Für die kommunale Verwaltungsstruktur wird das Thema Klimaanpassung als eine große Herausforderung betrachtet (82 Prozent). Hierfür sei eine „Kümmerer-Person“ erforderlich, die auch über die Grenzen von Fachabteilungen hinaus aktiv sein kann (78 Prozent). Die Kommunikation und Kooperation zwischen den kommunalen Fachbereichen wurde beim Thema Klimaanpassung nur zu 45 Prozent als gut funktionierend eingeschätzt. Lediglich 37 Prozent empfinden die bestehenden Planungsprozesse als gut geeignet für die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen.

Über einen Klimaanpassungsmanager verfügen knapp 12 Prozent der Kommunen. Die Unterschiede zwischen Kommuntyp und -größe sind hier sehr deutlich. Zudem gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Klimaanpassungsmanagern und der Planung und Umsetzung entsprechender Konzepte. Von den Kommunen mit Klimaanpassungskonzept verfügen ca. 45 Prozent über einen Manager.

Fehlende personelle und finanzielle Ressourcen sind die bedeutendsten Hemmnisse bei der Planung oder Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen. Fast drei Viertel der Kommunen (74 Prozent) wünschten sich mehr Informationen in Bezug auf geeignete Klimaanpassungsmaßnahmen. Vielfach fehlt es ihnen insbesondere an

Wissen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels sowie darüber, wie die Eigenvorsorge gestärkt und soziale Akzeptanz für die Maßnahmen verbessert werden kann.

### DStGB-Stellungnahme

Nach Auffassung des DStGB, der die UBA-Kommunalbefragung unterstützte, verdeutlichen die Ergebnisse, dass Kommunen sich ihrer Schlüsselrolle beim Thema Klimaanpassung bewusst sind und sie nicht bei null anfangen. Dies gelte sowohl für große Städte als auch für kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Bereits heute würden Maßnahmen und Planungen, wie etwa die Erstellung von Hitzeaktionsplänen, der Umbau von Innenstädten und Ortskernen mit mehr „Grün und Blau“ und insgesamt eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung forciert. „Immer häufiger auftretende Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hochwasser oder langanhaltende Hitzeperioden werden unsere Kommunen aber auch in den kommenden Jahren weiter massiv fordern. Daher gilt: Klimaschutz und Klimaanpassung gibt es nicht zum Nulltarif.“

Der Investitionsbedarf in diesem Bereich liege bei annähernd 8 Milliarden Euro pro Jahr. Den Bedarf nach finanzieller Unterstützung bestätigten auch die Ergebnisse der aktuellen Kommunalbefragung, so der Verband. Bund und Länder seien aufgerufen, die Kommunen gerade bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen langfristig finanziell zu unterstützen. Um Planbarkeit zu gewährleisten, müsse über die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung im Grundgesetz – nach dem Vorbild der GAK – nachgedacht werden. „Nur eine solide und langfristige Finanzierungsgrundlage stellt sicher, dass wir unsere Städte und Gemeinden resilient, nachhaltig und klimagerecht entwickeln und aufstellen können.“ DK



Gruppenfoto Infoabend.

Bild: LRA Bamberg/Ott

## Info-Treffen der Öko-Modellregion Bamberger Land

Vor kurzem trafen sich Landrat Johann Kalb und Bürgermeister aus den Gemeinden auf dem Biolandhof Gräbner in Walsdorf-Feigendorf, um sich über den aktuellen Stand der Öko-Modellregion Bamberger Land zu informieren. Das Treffen diente dazu, Theorie und Praxis der Öko-Modellregion enger zu verknüpfen und neue Impulse für die regionale Entwicklung zu setzen.

In seiner Begrüßung hob Landrat Kalb die zentrale Rolle der Landwirtschaft im Landkreis Bamberg hervor und bekräftigte die Chance, durch die Öko-Modellregion eine Stärkung der regionalen Wertschöpfung zu erzielen und durch die Projektarbeit Regionalprodukte besser vermarkten zu können. Er dankte allen Beteiligten für ihr Engagement und die bisher geleistete Arbeit.

### Überblick und Perspektiven

Patrick Nastvogel, Manager der Öko-Modellregion, informierte die Anwesenden über den bisherigen Fortschritt und zukünftige Vorhaben. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Konsumenten weiter auszubauen. „Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass alle Bürgermeister genau über die Arbeit der Öko-Modellregion informiert sind und die Kommunen gleichermaßen profitieren“, betonte Nastvogel.

### Vielpersprechende Ansätze

Die Öko-Modellregion Bamberger Land ist eine von 35 bayerischen Öko-Modellregionen, die seit zehn Jahren erfolgreich nachhaltige Projekte in Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Konsum vorantreiben. Im Vergleich zu anderen Regionen befindet sich der Landkreis Bamberg noch in einer frühen Phase, aber es bestehen bereits vielversprechende Ansätze für das bayerische Erfolgsmodell.

Claudia Heid von der bayerischen Koordination der Öko-Modellregion erläuterte die anstehenden Schritte zur Fortsetzung des Projekts und präsentierte Best-Practice-Beispiele aus anderen Regionen. Zudem standen Thomas Müller und Matthias Trepesch vom Amt für Ländliche Entwicklung für Fragen rund um Fördermöglichkeiten und die Einbindung der Kommunen zur Verfügung.

### Einblicke in den Biolandhof Gräbner

Bei einem Imbiss mit regionalen Bio-Spezialitäten gab Gastgeber Georg Gräbner einen Einblick in die Geschichte und Entwicklung seines Betriebs. Vor über 30 Jahren stellte er auf biologische Landwirtschaft um. Der Gräbnerhof, ursprünglich ein konventioneller Ackerbaubetrieb mit Mutterkuhhaltung, ist heute ein moderner Biohof im Aurachtal, der zeigt, wie Biodiversität und Lebensmittelproduktion in Einklang gebracht werden können.

Seit 2011 hält Gräbner auf seinen Flächen Wasserbüffel, die ganzjährig in einem Beweidungsprojekt auf Seewiesen grasen und so zur Förderung der Artenvielfalt beitragen. Neben den Wasserbüffeln, die an diesem Tag etwas versteckt waren, erhielten die Besucher auch Einblicke in die neuen Stallungen für Legehennen sowie den angrenzenden Hofladen. Dort werden bald hofeigene Produkte wie Nudeln und Eierlikör angeboten.

### Konstruktiver Austausch und neue Ansätze

Zum Abschluss bedankte sich Patrick Nastvogel bei allen Beteiligten für das konstruktive Treffen und das Interesse der Gemeinden und freut sich auf die weitere gute Zusammenarbeit. Der gemeinsame Austausch direkt auf dem Biohof ergab bereits erste neue Ansätze aus den Gemeinden für den weiteren Erfolg der Arbeit der Öko-Modellregion Bamberger Land.

## „Natur auf Zeit“ goes Europe

LBV und BIV stellen einzigartiges und preisgekröntes Artenschutzprojekt in Brüssel vor

Nach acht Jahren Laufzeit, rund 50 teilnehmenden Standorten in Bayern und der Auszeichnung mit dem Bayerischen Umweltpreis 2023 war es an der Zeit, das mittlerweile zum Musterbeispiel gewordene Artenschutzprojekt „Natur auf Zeit“ auf die europäische Bühne zu heben. In der Bayerischen Vertretung bei der EU in Brüssel begrüßte Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, im September gemeinsam mit den Initiatoren, dem bayerischen Naturschutzverband LBV (Landesbund für Vogel- und Naturschutz) und dem Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV), rund 190 Europaabgeordnete, Vertreterinnen und Vertreter von Regierungsorganisationen europäischer Nachbarländer, der Europäischen Kommission, der Industrie und von NGOs.

„Vor acht Jahren ist dem LBV und dem BIV sozusagen die Quadratur des Kreises gelungen, indem die Rohstoffgewinnungsbetriebe durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag den Abbau bewusst naturfreundlich gestalten und die Entstehung von Lebensräumen begünstigen und andererseits ihre wirtschaftlichen Interessen wahren“, so Staatsminister Eric Beißwenger.

Die Rohstoffgewinnung ist eine der wenigen Branchen, die durch Ihre natürlichen Gegebenheiten auf Abbaufächen, auch schon während der Gewinnung, zum Erhalt vieler gefährdeter Tier- und Pflanzenarten beitra-

gen kann. Abbaustätten gehören zu den wichtigsten Ersatzlebensräumen vieler bedrohter Amphibienarten, da sie zum Beispiel naturnahe Wildflussauen ersetzen, die heute in der vom Menschen geprägten Kulturlandschaft weitgehend verschwunden sind. Doch auch viele seltene Pflanzen-, Vogel-, Reptilien- und Insektenarten finden in Gruben und Steinbrüchen ein Zuhause.

Doch so einfach es ist, Lebensräume für den Erhalt und die Förderung dieser Arten zu schaffen, so kompliziert ist die Umsetzung angesichts bürokratischer und juristischer Vorgaben. Rechtssicherheit für alle Betroffenen ist

dabei eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit von Naturschutz und Rohstoffindustrie. Davon profitieren beide Seiten gleichermaßen. Nach der Vorstellung des preisgekröntes Best-Practice-Beispiels aus Bayern diskutierten Experten aus Politik und Europäischer Kommission sowie Vertreter aus Industrie und Naturschutzverbänden die Übertragbarkeit auf die europäische Ebene.

Laut dem LBV-Vorsitzenden Dr. Norbert Schäffer „sind Vertrauen und Ehrlichkeit in der achtjährigen Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Industrie die Basis für den Erfolg des Projektes. „Natur auf Zeit“ zahlt im Ergebnis auf ein Ziel ein: Gelebter Schutz von stark gefährdeten Arten.“

BIV-Geschäftsführer Dr. Bernhard Kling ergänzte: „Dass wir keine regionale mineralische Rohstoffgewinnung mehr brauchen, bleibt auch künftig eine Illusion. Nutzen wir doch gerade deshalb die Potenziale, die sich beim Abbau für die Vielfalt von Flora und Fauna bieten. Immer mehr Unternehmen der Sand-, Kies- und Gesteinsindustrie überwinden dabei Hürden zwischen Wirtschaft und Naturschutz.“

Der bayerische Europaminister betonte abschließend, dass das Projekt zu gut sei, um es nicht weit über Bayern hinaus bekannt zu machen, auch auf Ebene der EU: „Die politische Bedeutung liegt auf der Hand. Wir müssen und können im Natur- und Artenschutz kreative Wege gehen, Beteiligte aus ganz unterschiedlichen Bereichen können höchst konstruktiv und bereichernd miteinander umgehen und die Politik ist gut beraten, nicht nur mit Verboten und Verordnungen zu agieren, sondern Eigeninitiative und Freiwilligkeit zuzulassen und zu honorieren.“ □



V.r.: Norbert Schäffer, LBV, BIV-Geschäftsführer Dr. Bernhard Kling; Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales; BIV-Präsident Georg Fetzer; Dr. Christian Barth, StMUV.

Bild: Strauch

## 2024 war Rekordjahr im Vertragsnaturschutz

Jetzt Beratungsangebote für 2025 nutzen

Im Jahr 2024 gab es so viele beteiligte landwirtschaftliche Betriebe im Vertragsnaturschutz wie noch nie. Diese Bilanz zog Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München: „Kooperativer Naturschutz ist der Schlüssel zum Erfolg. Unsere Landwirte zeigen weiterhin eindrucksvoll ihr Engagement für den Naturschutz. 2024 war ein Rekordjahr im Vertragsnaturschutz. Nach den nun vorliegenden Zahlen haben mehr als 29.000 landwirtschaftliche Betriebe ihre Flächen besonders naturverträglich bewirtschaftet. Diesen positiven Trend wollen wir fortsetzen.“

„Wir wollen auch für 2025 viele neue Betriebe für den Schutz unserer wertvollen Kulturlandschaft gewinnen. Unser Ziel ist es, den Vertragsnaturschutz auf 200.000 Hektar auszubauen. Damit soll auch der Biotopverbund in der Fläche gestärkt werden“, betonte Glauber.

### Biotopverbund in der Fläche stärken

Insgesamt werden im Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) aktuell 164.000 Hektar naturschutzfachlich hochwertige Flächen gefördert. Das entspricht rund 230.000 Fußballfeldern. Im Jahr 2018 waren es erst 90.000 Hektar. Die oft herausfordernde Bewirtschaftung der Flächen fördert das Umweltministerium gemeinsam mit der EU und dem Bund mit der Rekordsumme von rund 90 Millionen Euro im Jahr.

Für eine Beratung über Fördermöglichkeiten im Jahr 2025 können sich Landwirtinnen und Landwirte, die Interesse am

Vertragsnaturschutz haben, an die unteren Naturschutzbehörden an den Landratsämtern und kreisfreien Städten wenden. Die VNP-Antragstellung kann dann wieder im Januar und Februar 2025 erfolgen.

Weitere Informationen zum VNP sind im Internet verfügbar unter [www.stmuvm.bayern.de/vnp.htm](http://www.stmuvm.bayern.de/vnp.htm). Einen unmittelbaren Eindruck vom Förderprogramm vermittelt auch die Kampagne „#Naturtalent“, die das Vertragsnaturschutzprogramm sowie die Menschen dahinter vorstellt: [www.naturtalente.bayern.de/themen/vertragsnaturschutz/](http://www.naturtalente.bayern.de/themen/vertragsnaturschutz/). Das VNP ist zudem ein zentrales Instrument für die Umsetzung des Bayerischen Streuobstpakts, mit dem bis 2035 zusätzlich 1 Million Bäume gepflanzt und bestehende Streuobstwiesen erhalten werden sollen.

Infos zum Streuobstpakt sind verfügbar unter: <https://www.stmuvm.bayern.de/themen/naturschutz/naturschutzfoerderung/streuobstpakt/index.htm> □



Landrat Richard Reisinger ehrte die prämierten Dorfgemeinschaften. Bild: Regina Kießling, Gemeinde Ursensollen

## Wettbewerb für mehr Natur im Dorf

Landrat Richard Reisinger zeichnete Wettbewerbs-Gewinner aus

Zahlreiche Studien belegen den beständigen Rückgang der Tier- und Pflanzenarten. Um diesem Negativtrend etwas entgegenzusetzen, sei aktives Handeln notwendig, so Landrat Richard Reisinger, Landkreis Amberg-Weizsach, bei der Preisverleihung im diesjährigen Dorfwettbewerb in Erlheim. „Wir alle müssen etwas tun, um die Artenvielfalt wieder zu erhöhen. Hier ist jeder gefordert: die privaten Gartenbesitzer ebenso wie Vereine und Kommunen. Und um dies ins Bewusstsein zu rücken und Beispiele herauszustellen, die zur Nachahmung anregen, hat sich das Sachgebiet Gartenbau am Landratsamt Amberg-Weizsach dieses Jahr einen Dorfwettbewerb zum Thema „Natur im Dorf“ ausgedacht.“

Insgesamt wurden 14 Naturobjekte aus sieben Gemeinden zum Wettbewerb angemeldet, die von einer Jury besucht wurden. Die Kommission bestand aus dem Fachreferat Umwelt- und Naturschutz, dem Landschaftspflegeverband Amberg-Weizsach, dem Naturpark Hirschwald, dem Kreisverband für Gartenkultur und Landschaftspflege Amberg-Weizsach und der Kreisfachberatung für Gartenbau am Landratsamt.

Bewertet wurden insgesamt sieben verschiedene Bereiche, darunter beispielsweise die Entstehung des Naturraumes oder Planungen für die Zukunft. Das Hauptaugenmerk lag aber auf der „Ökologie“. Hier wurden die Artenvielfalt, die Verwendung heimischer Pflanzen, das Ange-

bot an Unterschlupfmöglichkeiten und vieles mehr näher betrachtet.

### Nachahmenswerte Beispiele

„Da letztlich sehr viele unterschiedliche Naturprojekte eingereicht wurden und viele darunter nachahmenswerte Beispiele sind, hat sich die Jury entschieden, insgesamt drei Sieger zu küren und zudem zwei Sonderpreise zu vergeben“, erläuterte Kreisfachberaterin Michaela Basler.

Als Sieger aus dem Wettbewerb gingen das Vogelparadies Ursensollen, der Gemeinschaftsgarten des Obst- und Gartenbauvereins Ursensollen und die Streuobstwiese der Blumen- und Gartenfreunde Ehen-

feld hervor. Sonderpreise wurden an die Naturprojekte des Radfahrervereins Eintracht Elbart und an den Kräutergarten des Obst- und Gartenbauvereins Pittersberg verliehen. Allen Projekten ist gemeinsam, dass hier durch verschiedene Maßnahmen wie der Errichtung eines Totholzhaufens oder der Verwendung von heimischen Pflanzen versucht wird, die Artenvielfalt in den Siedlungen wieder zu erhöhen.

Nach einer Vorstellung der einzelnen Projekte nahmen die ausgezeichneten Dorfgemeinschaften mit ihren Bürgermeistern die durch den Landkreis ausgelobten Geldpreise und eine Urkunde entgegen.

Am Schluss der Veranstaltung appellierte Landrat Richard Reisinger noch einmal eindringlich, der Natur wieder mehr Raum zu geben; sei es in den Siedlungen, im öffentlichen Bereich oder auch in den Privatgärten.

Kompetente Ansprechpartner fanden sich in den beiden Kreisfachberatern für Gartenbau am Landratsamt, die gerne Anleitungen für eine naturnahe Gestaltung weitergeben würden.

Michaela Basler (bas)

## VKU bekräftigt Position zu Carbon-Management-Strategie

Um Klimaneutralität zu erreichen, führt an CCS und CCU kein Weg vorbei

Anlässlich der ersten Bundestagsberatung über das Gesetz zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes bekräftigt der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dass die unterirdische Speicherung (CCS) und die Wiedernutzung von Kohlenstoff (CCU) wichtige Bausteine sind, um das globale Klima stabilisieren zu können.

Für die kommunale Abfallwirtschaft werden CCS und CCU zukünftig eine zentrale Rolle spielen müssen, ebenso bei der Verbrennung von Siedlungsabfällen, teilweise Klärschlamm oder Biomasse sowie Biogas. Zu beachten gilt allerdings, dass diese beiden Technologien unter keinen Umständen den Schutz der Trinkwasserressourcen beeinträchtigen.

Bei fossilen Gaskraftwerken hingegen ist die Anwendung der beiden Verfahren zur Kohlendioxid-Speicherung wirtschaftlich

äußerst fragwürdig. Der Grund dafür ist die absehbar geringe Wirtschaftlichkeit aufgrund hoher Investitionen, geringer Volllaststunden oder beschränkter Nutzungsdauer aufgrund des Umstiegs auf nicht-fossile Brennstoffe spätestens bis 2045. Zudem soll es keine Förderung geben.

### Deutschland hinkt hinterher

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Deutschland hinkt bei der CO<sub>2</sub>-Abscheidung

gegenüber Ländern wie Norwegen, Dänemark oder der Niederlande schon deutlich hinterher. Wir müssen aufpassen, hier nicht den Anschluss zu verlieren. Es ist höchste Zeit, endlich die rechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung dieser wichtigen Klimaschutztechnologie zu schaffen. Bei der thermischen Abfallverwertung sind Restemissionen von Kohlendioxid unvermeidbar, weshalb die CO<sub>2</sub>-Abscheidung in und für die kommunalen Abfallwirtschaft eine besondere Bedeutung hat. Wenn bei der Verbrennung von Siedlungsabfällen das Kohlendioxid künftig vollständig aufgefangen wird, wird die thermische Abfallbehandlung sogar zu einer klimapositiven Technologie, die im Saldo der Atmosphäre Kohlendioxid entzieht und so die Aufheizung der Atmosphäre bremst.“

### Grundwasser- und Ressourcenschutz

Positiv ist, dass die dauerhafte CO<sub>2</sub>-Speicherung im geologischen Untergrund auf dem Gebiet des deutschen Festlands (onshore) nicht vorgesehen ist. Damit werden etwaige Nutzungskonkurrenzen ums Wasser vermieden. Die Sicherheit der öffentlichen Trinkwasserversorgung und der dafür notwendige Grundwasser- und Ressourcenschutz sind gerade mit Blick auf die klimatischen Entwicklungen mit vermehrten Dürreperioden ohnehin elementar für das Land.

Umweltminister Thorsten Glauber:

## Ein starkes Zeichen für den Naturschutz

Großprojekt zum Biotopverbund startet im Landkreis Donau-Ries

Im Oktober 2024 startete der Landschaftspflegeverband Donau-Ries e.V. ein neues Großprojekt zum Biotopverbund. Das gab Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München bekannt: „Der Ausbau des Biotopverbunds ist eines der wichtigsten Ziele, um den Artenschwund zu stoppen. Dazu brauchen wir starke Partner. Die bayerischen Landschaftspflegeverbände sind unverzichtbare Partner vor Ort. Zusammen mit dem Landschaftspflegeverband Donau-Ries e.V. wollen wir die Biodiversität im Landkreis Donau-Ries stärken. Dabei liegt der Fokus auf seltenen Pflanzenarten und artenreichen Wiesen. Wir unterstützen das Projekt für die kommenden vier Jahre mit rund 287.000 Euro. Damit wird die Artenvielfalt im Landkreis Donau-Ries weiter gesteigert.“

Ziel des Projekts ist es, seltene Pflanzenarten wie den „Friesischen Löwenzahn“ oder den „Breitblättrigen Merk“ zu erhalten. Dabei werden auf artenreichen Wiesen Pflanzensamen der Wiesenblumen gewonnen, mit denen die Pflanzenvielfalt auf artenärmeren Wiesen gestärkt werden soll. Um dies in der Praxis umzusetzen, wird ein Netz an Partnern aufgebaut, die von der Beerntung der Spenderflächen über Ansaat oder Mähgutübertrag bis hin zur langfristigen Pflege mitarbeiten. „Mit der Wiesen-Initiative leisten wir einen ambitionierten Beitrag zum bayernweiten Biotopverbund“, so der Vorsitzende des Landschaftspflegeverbandes und Landrat Stefan Röfle.

Bayern hat sich das Ziel gesetzt, den Biotopverbund im Offenland auszuweiten, Flächen qualitativ aufzuwerten und zu vernetzen. Die Ausweitung des Biotopverbundes im Offenland läuft erfolgreich. Die Berechnung weist für das Jahr 2023 einen Wert von 11,39 Prozent Biotopverbundfläche im Offenland in Bayern aus. Das gesetzlich festgelegte Flächenziel von 10 Prozent für das Jahr 2023 wurde somit erreicht. Der Ausbau des Biotopverbundes wird weiter fortgesetzt. Gesetzlich festgelegtes Ziel ist, dass der Biotopverbund bis zum Jahr 2030 mindestens 15 Prozent Offenland der Landesfläche umfasst. Dazu sollen auch sogenannte „Eh da-Flächen“ genutzt werden, die etwa entlang von Wegen und Gewässern vorhanden sind. Dabei handelt es sich oft um Grünflächen, die durch zu intensive oder fehlende Mahd artenarm geworden sind. Durch eine angepasste Pflege besteht ein großes Potential für die Aufwertung solcher Flächen. Auch hier setzt das Projekt in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Landkreises an.

Weitere Informationen zu den Fördermöglichkeiten für derartige Projekte sind abrufbar unter: [www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/naturschutzfoerderung/landschaftspflege/naturparkrichtlinien/](http://www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/naturschutzfoerderung/landschaftspflege/naturparkrichtlinien/). Informationen zum Biotopverbund sind verfügbar unter: [https://www.naturvielfalt.bayern.de/arten\\_und\\_lebensraeume/biotopverbund/](https://www.naturvielfalt.bayern.de/arten_und_lebensraeume/biotopverbund/).

### Neue Gefahrstoffverordnung:

## Bundesregierung gefährdet Kreislaufwirtschaft und Umweltschutz

Im August 2024 hat die Bundesregierung weitreichende Änderungen an der Gefahrstoffverordnung beschlossen – mit gravierenden Folgen für die Recycling- und Entsorgungsbranche.

Die nun beschlossene Fassung der Gefahrstoffverordnung wandelt die bisher formulierte Erkundungspflicht des Veranlassers von Tätigkeiten an baulichen oder technischen Anlagen zu einer – lediglich – Mitwirkungspflicht des Veranlassers um, an die ausführenden Unternehmen alle zur Bau- und Nutzungsgeschichte sowie zum Errichtungsdatum vorhandenen Informationen und damit Hinweise zu vorhandenen oder vermuteten Schadstoffen weiterzugeben.

Das bedeutet, dass es den Auftraggebern freisteht, welche Informationen sie an die ausführenden Unternehmen weitergeben. Für die Branche eine riskante Entscheidung, wie bspw. der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, Abbruchverband Nord, Entsorgungsgemeinschaft Regionaler Wirtschaftsverkehr (EGRV) und der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung in einer gemeinsamen Stellungnahme deutlich machen.

### Asbestgefahr

Gerade im Umgang mit Asbest, das in Gebäuden vor 1993 oft verbaut wurde, ist eine vollständige Information unerlässlich. Der Veranlasser hat jedoch wenig Anreiz, Daten weiterzugeben, die seine Baukosten in die Höhe treiben könnten. Ohne eine verbindliche Vorerkundungspflicht laufen Unternehmen Gefahr, sich selbst um zeitaufwendige und kostenintensive Recherchen bemühen zu müssen – oder im schlimmsten Fall – unwissentlich mit gefährlichen Schadstoffen zu arbeiten.

### Wettbewerbsverzerrung und Umweltbelastung

Die Branche sieht hier ein ernstes Problem: Unternehmen, die gesetzeskonform arbeiten, müssen die Kosten für Schadstofferkundung und Schutzmaßnahmen einkalkulieren, während andere – mangels Kont-

nicht nachgewiesen sind, müssen als gefährlich eingestuft werden. Sie dürfen nicht mehr recycelt werden. Ohne klare Informationen bleibt oft nur die Deponierung – ein Rückschritt für Kreislaufwirtschaft und Umweltschutz.

### Forderung: Rückkehr zur Vorerkundungspflicht

Für die Recycling- und Entsorgungsbranche steht fest: Nur eine verbindliche Vorerkundungspflicht kann sicherstellen, dass gefährliche Schadstoffe frühzeitig identifiziert und korrekt entsorgt werden.

### Recycling gefährdet

Zusätzlich verschärfen neue technische Hinweise die Situation. Bauabfälle, deren Herkunft

GZ

Stellenanzeige

GZ



Wir verstärken unser Team:

**Die Kreisstadt Altötting sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Standesbeamten in Vollzeit (m/w/d) zur Sachbearbeitung sämtlicher anfallenden Arbeiten im Aufgabenbereich**

- Sie verfügen über
- einen Abschluss als Verwaltungsfachwirt/in (BL II) oder Beamtin/Beamter der 3. QE
  - die Befähigung zum/zur Standesbeamten/in nach den personenstandsrechtlichen Vorschriften oder die Bereitschaft, diese zeitnah zu erwerben
  - einen selbständigen, sorgfältigen und bürgerorientierten Arbeitsstil
  - Freude an der Durchführung von Eheschließungen
  - die Bereitschaft an der Teilnahme angebotener Fortbildungsmaßnahmen
  - sichere IT-Kenntnisse im Bereich MS Office und idealerweise im Bereich Person standswesen (Autista)

Wir bieten ein vielseitiges Arbeitsgebiet, einen zukunftssicheren Arbeitsplatz, flexible Arbeitszeiten im Rahmen unserer Gleitzeitregelung, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die üblichen sozialen Leistungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (betriebliche Altersversorgung, Leistungsentgelt, Jahressonderzahlung). Die Besoldung bzw. die Vergütung richtet sich nach den besoldungs-/tarifrechtlichen Vorschriften des öffentlichen Dienstes.

Wir freuen uns, wenn wir Ihr Interesse wecken konnten und bitten Sie, Ihre aussagekräftige Bewerbung an die Stadt Altötting, Personalabteilung, Kapellplatz 2a, 84503 Altötting, oder per e-mail an: [personalamt@altoetting.de](mailto:personalamt@altoetting.de) (PDF-Format im Umfang von max. 5 MB) zu senden. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung (Tel. 08671/5062-33).

Informationen zum Bewerberdatenschutz erhalten Sie auf unserer Website unter: <https://www.altoetting.de/datenschutz/> unter Punkt 12.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt in den sozialen Medien:

### Infos direkt auf dem Smartphone

Sie interessieren sich für die spannende Arbeit von Bayerns zentraler Fachbehörde für Umweltfragen? Über die Social Media Kanäle des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) werden Sie zu aktuellen Arbeitsergebnissen, geplanten Veranstaltungen, neuen Veröffentlichungen und Stellenangeboten des LfU direkt aus erster Hand informiert.

### Vielfältiges Spektrum

Das Spektrum ist vielfältig: Von Wasser über Boden, Luft, Natur, Klima, Ressourceneffizienz bis hin zu Umweltschutz in Unternehmen: Hier ist sicher für jeden etwas dabei.

Über Bluesky (<https://bsky.app/profile/lfu.bayern.de>) und X ([https://x.com/lfu\\_bayern](https://x.com/lfu_bayern)) erhalten Sie die LfU-Beiträge sofort in Ihre Timeline. Der WhatsApp Channel (<https://s.bayern.de/whatsapp>) liefert Ihnen eine Wochenzusammenfassung der wichtigsten Inhalte direkt auf Ihr Smartphone.

Bayerische Landesgartenschau Kirchheim 2024:

## Überglücklich über mehr als 500.000 Besucher

Hohe Besuchszahl in Kirchheim b. München: Die 37. Bayerische Landesgartenschau vermeldete zum Abschluss am 6. Oktober eine absolute Spitzenzahl: Mehr als 500.000 Besucherinnen und Besucher sind von 15. Mai bis 6. Oktober in den neuen Ortspark zwischen Kirchheim und Heimstetten gekommen, um auf 14 Hektar Garten-schau-Fläche ein Blütenmeer und über 90 Ausstellungsbeiträge zu erleben.

„So ein Ereignis hat unsere Gemeinde noch nicht gesehen“, bilanzierte der Erste Bürgermeister der Gemeinde Kirchheim, Stephan Keck, beim Abschluss-tag am 6. Oktober. „Wir hatten uns für die Landesgartenschau beworben, um mit dem neuen Ortspark unsere beiden räumlich getrennt liegenden Gemein-de-teile Kirchheim und Heimstetten miteinander zu verbinden“, so Keck weiter. „Und das ist uns diesen Sommer auf beeindruckende Weise gelungen! Ich und meine Familie haben unzählige Tage auf diesem Großereignis in vollen Zügen genossen. Nun blicke ich als Erster Bürgermeister stolz und mit Freude auf diese Zeit und das Ergebnis zurück. Meinem Amtskollegen aus Furth im Wald und dessen Team, wünsche ich von Herzen, dass sie ab dem 22. Mai 2025 eine ähnlich aufregende Zeit erleben dürfen.“

### „Zusammen.Wachsen.“

Unter dem sprechenden Motto „Zusammen.Wachsen.“ war die Landesgartenschau 145 Tage vom 15. Mai bis 6. Oktober 2024 geöffnet – und lud die Besucherinnen und Besucher neben den Ausstellungsbeiträgen zu mehr als 3.500 Veranstaltungen ein.

Von Yoga über Fitness, von Kindertheater bis Musicals, von Blasmusik über Rock, Pop und Soul, von Direktvermarktern bis Performance-Künstlern, von Bilderausstellungen über Walking-Acts, von Mitmach-Workshops bis Gartenführungen, von Kabarett über Showtanz, von Freiluft-Gottesdiensten bis Live-Musik: Der Park war rund um die Uhr mit Leben gefüllt und das Programm so abwechslungsreich und vielseitig wie die alle 14 Tage arrangierte Floristik.

„Eine halbe Million Besucher nach Kirchheim zu holen, war unser heimlicher Wunsch“, sagte Maximilian Böttl, einer der beiden Geschäftsführer der Kirchheim 2024 GmbH. „Dass uns das trotz mehr als sechs Wochen kalten Dauerregens im Mai, Juni, September und Oktober gelungen ist, ist phänomenal!“ Gemeinsam mit seinem Ge-

schaftsführerkollegen Johannes Pinzel dankte Heyland bei der Abschlussveranstaltung explizit auch dem Team der Kirchheim 2024 GmbH. „Das war eine Leistung, die ihresgleichen sucht. Ihr habt alle rund um die Uhr angepackt – und als starkes Team eine fantastische Landesgartenschau auf die Beine gestellt.“

Die temporären Ausstellungsbeiträge werden seit Montag, 7. Oktober abgebaut. Was bleibt, ist der mehr als 10 Hektar große, üppig bepflanzte neue Ortspark mit Parksee, Parkkanzel, Park-Pavillon, verschiedenen neuen Spiel- und Sportmöglichkeiten und weiteren Räumen, von denen in Zukunft das soziale Leben der Kirchheimer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig profitieren wird.

Diese neue grüne Verbindung ersetzt die ehemalige Hauptstraße zwischen Kirchheim und Heimstetten, die im Rahmen der Landesgartenschau zurückgebaut worden ist. Wo früher Busse und Autos direkt am Jugendzentrum vorbeifuhren, öffnet sich der Park nun in Richtung Parksee und dem neu angelegten Pausenhof der Grund- und Mittelschule. Wo vormals Glascontainer auf einem Parkplatz standen, kommen nun die Großbäume voll zur Geltung – und wurden zur Landesgartenschau als gemütliche Chill-out-Area mit Hängematten genutzt. „Dieses neue Lebensgefühl wollen wir dauerhaft erhalten“, sagte Kirchheims Altbürgermeister Maximilian Böttl. „Damit wir uns vor unserer Haustüre erholen können und die Luft frisch und sauber ist, wurden in unserem neuen Ortspark 35.000 Sträucher, 80.000 Stauden, 812 neue Bäume und rund 70.000 Blumen-zwiebeln in den Daueranlagen gepflanzt. Das ist für alle, die hier wohnen und arbeiten, ein riesen-großer Gewinn.“

Als Bürgermeister hatte Böttl die Bewerbung seiner Gemeinde für die Landesgartenschau 2017 angestoßen und die Weichen für das Großprojekt gestellt. Seit Oktober 2023 ist er Abgeordneter für den Stimmkreis München-Land-Nord im Bayerischen Landtag – und war auch in dieser Funktion mindestens 30-mal

auf der Landesgartenschau zu Gast. „Ich hatte viele Abgeordnetenkollegen aus anderen Regierungsbezirken hier zu Gast und habe gemerkt, dass sie unser Konzept überzeugt hat. Denn eine Landesgartenschau sichert Lebensqualität für Generationen, und darum muss es uns allen gehen.“

Gerhard Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landesgartenschau GmbH dankte allen Mitwirkenden für eine „rundum gelungene Landesgartenschau“, für die er auch selbst außerordentlich viele positive Rückmeldungen erhalten habe. „Der Mehrwert für die Gemeinde Kirchheim ist jetzt schon spürbar, und wird von langer Dauer sein.“ Das Team der Bayerischen Landesgartenschau GmbH, dem Gerhard Zäh vorsteht, ist auch bereits in Furth im Wald beschäftigt, wo im kommenden Jahr vom 22. Mai bis 5. Oktober die 38. Bayerische Landesgartenschau stattfinden wird.

### Berühmter Gast

Nach gutem Brauch war eine Abordnung der Nachfolge-Gartenschau in Furth deshalb zum Abschluss nach Kirchheim gekommen; um das Programm mitzugestalten, und um die offizielle Landesgartenschau-Fahne von Kirchheim mit in den Bayerischen Wald zu nehmen. Zur großen Freude der Besucherinnen und Besucher war das Landesgartenschau-Team aus Furth mit dem berühmten Drachen „Tradinno“ angereist – dem größten vierbeinigen Schreitroboter der Welt – und vielen bekannt vom legendären Further Drachenstich.

Furth im Walds Erster Bürgermeister Sandro Bauer beglückwünschte die Kirchheimer zu ihrer Landesgartenschau: „Ich war selbst einige Male als Besucher hier bei euch und habe jedes Mal eine gelöste und glückliche Stimmung im Ortspark erlebt. Ich wünsche euch Kirchheimern, Heimstettenern und Hausenern, dass ihr von diesem Spirit noch lange profitiert.“

### Auf immer und ewig

Ein besonderer Höhepunkt war darüber hinaus die Hochzeitszeremonie der beiden Landesgartenschau-Maskottchen Stetti und Kirk. Die beiden sympathischen Enten, die symbolisch für die Gemeindeteile Heimstetten und Kirchheim stehen, ha-



Tradinno, der Further Drache, holt sich die Landesgartenschau 2025 persönlich ab: V.l. Sandro Bauer, Erster Bürgermeister der Stadt Furth im Wald, Stephan Keck, Erster Bürgermeister Gemeinde Kirchheim, Maximilian Böttl, MdL und Altbürgermeister Kirchheim und Gerhard Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landesgartenschau GmbH.

Bild: Franz Josef Seidl

ben durch ihren unterhaltsamen Bund der Ehe und abschließendem „Schnabeln“, die Themenwochen vom „Zusammen.Fin-

den.“ bis zum „Zusammen.Bleiben.“ der Landesgartenschau Kirchheim besiegelt. Mit dem Ortspark als verbindende grüne

Achse bleibt auch sein Maskottchenpaar und wird die Gemeinde Kirchheim bei zukünftigen Veranstaltungen unterstützen. □

### Lindner-Werksausstellung:

## Neue Modelle und Top-Vorführer

Von 17. bis 19. Oktober zeigt Lindner in Kundl stufenlose Neuheiten wie den Lintrac 70 LDrive und den Unitrac 122 LDrive Pro. Premiere feiert der Lintrac 65 LS, das Einsteigermodell mit Schaltgetriebe. Ein weiteres Highlight sind die aktuellen Top-Vorführer mit zusätzlichen Preishammer-Angeboten.

Bei der Lindner-Werksausstellung können sich Besucherinnen und Besucher aus erster Hand über den Lintrac 70 LDrive informieren und den Traktor auch gleich Probe fahren. Das stufenlose Einsteigermodell der Lintrac-Serie ist so kompakt wie der Lintrac 75 LS und so komfortabel wie der Lintrac 80. Großen Stellenwert hat Lindner auf die sehr einfache Bedienung gelegt. Mit dem LDrive-Drehregler lässt sich der Lintrac 70 z.B. stufenlos beschleunigen oder abbremesen.

### Profi-Transporter mit noch mehr Power

Ein weiteres Highlight ist der Unitrac 122 LDrive Pro. Dank Powermanagement kann er zwischen 90 und 100 KW wechseln, was ihn ideal für schwere Transportarbeiten oder Einsätze mit der Zapfwelle macht. Damit ist der Transporter für Einsatzprofis maßgeschneidert, die noch mehr Leistung brauchen bzw. längere Einsätze fahren.

Mit dem Lintrac 65 LS erweitert Lindner jetzt auch sein Angebot bei den geschalteten Traktoren. Der Neue aus Kundl spielt seine Stärken als Allroundtraktor in der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft aus, leistet 76 PS und ist besonders kompakt. Durch seine Wendigkeit punktet er neben Grünlandarbeiten auch bei der

Waldarbeit und im Winterdienst.

Lindner läutet den Herbst mit einer attraktiven Aktion ein und hat die rumpffgeführte Fronthydraulik bei allen Neubestellungen kostenlos im Programm. Zusätzlich gibt es zu jedem neuen Lintrac oder Unitrac einen Gutschein in Höhe von 250 Euro. Weitere Informationen zur Aktion, Öffnungszeiten und Vorführungen sind zu finden unter <https://www.lindner-traktoren.at/de-at/lindner/news/2024-werksausstellung-herbst-anmeldung>



Neue Modelle und Top-Vorführer stehen auf der Lindner-Werksausstellung von 17. bis 19. Oktober im Mittelpunkt.

Bild: Lindner

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

[www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

TV BAYERN  
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

Immaterielles Kulturerbe:

## Mittel- und Niederwälder sind ein Hotspot der Biodiversität

Fachtagung informierte über wertvolle historische Waldbewirtschaftungsform

Im September trafen sich auf Einladung des Biodiversitätszentrums Rhön (BioZ) im Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) und der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) im fränkischen Bad Windsheim über 100 Interessierte aus Praxis, Forschung und Verwaltung zur Fachtagung „Mittel- und Niederwälder gemeinsam erhalten“. Diese besonderen Waldformen verbinden eine jahrhundertalte Tradition der Holznutzung mit dem Erhalt eines wertvollen kulturellen Erbes und gelten zugleich als Hotspots der Biodiversität. Die Teilnehmenden tauschten sich über den aktuellen Wissensstand in Deutschland aus. Zahlreiche Vorträge beleuchteten die historische Bedeutung der Mittel- und Niederwälder, ihre Rolle als Rohstoffquelle, ihre Bedeutung für den Artenschutz sowie ihre Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel. Praktische Einblicke boten Exkursionen in die umliegenden Wälder.

Mittel- und Niederwälder sind lebendige Relikte vergangener Zeiten. Um 1800 machten sie etwa zwei Drittel der Waldflächen in Deutschland aus, heute liegt ihr Anteil bei weniger als einem Prozent. Bayern, insbesondere Franken, beheimatet mit etwa 5.300 Hektar den Großteil der noch aktiv bewirtschafteten Flächen. In Projekten wie „Lichte Wälder in Franken“ engagieren sich das BioZ Rhön und die LWF dafür, diese historische Bewirtschaftungsform für die Zukunft zu bewahren.

### Naturschutz gelingt nur gemeinsam

Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des LfU, betonte: „Naturschutz gelingt nur gemeinsam. Unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind unverzichtbare Partner im Waldnaturschutz. Mit dem Vertragsnaturschutzprogramm Wald werden freiwillige Leistungen honoriert, die dem Natur- und Artenschutz in privaten Wäldern zugutekommen.“ Dr. Peter Pröbstle, Präsident der LWF, hob hervor, dass Mittelwälder ein Paradebeispiel

für eine gezielte Bewirtschaftung sind, die artenreiche Waldlebensräume schafft und erhält. „Die Waldbesitzer, die diese pflegeintensive Bewirtschaftungsform betreiben, verdienen besonderen Respekt. Sie sichern nicht nur die Rohstoffversorgung und bewahren ein Kulturgut, sondern schaffen auch Lebensräume für künftige Generationen.“

### Immaterielles Kulturerbe im Steigerwald

Die Bewirtschaftung von Mittel- und Niederwäldern folgt einem speziellen Muster: Der Wald wird in Parzellen unterteilt, und in regelmäßigen Abständen wird auf einer Parzelle das Holz eingeschlagen, das sogenannte „Auf den Stock setzen“. Dabei bleiben die Baumstümpfe stehen, aus denen neues Holz austreibt. Im Mittelwald hingegen werden einige Bäume erst nach mehreren Jahrzehnten als Stammholz genutzt. Diese Bewirtschaftung erfolgt oft nach historischen Regelwerken, weshalb die Mittel- und Niederwälder des Steigerwalds und an-

grenzender Regionen in das Bundesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen wurden.

### Artenreichste Lebensräume Bayerns

„Diese Form der Bewirtschaftung ist kein Kahlschlag“, betonte Dr. Sebastian Vogel vom BioZ Rhön. Vielmehr entsteht durch die spezielle Pflege ein Mosaik aus unterschiedlich dicht bewachsenen Flächen, das besonders licht- und wärmeliebenden Arten wie dem seltenen Maivogel und dem Hirschkäfer zugutekommt. „In diesen Wäldern gibt es viele bedrohte Arten, die anderswo kaum noch vorkommen“, erklärte Vogel. „Mittel- und Niederwälder gehören zu den artenreichsten Lebensräumen Bayerns und können nur durch eine aktive Bewirtschaftung erhalten werden.“

### Intensiver Austausch in den Exkursionen

Während der Exkursionen tauschten sich die Teilnehmenden intensiv darüber aus, wie diese wertvollen Wälder für die Zukunft bewahrt werden können. Themen wie die Auswahl geeigneter Baumarten für den Klimawandel, unterschiedliche Rechtsformen und Förderprogramme in den Bundesländern standen dabei im Fokus – der Austausch soll auch in Zukunft fortgesetzt werden.

### Weitere Informationen:

[https://www.lfu.bayern.de/natur/bdz\\_rhoen/waelder\\_franken/index.htm](https://www.lfu.bayern.de/natur/bdz_rhoen/waelder_franken/index.htm)

Henne Nutzfahrzeuge auf der Galabau 2024:

## Innovationen für Kommunen und den Landschaftsbau

Die Galabau 2024 konnte sich erneut als ein herausragendes Ereignis in der Welt des Garten- und Landschaftsbaus sowie der Kommunaltechnik beweisen. Über 66.000 Besucher aus 80 Ländern strömten nach Nürnberg, um sich über die neuesten Entwicklungen und Innovationen der Branche zu informieren. Auch Henne Nutzfahrzeuge ergriff diese Gelegenheit, um innovative Lösungen und Technologien für die professionelle Straßenunterhaltung und kommunale Dienstleistungen vorzustellen. Mit der Unterstützung der Partner aus der Kommunal- und Baumaschinenteknik wurde nahezu die gesamte Produktpalette des Unternehmens gezeigt und ein umfassender Einblick in aktuelle und zukünftige Technologien gewährt.

### Vom Winterdienst bis zur Grünflächenpflege

Im Mittelpunkt der Präsentation stand der Unimog, das vielseitige Arbeitstier für Kommunen und Unternehmen. Gemeinsam mit Mercedes-Benz Special Trucks, Bucher Municipal und MULAG wurden diverse Unimog-Modelle gezeigt, begleitet von passenden Anbaugeräten – ideal für den Einsatz im Winterdienst oder in der Grünflächenpflege. Hervorzuheben ist das neue Bedienkonzept UNI-TOUCH®. Es vereinfacht die Steuerung der Geräte und macht den Unimog zur idealen Wahl für Unternehmen und Kommunen, die das ganze Jahr über auf zuverlässige Technik angewiesen sind.

### Leistungsstark

Zusätzlich konnten Besucher den Unimog U 327, der speziell für den Winterdienst entwickelt

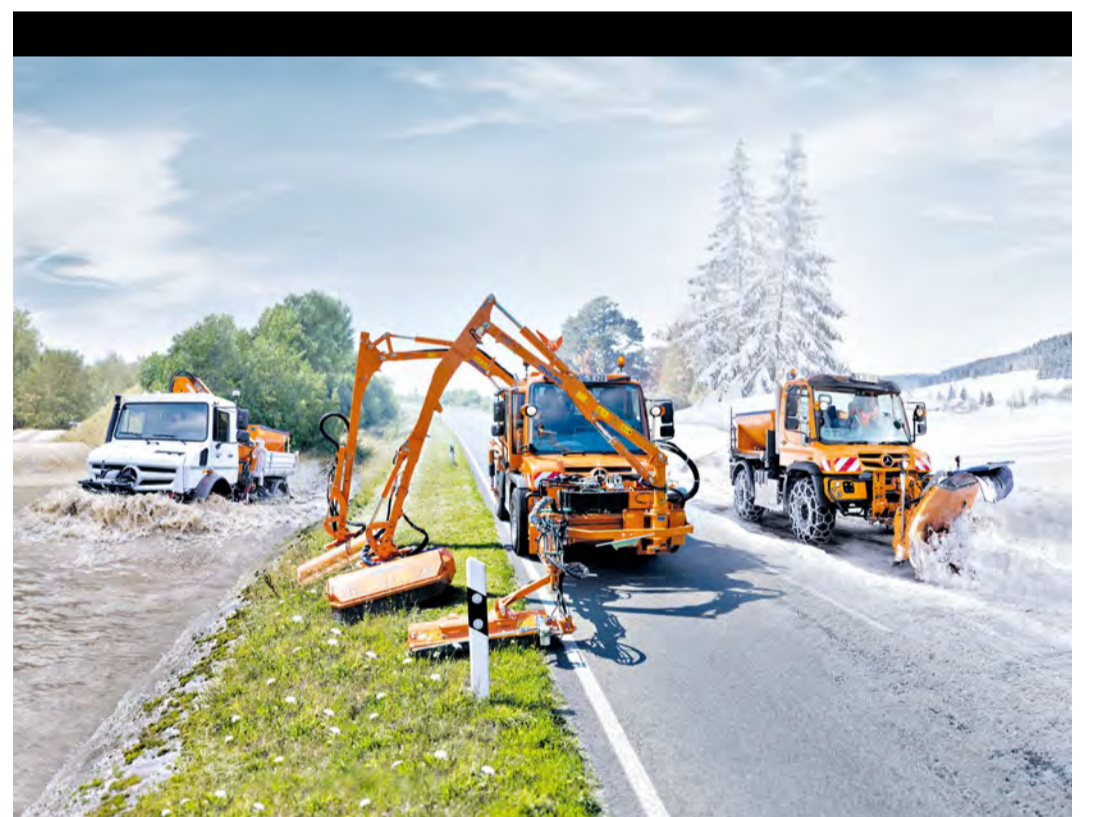
wurde, und den Unimog U 535 bestaunen. Mit beeindruckenden 354 PS und der modernen Euro VIe-Norm ist dieser Unimog eine leistungsstarke und umweltfreundliche Lösung für die Pflege von Straßenbegleitgrün. Gezeigt wurden auch Produk-

te von JCB: Von Baggern über Rad- und Teleskoplader bis hin zu vollelektrischen Maschinen der E-TECH-Produktreihe war alles vertreten. Ein besonderes Highlight war der Hydradig, ein 10,5-Tonnen-Mobilbagger, der durch seine hervorragende Sicht, Stabilität und Manövrierfähigkeit besticht. Dank seines niedrigen Schwerpunkts und des 109 PS starken Motors bietet der Hydradig maximale Sicherheit und ist ideal für Arbeiten auf beengten Baustellen. Begutachtet werden konnte auch der Minibagger 26C-1 und der Teleskoplader 514-40, die sich für Einsätze an besonders schwierigen und engen Arbeitsorten eignen. □



Großer Andrang auf der Galabau 2024.

Bild: Henne



## Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](mailto:mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz  
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [verkauf@klmv.de](mailto:verkauf@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

## 150 Jahre FFW Marktschellenberg

Neuer Unimog mit Lentner-Aufbau in Betrieb genommen

Zum 150-jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Marktschellenberg wurde, nach eingehender Beratung durch Henne Nutzfahrzeuge in Heimstetten, eine ganz besondere Anschaffung in den Fuhrpark aufgenommen: ein Unimog U 327 mit Lentner-Aufbau. Das neue Tanklöschfahrzeug (TLF 2000) ersetzt ein 35 Jahre altes Einsatzfahrzeug und soll die Feuerwehr in ihrer täglichen Arbeit deutlich unterstützen. In der gebirgigen Region der Nordalpen ist ein geländegängiges Fahrzeug wie der Unimog dringend erforderlich, um die schwierigen topografischen Bedingungen zu bewältigen.

Der Unimog U 327 gilt als perfektes Feuerwehrfahrzeug für anspruchsvolles Gelände und kann flexibel als Tanklöschfahrzeug oder Geräteträger eingesetzt werden. Für die Feuerwehr Marktschellenberg, die häufig in unwegsamem Terrain im Einsatz ist, bedeutet diese Anschaffung einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Sicherheit und Effektivität bei zukünftigen Einsätzen.

### Waldbrandschutz

Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Waldbrandschutz. Da das Einsatzgebiet der Feuerwehr Marktschellenberg stark

bewaldet ist, spielt der Unimog eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Waldbränden. In den letzten Jahren hat die Anzahl der Waldbrände in der Region zugenommen.

### Fördermittel erleichtern die Anschaffung

Das neue TLF 2000 ist mit einem Sprühbalken ausgestattet, der sowohl das Fahrzeug als auch die Mannschaft bei Brandeinsätzen schützt. Durch die Möglichkeit, das Feuer frühzeitig einzudämmen, kann der Unimog auch bei schwierigsten Bedingungen effektiv arbeiten.

### Technische Daten des neuen Tanklöschfahrzeugs

Der Unimog U 327 bringt beeindruckende technische Spezifikationen mit:

- Radstand: 3.150 mm
- Bodenhöhe: 383 mm
- Zulässiges Gesamtgewicht: Bis zu 14 Tonnen
- Motorleistung: 272 PS (OM936 Motor)
- Antrieb: Allrad mit Differentialsperren

Dank seiner flexiblen Einsatzmöglichkeiten und der hohen Nutzlast ist der Unimog perfekt für Arbeiten in anspruchsvollem Gelände geeignet. Zusätzlich sorgt die ergonomische Kabine dafür, dass die Feuerwehrkräfte auch bei langen Einsätzen komfortabel und sicher arbeiten können.

### Zukunftssicher aufgestellt

Mit dieser Investition in moderne Ausrüstung ist die Freiwillige Feuerwehr Marktschellenberg bestens für die Zukunft gerüstet. Das neue Fahrzeug steht symbolisch für den Fortschritt und die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr, die auch nach 150 Jahren noch eine unverzichtbare Säule des Katastrophenschutzes in der Region darstellt. □



Der neue im Team: Die Freiwillige Feuerwehr Marktschellenberg vor ihrem Unimog U 327. Bild: Henne

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**  
Die Gemeinde Aidhausen ist mit 1.850 großartigen Einwohnern ausgestattet.

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?**

Ich wurde nach 6-jähriger Tätigkeit im Gemeinderat im Jahr 2002 bei den Kommunalwahlen erstmals zum Bürgermeister gewählt und übte das Amt klassisch bis 2014 ehrenamtlich (neben meinem Dienst bei der Bundeswehr) aus und handle seit 2015 als ehrenamtlicher Bürgermeister in Vollzeit.

**Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**



### Dieter Möhring

Erster Bürgermeister  
der Gemeinde Aidhausen

In den ersten zwölf Jahren diente ich neben meiner Gemeinde meinem Dienstherren der Bundeswehr als Berufssoldat. Seit 2015 habe ich den Dienst niedergelegt und bin, neben der Mitwirkung in vielen anderen politischen Ämtern, im wahrsten Sinne des Wortes Voll(blut)zeit-Bürgermeister.

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

Aufgrund meiner Tätigkeit in vielen Vereinen und Organisationen bin ich immer mehr zu der Erkenntnis bzw. Überzeugung gelangt, dass man seine Heimat nicht mit imposanten „schlauen“ Reden zukunftsfröhlich entwickeln kann, sondern sich eben persönlich dafür einsetzen und dementsprechend handeln muss.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Die Mitwirkung sechs Jahre lang im Gemeinderat war intensiv und aufschlussreich, wobei ich auch in dieser Zeit aufgrund meiner Teilnahme an vielen Seminaren enorm dazu gelernt habe, was für meine Tätigkeit als Bürgermeister wertvoll und hilfreich war.

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

Eine fähige Gemeinde, die bis dato nur verwal-

tet wurde, politisch wie auch kommunal voranzubringen. Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Seit 2017 setzen wir verstärkt auf Dorferneuerungsprogramme, städtebauliche Sanierungsgebiete und ein aktives Leerstandsmanagement, ergänzt durch die soziale Dorferneuerung. Dafür haben wir ein eigenes Seminar in Klosterlangheim (Schule für Dorfentwicklung) vorbereitet und mit den Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Seither gab es zahlreiche Workshops, und weitere stehen noch bevor. Ästhetische Gebäude und ansprechende Dorfplätze tragen sicherlich zu einer attraktiven Gemeinde bei, doch ohne eine gleichzeitige Entwicklung hin zu einer sozialen und wertbeständigen Gemeinschaft sind selbst die schönsten Bauten wenig nachhaltig. Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Auch wenn es die Bürger uns nicht immer leicht machen – gerade durch zunehmend egoistische und individuelle Verhaltensweisen – ist es dennoch entscheidend, den persönlichen Kontakt zu ihnen nicht zu verlieren und das gemeinschaftliche Miteinander nicht in Frage zu stellen, sondern wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

Durch Umfragen, Workshops und Bürgerversammlungen.

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Sie muss in erster Linie die tägliche Arbeit verbessern, aber andererseits wird und kann sie den wertvollen bzw. persönlichen Bürgerkontakt nicht ersetzen.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

Verlange von deinen Bürgern und Bürgerinnen nichts, was Du nicht selbst im Stande bist zu leisten, oder von dem du selbst überzeugt bist.

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**

Als ein Bürger/Bürgermeister, dem die individuellen wie auch kommunalen Belange und Bedürfnisse seiner Mitbürger am wichtigsten waren und der seine Gemeinde weiter entwickelt hat. □

### Bayerischer Städtetag Oberpfalz:

## Ruf nach angemessener Finanzausstattung

**Kommunalfinanzien in der Schieflage: Wegen stark steigender Ausgaben hat sich die Bezirksversammlung Oberpfalz des Bayerischen Städtetags mit Finanzforderungen an Bayern und den Bund gewandt. Nach Ansicht der beiden Bezirksvorsitzenden Gertrud Maltz-Schwarzfischer (OB Regensburg) und Toni Dutz (Bürgermeister Wiesau) seien die Einnahmen im Schnitt zwar noch stabil, die Aussichten aber düster.**

Konkret wurden als aktuell größte Herausforderungen der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab dem Schuljahr 2026/2027, die Finanzierung des ÖPNV, Migration, Digitalisierung, Maßnahmen zur Klimaanpassung und zuvörderst die Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser genannt. Mehr Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich des Freistaats Bayern sei deshalb zwingend erforderlich.

Ambergs OB Michael Cerny schilderte die Lage der kommunalen Krankenhäuser am Beispiel des städtischen Klinikums St. Marien. Durch die fehlende Refinanzierung im Gesundheitssystem durch den Bund in den vergangenen Jahren müsse im Amberger Haushalt für 2025 für die Klinik ein Defizit von 18 Millionen Euro getragen werden – allein sieben Millionen entfielen davon für 2024. Damit verdopple sich im kommenden Jahr die Verschuldung der kreisfreien Stadt.

### Anspruch auf Finanzierung

Wie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, erläuterte, „müssen Städte und Gemeinden gut aufgestellt sein, um ihre Aufgaben erfüllen zu können“. Die kommunale Ebene dürfe nicht als Ausfallbürge für die Erfüllung von staatlichen Aufgaben in Haftung kommen. Kommunen hätten einen Anspruch auf eine aufgabengerechte

Finanzierung. „Dazu gehört ein leistungsfähiger kommunaler Finanzausgleich. Das ist kein Gnadenakt von Staatsregierung und Landtag, sondern die Basis, damit Kommunen ihre Aufgaben im Staatsgefüge ordnungsgemäß erfüllen können.“

„Fakt ist: Die Steuereinnahmen stagnieren, die Ausgaben steigen massiv.“ Dabei schlagen laut Bayerischem Städtetag vor allem höhere Personalausgaben (11 Prozent), Sozialausgaben (15 Prozent) und Bauausgaben (11 Prozent), zu Buche. Bereits im Jahr 2023 mussten die bayerischen Kommunen ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro verzeichnen. Diese Entwicklung hat sich verschärft, das Defizit liegt bei weiteren 5 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2024.

„Dies ist ein negativer Rekord und es ist keine Trendwende erkennbar“, warnte Buckenhofer: „Die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen muss auf die Tagesordnung.“ Nötig sei eine konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik von Bund und Freistaat, zudem eine dauerhafte Stärkung des kommunalen Finanzausgleichs mit einer Anhebung der kommunalen Verbundquote im allgemeinen Steuerverbund von bisher 12,75 auf 15 Prozent.

Die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen müsse gesichert sein, damit die soziale, schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur gewährleistet bleibt – in länd-

lichen Räumen ebenso wie in Städten und Ballungszentren, so der Geschäftsführer. Die Finanzprobleme der Kommunen würden bald für Bürgerschaft und regionale Wirtschaft zu spüren sein: „Fehlende Mittel bedeuten, dass Städte und Gemeinden dringende Investitionen in Kitas und Schulen, in die Infrastruktur mit Straßen und Wegen, in die Energieversorgung oder den öffentlichen Nahverkehr, strecken, schieben oder streichen müssen. Wenn Städte und Gemeinden keine Haushalte mehr aufstellen können, sind sie nicht mehr handlungsfähig, sie können die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft so wichtigen freiwilligen Angebote für Bildung und Kultur, Sport und Vereinsleben nicht mehr im bisherigen Umfang unterstützen.“

Als massive Belastung erwiesen sich außerdem die Defizite der Krankenhäuser, die die Städte derzeit mit steigenden Beträgen ausgleichen müssten. Aus Buckenhofers Sicht ist es „eine dramatische Fehlentwicklung, wenn die regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten am Leben erhalten werden muss. Bund und Länder müssen schnell handeln, um die Herausforderungen in der Krankenhauslandschaft zu beheben.“ **DK**

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPv in Bayern  
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle  
Redaktion:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,  
Jan Kiver  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Sebastian Franz (KPv)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen und Vertrieb:**  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

## Festhalle Schottenhamel unterstützt Aktion Zukunft+

Unternehmen gleicht Oktoberfest-Emissionen mit Zukunft+ Zertifikaten aus

Das Oktoberfest, oder „die Wiesn“, wie sie in München genannt wird, zieht jährlich Millionen von Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt an. Zu Recht, denn das Fest bietet eine Vielzahl von Attraktionen. Doch bei aller Freude darf der Klimaschutz nicht vergessen werden. Die Festhalle Schottenhamel GmbH & Co. OHG geht mit gutem Beispiel voran und unterstützt die Aktion Zukunft+ der Landkreise München und Ebersberg.

Durch den Erwerb von Zukunft+ Zertifikaten gleicht das Unternehmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die im Jahr 2023 durch den Betrieb ihrer Festhalle entstanden sind, aus.

Im Rahmen des Festhallenbetriebs fielen im Jahr 2023 rund 1.400 Tonnen CO<sub>2</sub> an. Diese Emis-

sionen hat die Festhalle Schottenhamel über die Zertifikate der Aktion Zukunft+ der Landkreise München und Ebersberg ausgeglichen. Als symbolisches Zeichen überreichte Landrat Christoph Göbel den Festwirten Christian, Michael F. und Konstantin Schottenhamel ein Holzschild.



CSU-Mittelfranken würdigt Marlene Mortler, die dieses Jahr nicht mehr zur Europawahl antrat: „Marlene Mortler ist eine ganz große politische Persönlichkeit, charmant und trotzdem ein Kraftwerk, wenn es ums Durchsetzen geht“. CSU-Parteivorsitzender Ministerpräsident Dr. Markus Söder bescheinigte ihr, dass sie auf jeder Ebene ihres Wirkens „nicht nur mitgelaufen, sondern stets eine wichtige Rolle gespielt hat“. Im Bild v.l. Volker Bauer, MdL und Vorsitzender CSU-Kreisverband Roth, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Marlene Mortler, Innenminister Joachim Herrmann, MdL und CSU-Bezirksvorsitzender Mittelfranken, und Norbert Dünkel, MdL und Vorsitzender CSU-Kreisverband Nürnberger Land.

Bild und Text: pmw

Das Schild wurde im Rahmen des Termins gut sichtbar für die Besucher am Haupteingang des Festzells angebracht und kennzeichnet die Festhalle Schottenhamel als Unterstützerin der Aktion Zukunft+.

### 1.400 Tonnen CO<sub>2</sub> ausgeglichen

Die Gesamtemissionen der Festhalle wurden gemeinsam mit der Energieagentur Ebersberg-München, dem Projektpartner der Aktion Zukunft+, ermittelt. Mit einer Spende von rund 28.500 Euro unterstützt die Festhalle Schottenhamel sowohl Projekte zur Bereitstellung effizienter Kochöfen in Ländern des Globalen Südens als auch ein Klimaschutzprojekt in der Region: Pro ausgeglichener Tonne CO<sub>2</sub> fließen neun Euro in das Projekt „Waldumbau im Ebersberger Forst – Herbstpflanzung 2024“, das durch die Einbringung standortheimischer Baumarten labile Fichtenwälder in gesunde zukunftsfähige Mischwälder umbaut.

Weitere Informationen zu diesem Projekt gibt es unter: <https://www.aktion-zukunft-plus.de/baumpflanzung-im-ebersberger-forst-1719930587>.

### Vor dem Ausgleich steht die Reduktion der Emissionen

Die Leitlinie der Aktion Zukunft+ lautet: vermeiden – reduzieren – und erst dann kompensieren. Unternehmen und Institutionen, die mittels Zukunft+ Zertifikaten ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgleichen möchten, müssen



Bild: Landratsamt München

v.l.: Christian Schottenhamel, Karina Schäfer (Energieagentur Ebersberg München), Landrat Christoph Göbel, Konstantin Schottenhamel und Michael F. Schottenhamel bei der Übergabe des Holzschildes.

sich bereits mit der Vermeidung und Reduktion ihrer Emissionen auseinandergesetzt und entsprechende Maßnahmen ergriffen haben. Auch die Festhalle Schottenhamel ist hier aktiv geworden und hat folgende Maßnahmen bereits umgesetzt oder geplant:

- Erweiterung des veganen Speisenangebots
- Umstellung auf LED-Beleuchtung in der gesamten Festhalle
- Weitere ressourcensparende Maßnahmen mit positiven Auswirkungen auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz, sind z. B.:
- Größere Gebinde für eingekaufte Nahrungsmittel
- Abschaffung von Einweg-Pappbechern in der Küche
- Digitalisierung des Einstellungsprozesses, wodurch der postalische Versand von Arbeitsunterlagen entfällt
- Abschaffung von Einwegpackungen für Senf und Ketchup mittels nachfüllbarer Spender
- Einführung einer Postmix-Anlage für alkoholfreie Getränke, um Lieferemissionen zu reduzieren

„Ich freue mich, dass sich mit

dem Betrieb Schottenhamel ein weiteres renommiertes und bekanntes Unternehmen dazu entschlossen hat, bei seinen Klimaschutzbemühungen auf das Angebot der Aktion Zukunft+ zurückzugreifen. Jeder Beitrag bringt den Klimaschutz weltweit, aber auch ganz konkret in unserer Region, vor Ort in den Landkreisen München und Ebersberg voran. Der Klimawandel ist ein zentrales Thema unseres Daseins und wir alle sind dazu aufgerufen, mit unserem eigenen Handeln unseren Teil dazu beizutragen“, so Landrat Christoph Göbel.

### Über die Aktion Zukunft+

Die Aktion Zukunft+ ist eine Initiative der Landkreise München und Ebersberg in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ebersberg-München. Mit dem Erwerb von Zukunft+ Zertifikaten unterstützen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Organisationen und Kommunen Klimaschutzprojekte in der Region und weltweit. □

## Inklusionspreise des Bezirks Oberpfalz

Ein Gemeinschaftsprojekt der Martini-Schule Freystadt und der Regens-Wagner-Schule Zell sowie das Amberger Unternehmen Lüdecke wurden jetzt mit dem Inklusionspreis des Bezirks Oberpfalz im Bereich „Schule und Musik/Theater“ bzw. „Arbeit und Soziales“ ausgezeichnet. Laut Bezirkstagspräsident Franz Löffler ist es mehr als eine gesetzliche Vorgabe, Menschen mit Beeinträchtigungen in das Wirtschafts-, Kultur- und das allgemeine gesellschaftliche Leben zu integrieren, es sei ein Wert an sich.

Gemeinsames Kochen und Werken verbindet und schafft Berührungspunkte ab. Das beweisen die Martini-Schule Freystadt und die Regens-Wagner-Schule Zell. „Bei diesem Projekt wird nicht nur deutlich, dass Inklusion an Schulen vorbildlich umsetzbar ist, obwohl sie im Lehrplan nicht verpflichtend vorkommt. Sondern auch, dass Inklusion über Bezirksgrenzen hinweg gelingen kann“, stellte der Bezirkstagschef fest. Annette Holtmeier, Schulleiterin der Regens Wagner Schule in Zell ergänzte: „Nicht nur Menschen mit Besonderheiten haben hier zusammengearbeitet. Auch wir Menschen aus Mittelfranken wurden inkludiert.“

### Ängste abbauen und überwinden

Denn bei diesem „Glücksprojekt“, wie Christine Gottschalk, Schulleiterin der Martini-Schule, das Projekt „Kochen und Technik kennen keine Barrieren“ nennt,

handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt, bei dem sich die jetzige Klasse 9M der Martini-Schule seit Januar 2023 regelmäßig mit gehörlosen Jugendlichen der Regens-Wagner-Schule Zell trifft.

„Wenn Menschen mit und ohne Behinderung aufeinander treffen, sind Berührungspunkte keine Seltenheit. Deswegen finde ich es besonders lobenswert, dass mithilfe des Projekts eben diese Ängste abgebaut und überwunden werden“, erklärte Löffler.

„Wir brauchen Vorbilder im inklusiven Bereich“, betonte er bei der Preisverleihung an die Amberger Firma Lüdecke, die für ihre innovativen Kupplungssysteme bekannt ist. Bereits in den 1970er Jahren habe das rund 200 Mitarbeiter starke Unternehmen mit Lebenshilfevereinigungen zusammengearbeitet und in deren Räumen Tätigkeiten für Menschen mit Behinderungen umgesetzt. Geschaffen worden sei ein Netzwerk an Kooperationspart-

nern der Behinderteneinrichtungen in der Oberpfalz. Rund 800 Menschen stünden in persönlichem Kontakt zur Firma.

Seit drei Jahren gibt es mit der Heilpädagogin Christine Birner auch eine Inklusionsbeauftragte bei Lüdecke, die unter anderem weitere Kooperationen, die Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst (IFD) sowie Besuche und Praktika von Menschen mit Behinderung betreut.

Vielfalt gibt es nicht nur in der Belegschaft des ausgezeichneten Unternehmens, sondern auch im Bereich der Nachhaltigkeit. Aktuell stellt die Firma nämlich ihren eigenen Honig her. Mit dem Preisgeld soll dieser Bereich noch weiter ausgebaut werden: Ein Teil des Betrags soll für eine große Hochbeetanlage auf der Dachterrasse verwendet werden, um gemeinsam Kräuter und Gemüse für die Kantine anzubauen.

„Inklusion ist keine Werbekampagne der Firma Lüdecke. Dahinter steckt eine echte Bedeutung, ein echtes Engagement. Und das schon seit Jahrzehnten“, machte Bezirksrat, Inklusionsreferent und Ambergs zweiter Bürgermeister Martin Preuß deutlich. Für ihn stellt die Lüdecke GmbH ein echtes Leuchtturmprojekt in der Stadt Amberg und in der Region dar. **DK**



Landtagsabgeordneter Daniel Artmann im Kreise der glücklichen Vertreter der fünf frischgebackenen „GenussOrte 2024“ aus dem Landkreis Rosenheim. V.l.: Johann Obermeier, Kur- & Gästeförderung Bad Feilnbach; Max Singer, Erster Bürgermeister Bad Feilnbach; Herbert Reiter, Leiter der Tourist Info Aschau und Sachrang; Raphael Wagner, Leitung Kur und Tourismus Bad Feilnbach; Bettina Zauffall, Marketing Markt Prien am Chiemsee; Alois Holzmaier, Zweiter Bürgermeister Oberaudorf; Daniel Artmann, Landtagsabgeordneter; Martin Schöffel, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat; Simon Frank, Erster Bürgermeister Aschau; Mathias Knöckl, Tourismus-Förderverein Inntal e. V.; Daniel Mair, Erster Bürgermeister Frasdorf. Bild: Giulia Iannicelli/St.MELF

## Hier ist Genuss zu Hause

Aschau, Bad Feilnbach, Frasdorf, Oberaudorf und Prien als bayerische „GenussOrte“ gekürt

Bayern ist nicht nur für seine Königsschlösser, für malerische Landschaften und kulturelle Städte bekannt, sondern auch für seine kulinarischen Schätze. Überall im Freistaat gibt es lokale Spezialitäten und handgemachte Köstlichkeiten. In Vertretung von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat Martin Schöffel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, 44 bayerische Städte und Gemeinden als „GenussOrt 2024“ ausgezeichnet. Darunter mit Aschau, Bad Feilnbach, Frasdorf, Oberaudorf und Prien auch fünf Gemeinden aus dem Landkreis Rosenheim

Landtagsabgeordneter Daniel Artmann gratulierte den fünf Gemeinden zu dieser Auszeichnung: „Herzlichen Glückwunsch nach Aschau, Bad Feilnbach, Frasdorf, Oberaudorf und Prien. Bayern ist ein Genussland und der Landkreis Rosenheim ganz besonders. Diese fünf Gemeinden stehen für Heimatliebe und einzigartigen oberbayerischen Genuss. Hier können Einheimische und Gäste den kulinarischen Reichtum des Alpenvorlands erleben und genießen.“

### Besondere Orte gesucht

Eine fachkundig besetzte Jury mit Vertretern aus Landwirtschaft, Tourismus, Gastronomie

und Verbraucherschutz wählte die „GenussOrte“ aus. Dabei wurde insbesondere auf regionale Spezialitäten, handwerkliche Herstellung und erlebbaren Genuss vor Ort – sei es durch Führungen, Direktvermarktung oder Gastronomie – geachtet. Gesucht wurden besondere Orte mit eigenständiger kulinarischer Tradition.

### Gastronomische Bandbreite

Aschau i.Chiemgau und Sachrang, vertreten durch den Ersten Bürgermeister Simon Frank und Tourismuschef Herbert Reiter, kann sich nach 2018 bereits zum zweiten Mal mit der Auszeichnung als „GenussOrt“

schmücken. „Wir freuen uns, dass die langjährige Tradition in der Vermarktung regionaler Lebensmittel und die Vielzahl von speziellen Aschau und Sachranger Produkten und Köstlichkeiten die Jury erneut überzeugt haben. Mit einer gastronomischen Bandbreite von der Sterne-Residenz, den Traditionsgasthäusern, über die Dorf-, Hof- und Bergbauernläden, Traditionsmetzgerei und Bäckerei bis hin zur Almhütte ist und bleibt Aschau das Aushängeschild für erlebbaren Genuss im Priental“, so Frank und Reiter.

### „Re-Zertifizierung“ geschafft

Auch Bad Feilnbach, Frasdorf und Prien haben die „Re-Zertifizierung“ geschafft, auch sie sind bereits zum zweiten Mal „GenussOrt“. Bad Feilnbach punktet mit seinen Streuobstwiesen, auf denen rd. 30.000 Obstbäume stehen. Es ist das einzige Obstanbaugebiet in Deutschland mit rein ökologischem Obstanbau. Aus den Feilnbacher Früchten entstehen jedes

## GZ PINOS WELT



Dem Bürgermeister ist vor einiger Zeit ein äußerst attraktives Angebot seiner Versicherungsgesellschaft ins E-Mail-Postfach geflattert: Eine Katzenversicherung! Wahlweise als Krankenvollversicherung oder als reine OP-Versicherung. Der Bürgermeister hat natürlich als fürsorglicher Sachwalter meiner Existenz die Vollversicherung gewählt

– einschließlich Vorsorgeleistungen wie Zahnsteinentfernen, Physiotherapie und alternativen Heilmethoden wie Homöopathie und Akkupunktur. Nur eine Kur mit Abnehmspritzen, die ich eigentlich auch gut gebrauchen könnte, ist nicht enthalten. Ich bin jetzt jedenfalls besser abgesichert als so manch ein menschlicher Krankenversicherter.

Auch sonst ist dem Bürgermeister wenig für mich zu teuer. Feinstes Futter, nett was zum Spie-

gleiten und ihren festen Platz im Heim und im Garten behaupten, auch andere Vorlieben. Vor kurzem war zu lesen, dass in den vereinigten Staaten mehr Tiger leben als in Indien. In Käfigen natürlich, aber keineswegs nur in Zoologischen Gärten, sondern auch bei so manchem Exzentriker hinter dem Bungalow.

Da sind wir doch in Deutschland in Sachen Tierschutz und bürokratische Definition des Begriffes Heimtier den libertären Amis wieder mal voraus, wie uns das Landgericht Neustadt an der Weinstraße bewies, als es einem 70 Kilo schweren Zwergschwein rundheraus die Eigenschaft als Haustier, das in einem Einfamilienstallungsgarten gehalten werden kann, absprach. Eine harte Entscheidung, wenn Sie mich fragen, denn was sind schon 70 Kilo für ein Schwein? Und auch die Nachbarn hätten mehr zu leiden, wenn der Eigentümer seinen Lebensraum als Freizeitbauer durch die Anschaffung eines neurotischen Gockels gelebt hätte.

Wie dem auch sei: Seit der Mensch in grauer Vorzeit den Wolf zum Hund und die Falbkatze zur Hauskatze domestizierte, gehören Hund und Katz einfach zum Menschsein dazu. Gut, die Funktion des Hundes hat sich vom scharfen Jagdbegleiter zum treuherzig schauenden Knuddelchen gewandelt und auch wir Katzen lassen in aller Regel die Pfoten von Mäusen, die wir früher auf den Bauernhöfen in den Vorratskammern stellen mussten, weil wir Mitleid mit unseren Ernährern haben, die sich vor dem Anblick von toten Mäusen und Vögeln ekeln, obwohl das Jagen nach den Biestern doch eigentlich der Auftrag der Natur an unsere Spezies wäre. Also bleib ich hinterm Ofen.

So ist denn der Umgang mit uns Heimtieren nicht nur ein Zeichen verfeinerter Sitten, sondern auch von Wohlstand, wenn man es sich erlauben kann, Tiere, die zu nichts nütze sind, einfach um ihrer selbst willen zu lieben und zu erhalten. Dass man damit im Ergebnis sich selbst etwas Gutes tut, wusste der fast auf den Tag vor 100 Jahren gestorbene französische Schriftsteller Anatole France in folgende Worte zu kleiden: „Solange man noch kein Tier geliebt hat, bleibt ein Teil der Seele unerweckt.“

### Alles für die Katz

len, ein schöner Kletterbaum für innen bei Regen – alles da. Nur denkt er, ich könne meinen Flüssigkeitshaushalt durch Wasser regeln, weshalb ich nicht den neusten Trinkschlapper bekomme. Was solls? Und seine Liebe zu mir ist echt, weshalb er mir das jetzt überall zu sehende neumodische Katzenschirr à la Hundeleine ebenso erspart, wie ein Regenmäntelchen. Ich geh aber eh nicht bei Regen raus.

Was ich nicht weiß ist, ob er eine Haftpflichtversicherung für mich abgeschlossen hat. Schließlich ist eine Katze nicht so gefährlich wie ein Hund (Biss in fremde Waden) oder Pferde (nietet gerne Fußgänger und Radfahrer auf Waldwegen um). Insgesamt ist es aber gut möglich, dass er wie die relative Mehrheit der Tierhalter in Deutschland 40 bis 60 Euro im Monat für mich ausgibt. Das ist so ein Mittelwert. Insgesamt kommen die Deutschen auf stattliche 7,1 Milliarden Euro Ausgaben für Heimtierbedarf im Jahr 2023. Eine durchaus beachtliche, wirtschaftliche Bedeutung haben Hund und Katz, Kanarienvogel und Schildkröten also in diesem Land.

Anderswo halten sich die Leute auch gerne Tiere; haben aber neben den traditionellen Be-

### Ihr Pino

### Planungsregion Ingolstadt (Region 10):

## Gemeinsam handeln in herausfordernden Zeiten

Enger Austausch beim Quartalsreffen der drei Landräte und von Oberbürgermeister Dr. Scharpf

Die drei Landräte der Region 10 – Alexander Anetsberger, Landkreis Eichstätt; Albert Gürtner, Landkreis Pfaffenhofen; Peter von der Grün, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen – und der Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf haben ihre jüngste, turnusmäßige Abstimmung genutzt, um über die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu sprechen. Sinkende Gewerbesteuererinnahmen bei gleichzeitig stark steigenden Kosten für, unter anderem, Personal oder Baumaßnahmen stellen Kommunen und Landkreise gleichermaßen vor Herausforderungen. So ging es beim virtuellen Treffen, ausgerichtet vom Landkreis Eichstätt, um Themen wie abgestimmte Gebührenanpassungen, Optimierungsmöglichkeiten oder auch Einsparpotenziale bei kommunalen Tochterunternehmen wie Kliniken, Stadtwerken oder der Müllbeseitigung.

Der Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf: „Die bewährte Zusammenarbeit in der Region in so unterschiedlichen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Busverkehr oder auch gemeinsame Schulbauten zeigt, wir handeln gemeinsam. Das hat auch das Treffen gezeigt. Die Zeiten sind nicht einfach, wir alle müssen schauen, wie wir mit weniger Geld und gestiegenen Kosten zurechtkommen. Mit den Landräten funktioniert diese Zusammenarbeit gut, über Partei- und Landkreisgrenzen hinweg.“

### Zukunfts fest aufstellen

Landrat Alexander Anetsberger, Landkreis Eichstätt: „Ich bin überzeugt, dass wir die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam stemmen können. Am wichtigsten ist dabei die Umsetzung einer gemeinsamen Medizinstrategie, weil wir damit zwei wichtige Aufgaben auf einmal lösen können: Die Gesundheitsversor-

gung der Region 10 zukunfts fest zu machen und die enormen Betriebsdefizite zu reduzieren, die unsere finanziellen Handlungsspielräume gefährlich einschränken.“

Landrat Albert Gürtner, Landkreis Pfaffenhofen: „Die Unsicherheiten in der Wirtschaft wirken sich auch auf die Steuereinnahmen aus. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben für notwendige Investitionen in Gesundheitsversorgung, Schulen und Infrastruktur werden eine große Herausforderung für die kommunalen Haushalte.“

Landrat Peter von der Grün, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen: „Wir Kommunen müssen immer mehr staatliche Aufgaben übernehmen, ohne dafür mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet zu werden. Deshalb ist es ausdrücklich zu begrüßen, wenn wir als Region 10 in vielen Bereichen eng zusammenarbeiten und im Schulterschluss gegenüber Bund und Land auftreten können.“ **□**

Netzwerktreffen der „Engagierten Städte“:

# Bayern wird Länderpartner im Bundesprogramm

Mitte September lud die Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement BBE alle „Engagierten Städte“ Deutschlands zum Netzwerktreffen nach Würzburg ein. Thema war die Aufnahme Bayerns als Länderpartner in das Netzwerk „Engagierte Stadt“. Oberbürgermeister Christian Schuchardt und die parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz begrüßten die Teilnehmer.

Die bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf, zeigte sich per Videobotschaft beeindruckt: „Bayern ist Ehrenamtsland. Im Freistaat engagieren sich 41 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahre ehrenamtlich. Diese Zahl ist ein starkes Zeichen des Miteinanders und keine Selbstverständlichkeit. Mit der Unterzeichnung stärken wir die Anerkennungskultur des Ehrenamts, fördern Zusammenarbeit, Vernetzung und Austausch.

Neue Ideen und Ansätze können so entwickelt werden. Ich freue mich, dass elf Kommunen in Bayern sich im Programm engagieren. Es ist ein wertvoller Schatz, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aus unseren Städten und Gemeinden für ihre Mitmenschen einsetzen.“

In Bayern sind Holzkirchen, Kronach, Neustadt an der Aisch seit 2015, Neumarkt in der Oberpfalz, Puchheim, Würzburg seit 2020, Eichstätt seit 2021, Ingolstadt, Rosenheim seit 2022 dabei, und im

Februar 2024 neu hinzugekommen ist Gröbenzell. Claudia Leitzmann vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. freut sich über die Vernetzung: „Engagement, Zusammenarbeit, Netzwerke und Querverbindungen werden immer wichtiger, um gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Ob die Ankunft einer großen Zahl geflüchteter Menschen, Corona-Krise oder Flutkatastrophen: Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre haben gezeigt, dass solche Ereignisse nur in Kooperation der unterschiedlichen Partner in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu meistern sind. Deshalb freuen wir uns, dass Bayern nicht nur unsere Engagement-Netzwerke fördert, sondern mit einer Länderpartnerschaft auch die Ziele der „Engagierten Stadt“ unterstützt.“

Das Netzwerk „Engagierte Stadt“ bietet Austausch und viele Best-Practice-Lösungen für aktuelle Herausforderungen wie zum Beispiel die Digitalisierung, neue Engagementformen oder den Umgang mit der Klimakrise. Dr. Frank Strathmann, Koordinator des Regionalnetzwerks Engagierte Städte Bayern, hat viel vor: „Durch Tandem-Partnerschaften, gegenseitige Delegationsbesuche, virtuelle Austauschformate und Fachtagungen an verschiedenen Netzwerkknoten praktizieren wir bereits einen lebendigen Wissenstransfer in Bayern. Diesen planen wir noch mit weiteren Partnern auszubauen.“

Freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist eine Bereicherung sowohl für das Gemeinwesen vor Ort als auch für das gesamte Land. In engagierten Städten gestalten Akteure aus der Verwaltung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft gemeinsam mit und für die Bürgerschaft Beteiligung, Ehrenamt und Engagement. Das stärkt die Gemeinschaft und ist ein wichtiger Beitrag für eine lebendige Demokratie. Die Länderpartnerschaft im Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ ist ein weiterer Baustein des Landes zur nachhaltigen Förderung guter Bedingungen für Engagement vor Ort.

Zusammenarbeit stärken

Im Sinne der Vernetzung und kooperativen Zusammenarbeit wurde die Landespartnerschaft gemeinsam erarbeitet mit Vertreterinnen und Vertretern der Engagierten Städte in Bayern, des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. (LBE), der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen lagfa bayern e.V. sowie des Landes Bayern. Gemeinsames Ziel ist es, zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zu stärken.

Engagierte Städte entstehen dort, wo sich überzeugte Menschen aus gemeinnützigen Organisationen, der öffentlichen Verwaltung und Unternehmen gemein-



Dr. Lilian Schwalb (BBE), Michael Holzwarth (ASB Regionalverband Würzburg-Schweinfurt e.V.), Dr. Hülya Düber (Sozialreferent/in Stadt Würzburg), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Kristin Funk (Aktivbüro), Sebastian Kießig (Programmbüro BBE), Daniela van Wyk (BMFSFJ).

Bild: Benjamin Brückner

sam für das Engagement und Ehrenamt vor Ort stark machen. Sie eint das Ziel, gemeinsam Lösungen für lokale und regionale Zukunftsfragen zu entwickeln und damit (positive) Veränderungen für eine lebenswertere Stadt und Region für alle anzustoßen. Dafür tauschen sie Expertise und Wissen aus, bündeln ihre Ressourcen und schaffen somit wirkungsvolle Kooperationen und gemeinschaftliche Aktionen. Würzburg ist stolz darauf, auch einer dieser Kooperationspartner sein zu können.

2015 ist das Programm „Engagierte Stadt“ an den Start gegangen. Würzburg ist seit 2020 dem Netzwerk Engagierte Stadt beigetreten und seit dem Mitglied. In-

zwischen profitieren über 100 Engagierte Städte mit einer Einwohnerzahl von 10.000 bis 250.000 vom Austausch erprobter Praxislösungen und der Vielfalt lokaler Konzepte. Sie sind Teil eines Netzwerks, das gelungene Praxis vor Ort sichtbar macht und mit starken Partnern bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen stärkt. Das Programm wird durch ein Konsortium auf der Bundesebene getragen, dem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bertelsmann Stiftung, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt und die Körber-Stiftung angehören. □

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20/2024, die am 24. Oktober 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser - Abwasser
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Energie: Erzeugung - Beschaffung - Speicherung
- Öffentliche Beleuchtung - Straßenbeleuchtung

Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
 www.etsch.de  
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

**energie schwaben**

Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KÖSSINGER**  
 Länderfahnen  
 Gemeindefahnen  
 Maste  
 Bekleidung  
 uvm.  
 Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling  
 Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
 Telefon 08171 / 9307-12  
 steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

**GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.**  
 Aus der Region. Für die Region.  
**LEONET.DE**

**Highspeed-Internet der NetCom BW**  
[www.netcom-bw.de](http://www.netcom-bw.de)

**GLASFASER**  
 Schnell. Stabil. Zukunftssicher.  
[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

Glasfaser / Glasfaserausbau

**UG UNSERE GRÜNE GLASFASER**

**Grünes Licht für Glasfaser.**

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

**0800 410 1 410**

Unsere Grüne Glasfaser  
 Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning  
[unseregrueneglasfaser.de](http://unseregrueneglasfaser.de)

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
 Telefon 08171 / 9307-10  
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

**Daten schützen.**

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO  
 ext. DSB  
 ext. ISB  
 LSI-Siegel  
 BSI Kommunal  
 CISIS12  
 Schulungen  
 eLearning

Kommunalberatung

**KUBUS**  
 KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin  
 0385/30 31-251  
 info@kubus-mv.de

Standort München  
 089/44 235 40-00  
 bayern@kubus-mv.de

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

**BUCHER municipal**  
 Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.  
 Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
 85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
 93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
 89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
 95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
 97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH  
 95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

Kommunalfinanzierung

**KFB Leasfinanz GmbH**  
 Kommunales Mietkauf  
 Kommunales Leasing  
 für Mobilen und Immobilien  
[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



Kommunen **kompetent** erreichen:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

- Nachrüstbar im laufenden Betrieb
- Montage vor Ort durch modulare Bauweise
- Keim- und schadstoffübertragungsfrei
- Werkseigener Kundendienst
- Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):  
 Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

**SEW® GmbH**  
[www.sew-kempen.de](http://www.sew-kempen.de)

Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
 beratung • planung • vertrieb  
 grünware • lichtschlauch • led

**deko-jochum**

bahnhofstraße 8  
 91233 neunkirchen a. sand  
 telefon: 09123/99 812 99  
 telefax: 09123/99 812 98  
 deko-jochum@t-online.de  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Wir liefern in **8-14 Tagen** - und das bis kurz vor Weihnachten!